Informations-Dienst



ERSCHEINT WÖCHENTLICH Nr. 326 21. März, 1980 2,50 DM incl. 6,5 % MWSt. D 1870 C

GROSSFAHNDUNG: WAFFENHÄNDLER verlor GESCHÄFTSUNTERLAGEN

(siehe Seite 22)

Gericht entschied: RÄUMUNG DES ANTI–ATOM–DORFES GROHNDE WAR RECHTSWIDRIG

Hannover 15. März *Das Anti-Atom-Dorf Grohnde war Anfang Juni 1977 auf dem Gelände für die Kühltürme des AKW Grohnde gebaut worden. Am 23. August 1977 wurde das Dorf in einer spektakulären Polizeiaktion geräumt, niedergewalzt und abgebrannt. Einigen willkürlich herausgegriffenen Dorfbewohnern stellte die hannoversche Landesregierung Leistungsbescheide in der Gesamthöhe von 212 000 DM zu. Damit sollten die geräumten auch noch die Kosten der Polizeiaktion bezahlen. Gegen die Räumung erhoben einige Betroffene Klage. Rechtsanwalt Haenisch teilt zu dem Ergebnis des Prozesses mit:*

Im Prozeß gegen die Räumung des Anti-Atom-Dorfes Grohnde hat das Verwaltungsgericht Hannover am 14.3.1980 nach drei Verhandlungstagen entschieden: Die Räumung war rechtswidrig, denn sie verstieß gegen die Rechtsschutzgarantie aus Artikel 19 Abs. 4 des Grundgesetzes!

Unter den vielen Rechtsverletzungen, die die Kläger geltend machten, hat das Gericht sich ausschließlich auf die Frage konzentriert, ob die Bewohner des Anti-Atom-Dorfes die Möglichkeit gehabt hätten, Rechtsmittel gegen die Räumungsverfügung einzulegen. Dies war allein schon wegen der einstündigen Räumungsfrist nicht möglich.

Die Hannoversche Bezirksregierung hat sich bisher nicht öffentlich festgelegt, ob sie die Leistungsbescheide vollstrecken lassen will. Man darf gespannt sein, ob die Bezirksregierung den kühnen Versuch unternimmt, von den Opfern ihrer rechtswidrigen Räumungsaktion auch noch die Kosten in Höhe von 212.000 Mark einzutreiben.

**Kontakt: H. Haenisch, Grimmstr. 8
3 Hannover, Tel. 803065**

Unter Voreinsendung von 2 Mark in Briefmarken sind unter obiger Anschrift eine Dokumentation mit der Klageschrift sowie des Schlußplädoyers von Haenisch zu erhalten.

Nochmal: Materialien für Jugendzentren

Die im ID Nr. 323 angekündigten Materialien für selbstverwaltete Jugendzentren werden erst erarbeitet und sind noch nicht fertig zusammengestellt. Wer dabei noch mitmachen will bzw. Materialien hat, möge sich an Tiedeke Heilmann, Uelzener Str. 10, 3111 Suhlendorf (05820/638) wenden.

GRÜNE GEGEN BUNTE

*Bad Schussenried
5. März*

Bei der Kommunalwahl am 22. Juni d. Jahres wird neben der alternativen „Unabhängigen Liste" auch eine „Grüne Liste" antreten, die sich aus sogenannten honorigen und entsprechend konservativen Bürgern zusammensetzt. Obwohl die Unabhängige Liste bereits seit knapp 1 Jahr konsequent Basisarbeit in der Bäderstadt betreibt und damit bereits einige Erfolge erzielt hat (Erzwingung einer Bürgerversammlung; breiter Widerstand gegen eine Verbreiterung der Ortsdurchfahrt; monatliche Herausgabe eines Gegeninformationsblattes zum amtlichen Mitteilungsblatt, das bisher voll durch Spenden finanziert wird und deshalb kostenlos an alle Haushaltungen verteilt werden kann), halten es die Herrschaften um den aus der CDU ausgetretenen Stadtrat Dr. med. Klug, der sich jetzt zu den Grünen bekennt, für nötig, eine eigene Grüne Liste zu bilden. Von Basisarbeit halten diese Herren nichts - außer als Lippenbekenntnis bei grünen Wahlveranstaltungen.

Die Unabhängige Liste nimmt die „Konkurrenz" dieser Grünen aber nicht weiter tragisch, weil die Tatenlosigkeit dieser etablierten Herren in keinem Verhältnis zu ihrem grünen Anspruch steht. Das Schussenrieder Beispiel zeigt nur einmal mehr, wie wenig sich die sogenannten Grünen um ihren programmatischen Anspruch, der da lautet BASISDEMOKRATIE, in der Realität kümmern. Mit ihrem Widerspruch zwischen Theorie und Praxis können sich die Grünen bereits jetzt mit dem schlechten Vorbild der etablierten Parteien messen.

Aus Motzer 66, Postfach 1163, 798 Ravensburg

Frankfurt –

Der Umweltladen Frankfurt, Höhenstr.32, 6000 Frankfurt 60, Tel. 496205, möchte eine Informationszentrale und -kalender aufbauen. Alle BIs und Umweltschutzgruppen im Raum Vogelsberg bis Darmstadt und Wiesbaden bis Aschaffenburg werden aufgerufen, ihre Veranstaltungen und Aktionen schriftlich oder telefonisch beim Umweltladen bekannt zu geben.

Informationen über diese Aktionen und Veranstaltungen können dann beim Umweltladen erfragt werden.

Öffnungszeiten: Dienstag, Mittwoch und Freitag von 15 - 19 Uhr.
Tel.: 49 62 05

ANDERS ALS DIE BLUMENKINDER

Im Herbst 1980 soll eine Taschenbuchreihe (rowohlt) mit Lyrik junger Autoren nach 68 erscheinen.

Zu Wort kommen sollen die heute 20 - 30 jährigen Autoren mit Lyrik, die Mut dort macht, wo zu Hoffnung noch Anlaß besteht und betroffen da macht, wo sich Kälte bereits eingeschlichen hat.

Die Gedichte sollen sich mit dem beschäftigen, was in den letzten 10 Jahren gelaufen ist, denn die 70er Jahre haben diese Generation entscheidend geprägt.

Ist es wirklich so, daß wir „keinen Bock mehr auf das Ganze haben", daß wir vom „Modell Deutschland" angeödet sind? Ist die Realität, von der wir träumen, machbar? Wer sind heute unsere Vorbilder? Gibt es motivierende Zukunftsperspektiven, einen aufklärerisch-optimistischen Veränderungswillen? Wer oder was hat Einfluß auf uns? Wie sehen die Chancen für uns aus? Nutzen wir sie? Wir laden euch ein, über diese Jahre, die ihr wie eure ‚Westentasche' kennt (oder nicht?) zu schreiben, die Schubladen zu öffnen und uns eure Gedichte zu diesen Themen zuzusenden.

Redaktionsschluß ist der 20. April 1980.

Eingereicht werden sollen mindestens ein halbes Dutzend bisher unveröffentlichter Gedichte und nicht mehr als zehn. Den Gedichten bitte bio-bibliographische Angaben beifügen und, abweichend vom Üblichen, einige Sätze darüber, wie die 70er Jahre eure persönliche Biographie beeinflußt haben.

Manuskripte bitte an:

Lothar Reese, Davenstedterstr. 30, 3000 Hannover 91

Finanzamt und Karikatur

Das Regionalblatt Darmstadt bittet alle Alternativzeitungen um Mithilfe. Gesucht werden Zeitungsmacher, die Schwierigkeiten mit dem Finanzamt, den leidigen Steuern, hatten. Die mögen ihre Erfahrungen rüberrücken.

Außerdem werden Zeitungen gesucht, die die Karikatur veröffentlicht haben, die auf dem ID-Titelbild Nr. 311 zu sehen war („Die wechselseitige Deckung von Polizeibeamten......"). Die Darmstädter bitten um je zwei Belegexemplare.

Kontakt: Regionalblatt, Lautenschlägerstr. 18, 6100 Darmstadt



Dokumentation zur Berichterstattung der Frankfurter Rundschau im „deutschen Herbst“

Frankfurt März '80 *Der Frankfurter Sumpfverlag hat eine Dokumentation zu den Selbst/Morden des Südafrikaners Steve Biko und den Stammheimern Gudrun Ensslin, Jan Carl Raspe und Andreas Baader herausgebracht. Tag für Tag werden die Berichte der Frankfurter Rundschau vollständig dokumentiert. In einem Vorwort schreibt der Sumpfverlag:*

„Zweieinhalb Jahre nach dem „deutschen Herbst“ haben wir uns doch noch entschlossen, die folgende Dokumentation zu veröffentlichen, wenn auch in einer sehr bescheidenen Aufalge, eigenhändig fotokopiert und gebunden.
Wir denken, daß es weiterhin ein Interesse an diesem Dokument der deutschen Pressegeschichte gibt. Wir veröffentlichen es angesichts der ‚Liberalisierungs'ph(r)ase Baum'scher Innenpolitik, in der Reflexionen über die „Fehler“ der Vergangenheit schnell ihre Grenze bei ein paar Gesetzesrevisionen findet. Es geht wieder mal um die bessere Ordnung, Menschen spielen dabei keine Rolle, Tote hat diese Politik nicht zu verantworten, von Trauerarbeit ganz zu schweigen.

Daß es einen deutschen Herbst gab, die Toten von Mogadischu und Stammheim, wird verdrängt, und die bürgerliche Presse ist wieder so ‚liberal' wie der Minister, aber keine Spur mehr — wie denn auch?

Wie konform sie im deutschen Herbst der Nachrichtensperre und danach Sprachrohr der Regierung war, das kann man hier exemplarisch an der Berichterstattung über SELBST MORD in Stammheim durch die ‚liberalste' Tageszeitung, die FRANKFURTER RUNDSCHAU, nachlesen.

Daß diese Zeitung auch anders kann/konnte, beweist die Parallelberichterstattung vom SELBST MORD Steve Biko's — aber der fand ja in Südafrika statt, weit weg von uns. Dieser Widerspruch ist kaum jemand aufgefallen. Angstsituationen machen blind. Für uns war es Anlaß, die Zeitungsmeldungen der FR über die beiden „Fälle“ Tag für Tag zu sammeln, über Monate hinweg und einander gegenüberzustellen.

Auslöser dieser Dokumentation war für uns der Artikel „Im Wortlaut: ‚Wir wurden zusammengeschlagen' (FR. 27.20.77), gelesen auf der Fahrt zur Beerdigung der Toten von Stammheim, wo wir im Bummelzug nach Stuttgart kontrolliert wurden: Ausweiskontrolle auf dem Weg zur Beerdigung, später die totale Überwachung der Trauerfeier, die Prügel auf dem Weg vom Friedhof in die Stadt, die erneute Ausweiskontrolle für alle Trauergäste, die damit in Zukunft der Beobachtenden Fahndung (BeFa) ausgesetzt wurden (vor allem bevorzugte Behandlung bei



jedem Grenzübertritt), und die anschliessende Jagd der Polizei auf die Beerdigungsteilnehmer durch die Stuttgarter Innenstadt.

Die Berichterstattung über diese Polizeimaßnahmen durch die FR sah aus wie eine Erfolgsmeldung der Polizei: „Polizei hielt 1 200 Namen fest“ (FR, 1.11.77). Bei Steve Biko berichtete sie über die Erfahrungen und Gefühle der von der Polizei verfolgten Trauergäste: „Wir kochen vor Wut und Gram“ (FR, 28.9.77) So ähnlich war dann auch die Berichterstattung über die Ermittlung der Todesursachen: Skepsis über die offizielle staatliche Version im Fall Steve Biko's — platte Widergabe aller staatlichen Erklärungen im Fall der Stammheimer Toten bis in die offensichtlichsten Widersprüche hinein: ein Tag hü, ein Tag hott.

Sicher, wir leben inzwischen in einem anderen Jahrzehnt. Einiges hat sich geändert. Auch auf dem Mediensektor. Es gibt inzwischen die „tageszeitung“ als eine Konsequenz aus dem deutschen Herbst. Der „Stern“ ist mittlerweile bei vielen Linken die beliebteste Lektüre.

Vorwärts und Vergessen? Viele haben hinter ihrer Vergangenheit die Tür zugemacht, ein ‚neues Leben begonnen. Doch die Kontinuität bricht hinter diesem Bruch immer wieder durch, auch wenn es individuell oft gelingen mag, die gesellschaftliche Entwicklung ist nicht zu verdrängen, und die nährt sich immer noch gewaltig von diesem Stoff der unbewältigten Vergangenheit.

Unbewältigte Vergangenheit — Faschismus in Deutschland — war einer, vielleicht der wesentlichste Grund für unseren Aufstand Ende der 60er Jahre, aber auch für die Entwicklung einer Stadtguerilla. Es findet eine merkwürdige Verdopplung statt: Das politische Verhalten gegenüber dem deutschen Faschismus wiederholt sich gegenüber denen, die gegen diese Verdrängung angehen wollten. Stammheim ist der Kristallisationspunkt einer unbewältigten Vergangenheit für uns heute.

Zur Zeit läuft der Film „China-Syndrom“. Er zeigt, daß das Durchschneiden des Fernsehkabels bei der Übermittlung des Geschehens im Atomkraftwerk gleichbedeutend mit dem Nicht-Wahrnehmen-Können der Katastrophe ist. Er macht erschreckend deutlich, wie abhängig wir sind von Medien, ohne die wir die Wirklichkeit von Katastrophen nur noch im Nachhinein als Geschädigte oder Tote realisieren. Insofern waren SELBST MORDE in Stammheim ein „China-Syndrom“, das verdunkelt wurde, unaufgeklärt. Und die Hinnahme des Skandals ein stückweit Gewöhnung an künftige „Chana-Syndroms“.

Verdrängung und Gewöhnung kennen viele Wege. Einen hat der SPIEGEL beschritten, nicht mit der Vorabveröffentlichung der Version, wie es hätte sein können, sondern mit seiner hämischen Analyse der ‚Unterlassungssünden' der staatlichen Untersuchungskommission, um dann wieder zu wissen, wie es wirklich war:
„DIE WAHRHEIT IST SO ZU PACKEN (großgeschrieben von uns, d.V.), ...‚Es spricht nichts gegen die Annahme, daß es sich um Tod durch Selbstmord handelt.“ (SPIEGEL, 10.3.1980), eine Wiederaufnahme des staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahrens ist unnötig — der SPIEGEL hats geprüft.

Um das zu verhindern, um Skepsis der eigenen Vergangenheitsbewältigung gegenüber wachzuhalten, damit wir wieder anfangen, über „Manipulation“ nachzudenken, dafür steht diese Dokumentation.

„Springerpresse, halt die Fresse“ aber was sollen wir da zur ‚liberalen' Rundschau sagen? “

Die Dokumentation ist gegen Vorauszahlung von 12,— DM + 1,50 DM Porto bei der Karl Marx Buchhandlung, Jordanstr. 11, 6000 Frankfurt 90 zu erhalten.

GEGEN–BILD–INFORMATIONEN

Die GegenBILDstelle in Frankfurt schrieb uns folgendes:

Frankfurt, 13. März

"Wir haben viele Briefe bekommen, die ihre Hilfe bei GegenBILDaktionen angeboten haben. Viele erkundigen sich bei uns nach GegenBILDinitiativen, die in ihrer Nähe bereits laufen — oder wollen selbst eine Initiative gründen, oder haben eine gegründet. Wir planen, im Mai ein Treffen aller GegenBILDinitiativen in der Bundesrepublik und Westberlin in Frankfurt zu organisieren. Dazu — und um alle Aktionen miteinander bekannt machen zu können, alles ein bißchen koordinieren zu können, wollen wir alle Adressen von interessierten Leuten bei uns in Frankfurt in einer bereits ca. 700 Adressen umfassenden Kartei sammeln. Dann können wir euch die Leute nennen, die in Eurer Gegend etwas gegen die BILD-Zeitung unternehmen oder unternehmen wollen, und Ihr könnt Euch zusammentun. Alle, die Interesse an einer solchen Aktion haben — auch solche, die sich gern als örtliche Kontaktpersonen zur Verfügung stellen wollen — möchten wir **dringend** bitten, uns auf diesen Brief kurz zu antworten (auch diejenigen, die uns bereits so etwas geschrieben haben!)

Wir werden Euch dann regelmäßig über laufende Aktionen in Frankfurt und anderen Städten informieren.

Außerdem könnt ihr bei uns bestellen:

Aufkleber (BILD – nein danke) Stück 1.–

Staeck-Plakate (5.–) in Postkartenformat (–.50)

Kontakt: GegenBILDstelle, Kleine Hochstr. 5, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0611/ 29 28 23

Konto: BfG Frankfurt, Konto 1618642300, 1618642300, Bankleitzahl 5001, Christa Desoi

Außerdem kann man über die Galerie 70, Schillerstr. 70, 1000 Berlin 12, ein Buch über die BILD mit folgendem Inhalt beziehen:

1. Dokumentation der Kampagne "Enteignet Springer" 1968
2. Fälle von BILD-Geschädigten
3. Berichte über das erste Wallraff-Buch, die darauf folgenden Prozesse usw.
4. Vorschlag zur Durchführung einer 6-Stunden-Unterrichtsein heit

Kostenpunkt 14,80 DM

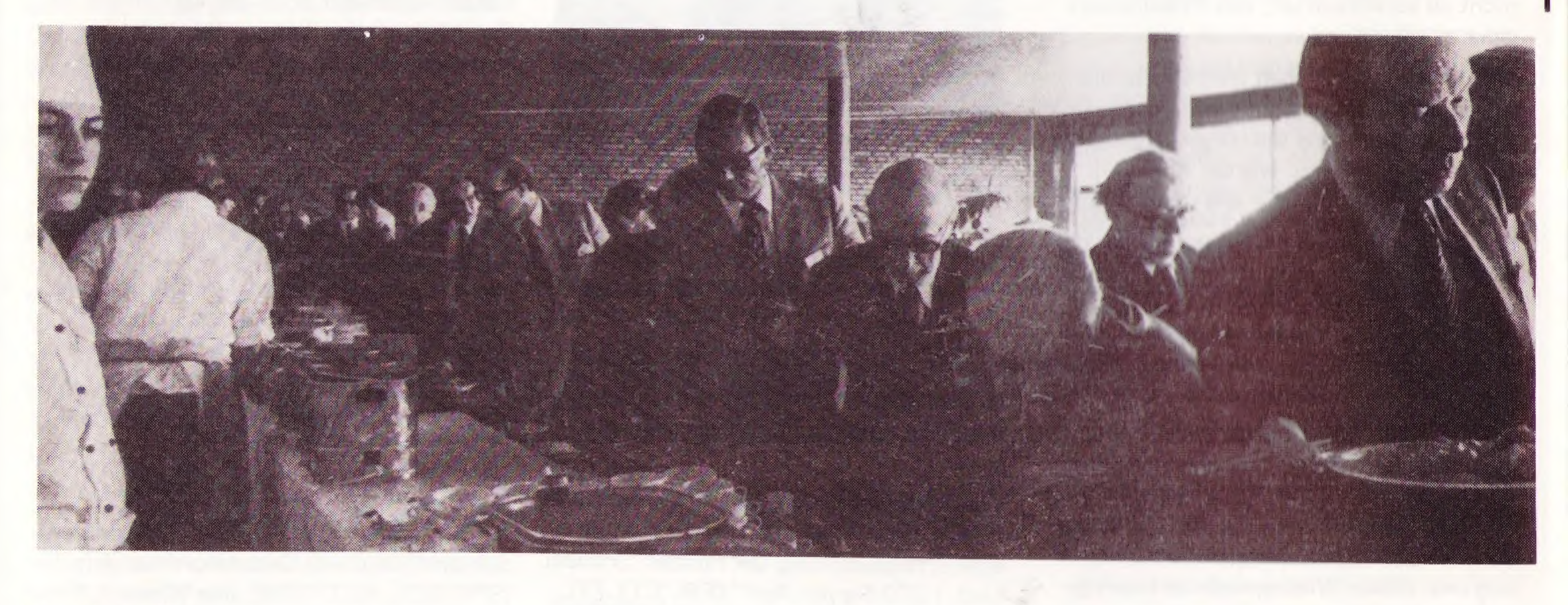
Weitere Informationen gibt es noch:

Alle Interessenten an Photos von Günter Wallraff (für Veranstaltungen etc.): Sie sind zu beziehen über Paul Glaser, Mörchingerstr. 115 b, 1000 Berlin 37 (Tel. 030/8121667) oder über Günter Zint, Feldstr. 44, 2000 Hamburg 13.

Den Film über Wallraff bei BILD ("Informationen aus dem Hinterland" von Gförer) kann man bei folgender Filmverleih-Stelle ausleihen: X-Screen, Rolf Wist, Chlodwigplatz 12, 5000 Köln 1.

Uns erreichen ständig Anfragen (z.B. von Schülern, Lehrern) nach Informationen über die Praktiken der BILD-Zeitung. Leider können wir diesen Wünschen noch kaum nachkommen.

Wir empfehlen allen Interessierten die GegenBILDzeitung, in der Fälle aus Wallraffs erstem Buch abgedruckt sind und Informationen über den Konzern sowie die Entwicklung der BILD-Zeitung. Zu beziehen bei Steidl-Verlag, Düstere Str. 5, 3400 Göttingen, zu 1,50 DM.



Psychiatrie I

DIE PATENTREZEPTE ODER: VIELLEICHT NUR EINE NEUE FORM VON GESUNDBETERN

In die Diskussion um „Arzt und Revolution" (siehe ID 319, 321, 323) hat sich jetzt auch einer eingemischt, der laut „Patientenfront" auf der Seite der Iatrokratie (der allgemeinen Ärzteverschwörung) gestanden hat. Karl war Chemiker an der Niederräder Psychiatrie in Frankfurt. Er hat diesen Job vor einigen Wochen aufgegeben. In seiner geharnischten Kritik zeigt er auf, daß das mit den Fronten eben nicht so einfach ist:

Die Patientenfront und ihre Geschichtsauffassung

Zunächst zu meiner Person: ich habe einige Zeit in der Psychiatrie gearbeitet. Zu lang, um nicht zu wissen, daß die Eindeutigkeit der Patientenfront nur peinlich ist, zu kurz, um die entsprechende Einflußnahme zu besitzen konkrete Veränderüngen anzugehen. War so bei uns nicht möglich. Um mich auf die wohlbekannte Sprachregelung einzulassen, denmach ein Mörder, Mordgehilfe, Konterrevolutionär, reif fürd postrevolutionäre Straflager oder die Liquidierung. Sei's drum. Eine Antwort verlangt von mir, zwischen den verschiedenen Ebenen (der Patientenfront, des SSK und der wenigen Stellungnahmen von Pflegern etc.) zu unterscheiden. Nicht, liebe Freunde von der Patientenfront, um zu teilen, zu sprengen. Wenn es nur so einfach wäre.

Das revolutionäre Pathos

Das erste Lesen von „Arzt und Revolution" (ID 319) und dem ebenso peinlichen Nachfolgebeitrag: „Warum auch ‚Juden' Patienten sind" (ID 323) erzeugte lediglich ärgerliches Kopfschütteln, Bereitschaft dies als sektiererischen Unsinn abzutun. Doch so einfach geht das nicht, es bleibt was hängen, das mehr als unbehaglich ist.

Die Menschen, um die es gehen sollte, stehen draußen. Sind bestenfalls statistisches Beweismaterial, Atome der Massenlinie. Die, um die es eigentlich geht, lediglich Opfer, deren Befreiung wie auch immer

keine Möglichkeit läßt, hier und heute, sich so zu organisieren, daß es ihnen so gut geht, sich lustvoll in den Kampf für Veränderung zu begeben, einen positiven Begriff von der Notwendigkeit der Befreiung — nicht nur als vage Ahnung im Kopf — zu haben, sondern als machbar. So werden sie dann alle verbraten, die Statisten; die, die sich gewehrt haben.

Im Grunde ist es doch — eurer Meinung nach — unser Schicksal, warten zu müssen, bis die Krankheit einen massenhaften Level erreicht und damit zur revolutionären Kraft geworden ist. Der Zeitpunkt wird von einer dieser selbsternannten Avantgarden bestimmt — euch —, deren Zusammenhang mit den Patienten, vorsichtig ausgedrückt, dubios bleibt. Und die Vorbestimmung bleibt zudem theoretisch. Für diese Avantgarde zählt nur, wer IHREN Kampf führt, sich IHRER Formen bedient, was sie folglich zum Patientenkampf umstilisieren können und vice versa. Es sind die alten Phrasen. Durch Austauschen einiger Wörter und durch großartige Zitate werden sie um keinen Deut besser.

Evangelistisch belehren sie uns über die WAHRHEIT, den Urgrund aller Zusammenhänge. Geschichte wird plötzlich einfach, der Menschheitskonflikt ist der zwischen Arzt und Mensch. Die Stilisierung des Bösen hat ihre tausendste Metamorphose durchgemacht, mit dem Unterschied, daß sie jetzt ihr wahres Gesicht zeigt, allen Täuschungen der Vorzeit zum Trotz. Dies alles noch durchtränkt mit jenem abgestandenen Pathos einer Menschlichkeit, mit der sich Geschichte umdeuten läßt, dem jeweiligen Bedürfnis entsprechend, für konkrete, da-seiende und so-seiende Wesen eben auch nur vorgeformte und eindeutige Wege zuläßt. Wie verwandt sind solche Gedankengänge mit den herrschenden Prinzipien! Wo bleibt so etwas wie Lustgefühl, Freude, Spaß am Kampf. Dumpf, aus den tiefsten Niederungen herauf müssen wir uns bewegen, alles andere verfälscht die Lehre.

Hier wird eine Botschaft verkündet, uns bleibt zu erkennen: die Propheten sind endlich unter uns, sie wandeln, auf daß wir sie endlich erkennen mögen, zum Wege ans Licht. Diese berüchtigte Stallaternenideologie wird hier im erneuten Aufguß noch bitterer, als sie die letzte Hoffnung in die eigene Kraft, trotz ihrer beredten Beteuerungen, endgültig zu zerstören trachtet.

Arzt ist Arzt, egal wie, und deswegen als solcher verdächtig: Vertreter einer Weltverschwörung, seit Anbeginn der Menschheit, Ursache allen Übels, Beteiligter an der Mordgeschichte seines Standes. Somit zeigt sich die Patientenfront ungeniert als der eifrigste Vertreter von Sippenhaft. Unter dieser Fahne können die endlich eindeutigen Pogrome gestartet werden. Bislang gab es nur die falschen Zielgruppen. Klar. Das Böse war, ist und bleibt personal auszumachen, als gesellschaftliche Lage: Hexe, Ketzer, Jude, Kommunist, Student oder einfach nur Ausländer. Aber wie gesagt, es waren die falschen Adressaten, die Ärzte sind es, die Vertreter des Teufels auf Erden, es wartet die heilige Inquisition schon lange genug.

Und die Essenz aus dieser, endlich richtigen Geschichtsschreibung: folgerichtig sind alle Zentren zu zerschlagen, die sich zum Ziel gesetzt haben, dem Fetisch Gesundheit zu genügen (man könnte auch sagen, das Selbstbestimmungsrecht über die eigene Person wieder zu erlangen). Alle Ärzte müssen liquidiert werden, voran die Linken, denn sie sind am gefährlichsten dagegen, die Krankheitsrate weiter zu steigern. Alle krank = alle revolutionär. Ich werde mich um einen verantwortlichen Job in der Lebensmittelindustrie bewerben, voran zur revolutionären Situation.

Weswegen also gelangte der Nationalsozialismus an die Macht: weil die Ärzte dieses Versuchsfeld brauchten. Da sich jüdische Ärzte in den KZs offenbar zu Selbstversuchen bereitgestellt haben, muß die internationale Ärzteverschwörung auf breitem Konsenz in Deutschland gehandelt haben.

Vielleicht sollten wir auch so subversiv arbeiten, daß wir permanent zum Arzt gehen, wegen jedem Scheiß, zwei-, dreimal am Tag, massenhaft. Er bekommt wegen Überlastung einen Infarkt oder ein schlimmes Geschwür und wird so leichte Beute seiner Kollegen. Wir hätten das damals zur Zeit der Betriebsarbeit schon wissen müssen, dann hätten wir den unglücklichen Versuch lassen können und wären Arzthelfer geworden.

Krankheit als Mechanismus

Krankheit bleibt bei diesen Verfechtern der Verschwörungstheorie mechanistisch, wiewohl sie das durch Zitate zu kaschieren suchen; nicht Prozesse werden mitgeteilt, sondern Mechanismen, monomane Kausalitäten. Dargestellt wird die Hilflosigkeit, die absolute Opfersituation, aus der nur ihre Heilsversprechung den Weg zur Erlösung weist. Wie tief durchdrungen sie von dieser Hilflosigkeit sind, zeigt ihre hämische Kübelei, was linke Projekte angeht, die sich um das Diesseits kümmern. Diese Rundschlagprofis scheuen sich nicht, alles konterrevolutionär zu nennen, was ihren Verelendungstheoremen nicht entsprechen will.

Mechanistisch — in bester leninistischer Tradition — können sie Leidenssituationen nur begreifen, indem sie sie zur allgemeinen Lage erheben. Sie sind lediglich Hebel für Interessenlagen. Alle, die versuchen, sich mit einer solch scheinavantgardistischen Larmoyanz nicht mehr zufrieden zu geben, müssen bei der Patientenfront tiefstes Mißtrauen auslösen. Die goldenen Ketten sind von Marx völlig falsch verstanden worden, denkt er dabei doch nur an materiellen Wohlstand, nicht an die Ärzte und ihren Fetisch Gesundheit.

Richtig ist, daß Leute, die hier und jetzt anfangen (und dies ungeachtet der Tatsache, daß keine revolutionäre Situation vorliegt, im Moment, bzw. wenn, dann nur äußerst klammheimlich), sich um ihr Wohlergehen zu kümmern und es in die eigenen Hände zu nehmen, für solch puristische Theorien schlecht zu gewinnen sind.

Wenn Ivan Illich davon spricht, daß sich die Menschen ihr Leid wieder aneignen müssen, um sich endlich aus diesem fremdbestimmten Defektdenken zu befreien und damit auch frei zu sein, ihre ganze Kraft auf die Veränderung der pathogenen Verhältnisse zu richten, so reden die Reiter der Apokalypse nur davon, daß der Defekt die eigentliche Kraft sei. Dieses Verbreiten von Angst macht die Betroffenen disponibel für die eigenen — hier: anderen — Ziele; nur so sind sie richtig. Den Leuten muß ihre Hilflosigkeit nur drastisch genug wor Augen geführt werden, damit ihre Verzweiflung ausbricht. Und das machen wir am besten selbst. Je intensiver, desto besser. Die Lösung ist dann klar: Patientenfront.

So löst sich Elend ein, behält die Theorie ihre Reinheit, wen kümmet's. Bei der Anstrengung, so vom Elend zu überzeugen, wäre das Gegenteil — Mut zum Widerstand zu machen — eine Lawine gewesen. So heißt es nur: sieh dich vor, schau dich um, mißtraue, arbeite klandestin. Ich frag mich nur, wie die Patienten das machen sollen. Und wie sie das aushalten sollen. Hier steht sich nicht Theorie und Praxis des Widerstands entgegen, nein, ihr steht euch nur selbst im Weg.

Die Überhöhung des Gegners ist ein alter Trick, damit konsequenzlose Stellungnahmen gegen ihn verfaßt werden können. Denn konkret ist nichts zu ändern, die Beweisführung komplett, der Kreis schließt sich, armselig.

Und noch eins: der Träger von Krankheit bleibt in seiner Alltäglichkeit draußen, weil uninteressant, nur als potentieller Revolutionär genießt er euer Vertrauen und eure Aufmerksamkeit. Jemand, der in seinen extrapyramidalen Funktionen erheblich beeinträchtigt ist, ist wenig mehr als nur hilflos, pflegebedürftig und somit für derart umwälzende Unternehmungen schlecht „brauchbar".

Die Lage ist also verzweifelt. Um uns die Reaktion, die Erfüllungsgehilfen dieser ärztlichen Mörderbande, dann die Konterrevolution fein säuberlich getarnt als Netzwerk und ähnliches. Doch in der Ferne scheint ein schwaches Licht:

Einsam, aufrecht, mit dem Rücken zur Wand, die Patientenfront. Welch Schicksal, welche Größe. Menschen, die die Antworten wissen, zu den Fragen, die noch nicht gestellt wurden.

KARL

extrapyramidal: das extrapyramidale System (ESP) regelt die („automatischen") Bewegungsabläufe, wie Gehen, Sprechen, Schreiben etc.

„WENN SIE NICHT KAUFEN, DANN KAUFEN EBEN ANDERE"

Privatisierung alter Arbeitersiedlungen im Ruhrgebiet

GELSENKIRCHEN 17. März In der Vergangenheit berichteten wir im ID (Nr. 268) über den Kampf der Bewohner aus der „Rheinpreußen-Siedlung", Duisburg-Homberg. Es ging darum, den Abriß dieser alten Arbeitersiedlung zu verhindern.
Dies gelang nach jahrelangem Kampf der Bewohner auch. Die Häuser blieben stehen. Die „Rheinpreußen-Siedlung" ist einer jener Wohnkolonien im Ruhrgebiet, wo seit Jahrzehnten Berg- und Stahlarbeiter mit ihren Familien wohnen. Kleines Haus mit Garten,Taubenzucht,Nachbarn, die man kennt, machen im Gegensatz zu den Betonburgen die Siedlungen lebenswert. Viele dieser Arbeitersiedlungen sollten abgerissen werden. Mittlerweile änderte sich die





Taktik der Konzerne (bei der Gründung der „Ruhrkohle AG" wurden die in den roten Zahlen steckenden Zechen eingebracht, die zu den Zechen gehörenden Arbeitersiedlungen und freien Grundstücke blieben im Besitz der Altgesellschaften): Nach dem der Abriß von Arbeitersiedlungen und der Neubau von 20-geschossigen Hochhäusern keine ausreichenden Profite mehr abwarfen (siehe Pleite des Duisburger Baulöwen Kun)und in vielen Siedlungen Widerstand gegen die Vertreibung aufgeflammt war (Rheinpreußen-Siedlung und anderswo), versuchen heute die Konzerne den Arbeiterfamilien in den Siedlungen ihre Wohnungen aufzudrängen. Das ganze nennt sich dann Privatisierung.

Da werden Siedlungen verkauft, die noch vor drei Jahren auf dem Abrißzettel standen. In diesen Häusern ist seit über 30 Jahren keine Instandsetzung durchgeführt worden, und wenn, dann nur von den Bewohnern selbst. Für den Kauf werden jetzt Preise verlangt, die zwei Drittel der Bewohner nicht bezahlen können.

Zahlten die Bewohner der Siedlungen als Mieter 180 DM Miete, so kommen als Hausbesitzer monatliche Belastungen bis zu 700 DM auf sie zu. Die monatlichen Belastungen führen zwangsläufig zu einer kolossalen Einschränkung in dem Lebensstandard der Käuferfamilien.

Wer nicht zahlt, fliegt raus!

In den Siedlungen, die schon vor mehreren Jahren verkauft worden sind, sind mehr als 80 % der Bewohner vertrieben worden; sie haben die Kaufpreise für ihre Wohnungen nicht bezahlen können oder wollen. Ganz gleich, welche der bisher betroffenen Siedlungen, in jeder hat das Wort Privatisierung Angst und Unruhe ausgelöst; jetzt nach so vielen Jahren, doch noch aus der Wohnung rauszu müssen. Bis zu hundert Jahre alt sind die Siedlungen im Ruhrgebiet. Es wohnten drei bis vier Generationen einer Famille in solch einer Kolonie. Wenn der Verkäufer der Wohnungen bei den Mietern vor der Wohnungstür auftaucht, erzählt er auch gleich zum Einstand:„... wenn Sie nicht kaufen, dann kaufen eben andere..." Außerdem werden Ehepaare von den Verkäufern gegeneinander ausgespielt, wird mit Gerichtsvollziehern und Räumung der Wohnung gedroht.

Veränderung der Arbeitersiedlung

Wenn sich der eine Bewohner der Arbeitersiedlung entschließt, sein Haus zu kaufen, dann kann die Zerstörung der in sich gewachsenen Siedlung doch nicht verhindert werden. Da oft die alten Mieter die Siedlungen verlassen müssen, zieht der Mittelstand in die Kolonien ein.
In der „Rheinpreußen-Siedlung" zum Beispiel wurden 138 Häuser von der Berliner Handels- und Frankfurter Bank zu Preisen von 110-— 130 000 DM verkauft.
Die ehemaligen Mieter sind in der Minderheit. Die Mehrheit der Käufer (57 %) kommt von außerhalb. Ein großer Teil von ihnen (45 %) sind Selbständige, Beamte und Angestellte.
Kaum sind die Hausbesitzer drin, werden diese alten Arbeiterwohnungengleich verändert: Einbau von protzigen Aluminiumtüren und -fenstern, Vernichtung des Gartens und des Baumbestandes, um Garagen und Abstellplätze zu bauen, Errichtung von Mauern und Zäunen.
Einn älteres Ehepaar, das seit Jahr zehnten in der Arbeitersiedlung Gelsenkirchen-Haverkamp wohnte, flüchtete trotz des Anspruchs auf Dauerwohnrecht aus ihrer angestammten Umgebung. Fritz Schutzek: *„Schon mit dem Dauerwohnrecht wurden wir aufs Kreuz gelegt. Uns wurde vorgegaukelt, damit bliebe alles beim alten. Doch weit gefehlt. Recht bald begann ein Kleinkrieg zwischen jungen Eigentümern, die ihren Besitz verändern, und den alten Mietern, die in Ruhe leben wollten."*



In der Rheinpreußen-Siedlung

Vier Wochen nach dem Umzug starb Anna Schutzek (69). Für Fritz Schutzek ist die „Vertreibung aus der Siedlung" schuld am Tod seiner Frau. In der Siedlung Gelsenkirchen-Haverkamp sind 74 von 100 Mietern von der Vertreibung aus der Siedlung betroffen.

Raus aus der Siedlung – rein ins Altenghetto

Ältere Leute, die meist jahrzehntelang in den Kolonien wohnten, werden in Hochhäuser umgesiedelt. Altenghettos mit fliessend warmem Wasser, Heizung, zwei kleinen Zimmern und 410 Mark Miete.

„Aber die Männer, die gehen hier ein, die sitzen den ganzen Tag hier in der Ecke, die werden steif und rausgehen können sie nicht mehr. Können nicht mehr richtig laufen. Das ist das Elend, wenn einer alt wird. Aber in den Häusern konnten sie noch hinten rauslaufen und sich noch ein paar Hühner halten, ein bißchen Vieh halten. Das war doch sein Hobby. Aber hier in den Häusern kannst du gar nichts machen. Wenn sie keine Verbindung haben, keiner kümmert sich drum. Da war das in der Kolonie anders. Wenn da morgens um 9 Uhr die Blenden noch nicht los waren, da war dann schon einer da: Seid ihr krank? So war das bei mir da."

Eine Hand wäscht die andere

Von einem Einspruch der Stadträte oder einer der großen Parteien haben die Wohnungsgesellschaften nichts zu befürchten. Einige Kommunalpolitiker sitzen gleichzeitig in den Aufsichtsräten der Wohnungsbaugesellschaften, die für die Privatisierung von Arbeitersiedlungen verantwortlich sind.

Der ehemalige nordrhein-westfälische Innenminister Willy Weyer war einer der Väter der Privatisierungs-Idee. Die Privatisierung im großen Stil führen die Klöckner-Werke in Castrop-Rauxel durch. Zufällig sitzt Willy Weyer im Aufsichtsrat der Klöckner-Werke. Von der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie erwarten die Bürgerinitiativen auch nicht viel: *„Die IG BE ist grundsätzlich voll für Privatisierung."*

Bürgerinitiativen für die Erhaltung der Arbeitersiedlungen

Gegen den Ausverkauf der Arbeitersiedlungen haben sich die Betroffenen in Bürgerinitiativen zusammengeschlossen. Die BI's arbeiten seit Jahren, ohne Hilfe der SPD und Gewerkschaft, um den Wahnsinn der Privatisierung zu stoppen.

Es geht darum, diese Inseln des Lebens, umgeben von Stahlwerken, Fördertürmen und Autobahnen, im Ruhrgebiet zu erhalten. *„Mein Mann war 40 Jahre in der Grube, der hat Steinstaub gehabt, 100%. Der ist daran gestorben. Wenn der wüßte, daß sie ihm heute die Bude unterm Hintern wegreißen würden, er täte sich im Grab umdrehen. Und es sind viele, die die Krankheit gehabt haben, die gestorben sind. Die haben gedacht, die Frau hat ihre Kohle, sie hat ihre Wohnung, die ist versorgt. Aus der Wohnung, da kann sie keiner rausschmeißen. Und die versuchen jetzt doch, uns rauszuschmeißen. Das war schon 'ne Schweinerei, daß die Zeche das verkauft hat. Die Invaliden haben sie da schon mitverkauft, denen haben sie das Grab geschaufelt."*

Kontakt: Arbeitsgemeinschaft der Arbeitersiedlungsinitiativen im Ruhrgebiet, Brunostr. 39, 4650 Gelsenkirchen, Tel.: 0209 / 82953

Die Hausbesetzer schrecken vor nichts zurück:

GESTERN WAREN SIE IM WOHNUNGSAMT

Frankfurt, 12. März

Mittwoch, 10 Uhr: Das neue Frankfurter Wohnungsamt ist besetzt. Besetzt von den Bewohnern der besetzten Häuser in Frankfurt und Offenbach (ID 324, 325). Trommelwirbel von bunt Maskierten, Flugblätter, Blumen für die Sekretärinnen, aber auch ein hübscher Sachbearbeiter bekam eine und für den Hausmeister gabs eine Flasche Weine.

In den Vermittlungsbüros (des Wohnungsamtes, ID) herrschte ein anderer Ton: Anrufern wurden leerstehende Häuser zur Besetzung vorgeschlagen, zum Beispiel: das alte leerstehende Frankfurter Wohnungsamt.

In dem Haus herrschte richtiges Leben und das erste Mal seit dem Richtfest wurde sogar gelacht. Weniger freudig war der Amtsleiter Ernst Zeyen. Nachdem er sein Unverständnis geäußert hatte, denn der hat nämlich eine große tolle Wohnung, schloß er sich ein. Er wollte nicht diskutieren. Aber immerhin nahm er ein Flugblatt und wußte, daß die Besetzer verlangen, daß der gesamte leere Wohnraum sofort Wohnungssuchenden, besonders grossen Wohnungsgruppen, zur Verfügung gestellt wird, denn Wohnungen sind in Frankfurt nicht mehr zu bekommen. Der Grund: durch Spekulation, Umwandlung von Wohnraum in teure Luxuswohnungen, Eigentumswohnungen und Büros fliegen immer mehr Mieter, besonders Wohngemeinschaften, auf die Straße; und die nach gescheiterter Landflucht in die großen Städte zurückströmende Schikeria und andere Bürgersleut machen sich da breit. In den letzten fünf Jahren stieg die Zahl der Wohnungssuchenden um das neunfache. Doch die Besetzer beklagen sich nicht nur. Sie schlagen vor, sich den fehlenden Wohnraum einfach zu nehmen und verweisen auf das besetzte Haus in der Fechenheimer Str. 4. Nachdem das Haus eineinhalb Jahre leerstand, zogen hier am 8.März 30 junge Frankfurter ein, ohne um Erlaubnis zu fragen, und brachten es wieder in einen bewohnbaren Zustand. Und das tollste: die Anwohner finden das richtig. Besonders ältere Leute bringen täglich Möbel, Renovierungsmaterial und andere Dinge vorbei. Bei einem Plausch erzählen sie von anderen leerstehenden Häusern und finden, daß es eine Frechheit ist, daß die immer noch leerstehen. Nachbarn, die sich beschweren, sind kaum zu finden und auch das Zusammenleben ohne Einzelzellen mit gemeinsamen Wohn- und Schlafräumen wid akzeptiert.

Trotzdem, so ganz zufrieden sind die Besetzer nicht, andauernd kommen Leute und fragen, ob sie da wohnen können. Dabei stehen noch soviele Häuser leer.

Aber vielleicht wirds noch.

Zurück zum Wohnungsamt: Um halb

zwölf war Schluß, die Polizei hatte sich angesagt, dafür gabs aber vor der Tür noch ein Sit-In.

PS.: Dieser Artikel sollte eigentlich in der TAZ erscheinen. Auch der Hinweis eines Frankfurter TAZ-Redakteurs: „Dies ist ein echter Betroffenenbericht" half nichts. 600 km entfernt schrieb die TAZ-Zentrale in Berlin den ganzen Bericht um.

Braunschweig

Nicht nur grüne Frauen
fahren Ostern nach Gorleben
sondern auch lila, schwarze,
rote und bunte (und nicht nur Frauen, s.l. ID)
Zum Beispiel aus Braunschweig.

Hier treffen wir uns am Kar-Fraitag um halb vier am Frauenzentrum, Petritorwall 1, und fahren gemeinsam mit PKWs los.

Frauen, die entschlossen sind, mitzufahren, melden sich am besten sofort im Frauenbuchladen, Magnikirchstr. 4, Telefon 40 744, damit wir für Schlafplätze sorgen können.

Frauenzentrumsfrauen, Braunschweig

BERUFSVERBOT ALS LEHRER WEGEN AKW–SACHEN

Nettuhn, 12. März — *Von der Prozeßgruppe im Arbeitskreis Umwelt Münster erhielten wir folgenden Bericht:*

„Kennen Sie Brokdorf? " — „Kennen Sie Grohnde? "

Im Mai 1979 wurde Uwe Köhlers Antrag auf Einstellung als Lehrer im Schulbezirk Unna vom Regierungspräsidenten in Arnsberg abgelehnt. Die Ablehnung wurde mit ‚charakterlicher Nichteignung' des Bewerbers begründet.

Hinter dieser noch sehr harmlos anmutenden Formulierung verbirgt sich eine Kette von skandalösen Vorgängen, die in der Überprüfungspraxis von Lehrern einmalig scheinen.

Auf seinen Antrag auf Einstellung in den Schuldienst wurde Uwe Köhler im Januar 1979 zwecks politischer Überprüfung zum RP in Arnsberg vorgeladen. Bei diesem Gespräch wurde ihm ein anonymer Brief vorgelegt, indem ein angeblicher ‚besorgter Familienvater' Uwe K. besonderer Gewalttätigkeiten bei Demonstrationen gegen die Atomkraftwerke Brokdorf und Grohnde bezichtigte.

Nach seiner Stellungsnahme zu diesen Vorhaltungen wurde Uwe K. am 29. Mai 1979 wegen ‚charakterlicher Nichteignung' für den Schuldienst abgelehnt. Seine ‚Nichteignung' wurde begründet

1. mit dem Diebstahldelikt (...‚eine so schwerwiegende Entgleisung, daß das Vertrauen in die Vorbildlichkeit und Glaubwürdigkeit des Erziehers erschüttert ist....')

2. mit seinen angeblichen Gewalttätigkeiten in Brokdorf (‚Denn die handelnde Gruppe muß sich das Geschehen insgesamt zurechnen lassen, gleichgültig, inweiweit der Einzelne diesen oder jenen Tatbeitrag für sich verwirklichte').

Nachdem auch der Widerspruch abgelehnt worden war, reichte Uwe K. Klage beim Verwaltungs- und beim Arbeitsgericht ein. Der Prozeß vor dem Arbeitsgericht Arnsberg wird voraussichtlich am 7. Mai stattfinden.

Auffällig ist bei diesem ‚Fall', daß zunächst die politischen Vorwürfe im Vordergrund standen, die aber offensichtlich nicht so leicht verwertbar waren, wie die Mitgliedschaft in einer ‚verfassungsfeindlichen Partei'. Erst später wurde das geringfügige Diebstahlsdelikt angeführt, um den Vorwurf ‚charak-

STUTTGARTER „FRAUEN HELFEN FRAUEN" IN EINER WOHNUNG

Stuttgart, 4. März

In Stuttgart gründete sich im Jahr 1976 der „Verein zum Schutz mißhandelter Frauen und deren Kinder", dessen Ziel die Einrichtung eines Frauenhauses war und ist. Seit diesem Jahr heißt der Verein kürzer und bundeseinheitlicher „Frauen helfen Frauen e.v." und betreibt seit Dezember letzten Jahres eine Wohnung für mißhandelte Frauen mit maximal acht Wohnplätzen. Die Wohnung wurde von der Stadt zur Verfügung gestellt; eine hauptamtliche Sozialarbeiterin (über ABM, also vom Arbeitsamt finanziert) und die Frauen des Vereins ehrenamtlich arbeiten mit.

Die Stadt Stuttgart stellt die Notwendigkeit, daselbst ein Haus für mißhandelte Frauen zu schaffen, nicht infrage — sie plant seit vier Jahren selber eine derartige Institution, kommt dabei aber nicht zu Potte. Den ebenfalls planenden Frauen des Vereins traut sie aber nicht über den Weg. Wie auch in anderen Städten sind den konservativen Stadträten die Frauenhausvereine und die Frauenzentren, aus denen sie

Gründe bezichtigt.

Der Vertreter des Reg.präsidenten zeigte sich angesichts der anonymen Eingabe ratlos, forderte aber dennoch eine detaillierte Stellungsnahme zu sämtlichen Vorwürfen. Neben Bauplatzbesetzung und deren Vorbereitung wurden Uwe K. die öffentliche Aufforderung zu Gewalttaten vorgehalten. Als Beleg für seinen Versuch einer Bauplatzbesetzung in Brokdorf im November 1976 wurde angeführt, die Verletzung, die sich Uwe K. damals durch die ‚chemische Keule' zugezogen habe, könne nur von gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei herrühren.

Die Einstellungsbehörde verlangte von Uwe K. unter anderem, daß er den Arzt, der damals verletzte Demonstranten behandelte, von seiner Schweigepflicht entbinden sollte.

Uwe K. und sein Rechtsanwalt forderten die Vernichtung des anonymen denunzierenden Materials. Im Gegenzug wurde Uwe K. zu einer neuerlichen Anhörung im März 1979 geladen.

Ein zweiter anonymer Brief war eingetroffen, der neues Belastungsmaterial liefern sollte. Das Belastungsmaterial bestand hauptsächlich aus Notizen, die Uwe Köhlers Handschrift trugen und den Hergang in Brokdorf tagebuchartig beschrieben. Wie sich herausstellte, handelte es sich um einen Vorentwurf für einen Artikel der Umweltzeitung Münsters ‚Grünes Blatt', in dem mehrere Demonstranten ihre Erfahrungen in Brokdorf darstellten. Uwe K. hatte diese Notizen längst zu den Akten gelegt und wähnte sie in seiner Schreibtischschublade.

Durch welche Methoden der ‚besorgte Familienvater' an das Schriftstück gelangte, blieb ungeklärt und wurde nie Gegenstand des Verfahrens!

In dieser zweiten Anhörung wurde Uwe K. weiterhin mitgeteilt, man habe erfahren, daß eine Verurteilung wegen eines versuchten Kaufhausdiebstahls vorläge (die allerdings wegen ihrer Geringfügigkeit nicht ins polizeiliche Führungszeugnis aufzunehmen war).

ringfügige Diebstahlsdelikt angeführt, um den Vorwurf ‚charakterlicher Nichteignung' zu untermauern.

Außerdem korrigierte sich die Einstellungsbehörde: Man habe sich im Formblatt vertan – es handele sich nunmehr um eine charakterliche und nicht, wie zunächst, um eine politische Eignungsprüfung.

Weiterhin suchen wir immer mal Lehrer, die wegen eines Diebstahls verurteilt worden sind, der wegen seiner Geringfügigkeit nicht in polizeiliche Führungszeugnis aufgenommen wurde.

Die Broschüre „Berufsverbot für AKW-Gegner kann bestellt werden bei: Gaby Büscher, Ophoven 10, 4405 Nottuhn



meist hervorgingen, zu radikal und unbequem. Auch wollen die Frauen ihre Häuser selbstverwaltet führen und lehnen Überwachungsvorschriften und gewaltigen Verwaltungsaufwand ab, der von den Stadtvätern mit der Gewährung öffentlicher Mittel verknüpft wird. Unbürokratische Hilfe in Notfällen ist nicht die Sache derer, die die Pflicht und die Gelder dafür haben: Erfassung, Personalaktenführung, Ausfüllung von detaillierten Fragebögen und Überwachung haben die Bürokraten der Stadtverwaltungen schon immer vor die Auszahlung auch nur einer müden Mark gesetzt. Egal, ob es dabei um Hilfe für Kinder, Drogenabhängige, psychisch Kranke oder eben mißhandelte Frauen geht: der Staat geht vor und hat seine Vorschriften in Form eines Bundessozialhilfegesetzes, dessen Gummiparagrafen sich so und so auslegen lassen.

Auch die Stadt Stuttgart hat bislang geschlagene Frauen mit ihren Kindern lieber für teures Geld, dafür aber registriert in Hotels untergebracht, statt sich auf das „Sonderangebot" der Frauen einzulassen, ein Frauenhaus in eigener Regie wesentlich kostengünstiger zu betreiben, als die Stadt selbst das je könnte. Kostenersparnis durch Spenden, verminderten Verwaltungsaufwand und unentgeltlichen ehrenamtlichen Einsatz der Frauenhaus-Frauen, der eigentlich nicht anders denn als Selbstausbeutung bezeichnet werden kann, wäre enorm. Dem steht aber eben die mangelnde Kontrolle durch die Stadt gegenüber, ohne die sich kein ordentlicher Parlamentarier Vergabe staatlicher Gelder vorstellen kann.

Sei's drum! Die Stuttgarter Frauen basteln weiter an ihrer Idee eines selbstverwalteten Frauenhauses. Die immerhin bisher erkämpfte Finanzierung von monatlich 900,– DM für eine Wohnung kann vielleicht ein Anfang sein. Spenden, um mehr zu ermöglichen, werden erbeten auf folgendes Konto: Landesgirokasse Stuttgart, Kontonummer 2313166.

Kontakt: Frauen helfen Frauen e.V., Kernerstr. 31, 7000 Stuttgart

Haare in der Suppe – DIE VERWEIGERUNG DER MORGENKOST

Kassel
17. März

Aus der JVA Kassel erreichte uns folgender Brief:

Da ich eine mehrjährige Freiheitsstrafe verbüße und davon schon einen großen Teil hier in der J.V.A.-Kassel verbracht habe, meinte ich, die Gepflgenheiten hier in diesem Hause zu kennen. Doch weit gefehlt, denn ich konnte wieder etwas Neues am eigenen Leib erfahren:
Die Verweigerung des Essens von einem Beamten.

Es fing damit an, daß wir – die Belegung einer fünf-Mann-Zelle – eine Eingabe machten, in der wir baten, daß die Bediensteten bei der Essensausgabe ihre Schildkappen tragen sollten, da wir im Essen schon mehr als nur einige Haare täglich gefunden hatten.

Der Beamte X (der Name ist der Redaktion bekannt), der diese Eingabe in Empfang nahm, fühlte sich wohl sehr betroffen, was für mich verständlich war, denn er trug nie seine besagte Kappe, er trägt sie im übrigen auch heute noch nicht. Seine Reaktion auf unsere Eingabe erfolge nun auch prompt am nächsten Tag.

Am Morgen des 21.2.80 ging von unserer fünf-Mann-Zelle, wie an jedem Morgen, nur ein Gefangener an die Türe, um die Morgenkost in Empfang zu nehmen. Wir anderen lagen noch im Bett. Laut Hausordnung heißt es zwar, es habe jeder Gefangene bei der Essensausgabe fertig angezogen an der Türe zu stehen, doch ist dies wohl bei fünf Mann kaum möglich. Auch gibt es das Gesetz der Gewohnheit, und dies sieht in unserem Hause wie beschrieben aus. Denn wie sähe es aus, wenn alle 5 Mann zur gleichen Zeit aufstehen, sich waschen,anziehen und pflegen würden, „nun ganz einfach, keiner würde zur rechten Zeit fertig, um zur Arbeit erscheinen zu können", ganz zu schweigen, daß er dann noch zum Essen käme, denn schließlich ist unsere Zelle nur 4 Meter auf 5 Meter groß, in der es fünf Betten, 5 Schränke sowie 3 große Tische und 5 Stühle, jedoch leider nur zwei Waschbecken gibt. Es wäre ein Chaos, wenn wir alle 5 Mann zur gleichem Zeit den Vorschriften entsprechend an der Türe stehen sollten. Bei diesem Verfahren, das die Hausordnung vorschreibt, würden die Beamten ca. 2 Stunden zur Essenverteilung brauchen.

Beamter X aber nahm sprichwörtlich RACHE: am Morgen des 21.2.80, während er an allen übrigen Gemeinschaftszellen das Essen wie üblich von einem Mann in Empfang nehmen ließ, verweigerte X an unserer Zelle die Übernahme und den Empfang unseres Essens.

Er fand es auch nicht nötig uns darauf hinzuweisen, daß wir unser Essen einzeln und selbst an der Türe holen sollten. Eine spätere Reklamierung nahm er Komentarlos entgegen und nahm weder Stellung noch gab er Antwort auf unsere Fragen. Erst nachdem wir zum Arbeitsaufschluß die Zellentrüren aufgeschlossen bekamen, wies ich den Beamten X darauf hin: „Ohne Essen auch nicht zur Arbeit." In diesem Moment bekam ich die Antwort zu hören: Wenn ich nicht nur Arbeit gehe, schreibe er eine Meldung (ARBEITSVERWEIGE–rung).

Heute am 28.2.1980 um 9.30 Uhr mußte ich zur Strafkonferenz betreffend der Meldung wegen Arbeitsverweigerung kommen. Ich bekam eine Verwarnung in Form einer Rüge. Meine Argumentation wurde zwar gehört, jedoch nicht weiter beachtet. Der Forderung, meine Dienstaufsichtsbeschwerde wegen der Essensverweigerung an den Hessischen Minister der Justiz zurückzunehmen, kam und komme ich nicht nach."

Ulrich Steinmetz

Klaus Jünschke zur „Magna Charta"

Diez (JVA)
Februar 80

Zur gegenwärtigen Knastdiskussion drucken wir einen Text von Klaus Jünschke, der seit fast 8 Jahren in Haft ist. Er bezieht sich ausführlich auf einen Entwurf einer Magna Charta für alle Internierten in Gefängnissen, psychiatrischen Anstalten, Fürsorge- und Erziehungsheimen der Roten Hilfe München (ID Nr. 319):

Von dem Magna-Charta-Text kenne ich noch immer nur erst, was am 1.2. in der taz (der angekündigte 2. Teil, taz vom 5.2., wurde zensiert) und im ID 319 stand. Was mir die Tage dazu einfiel, müßte nochmal gründlichst überarbeitet werden, aber bei meiner derzeitigen Arbeitsfähigkeit würde das bis in den März dauern. Viel zu lang. Ich denke, daß es besser ist, was nicht befriedigend durchdachtes zur laufenden Diskussion zu sagen, als zu schweigen. Das Schweigen ist viel schwerer zu korrigieren.

Sie schreiben: „die Krise der Gefangenenbewegung in den letzten Jahren hat ihre Ursache vor allem in dem Zerfall der Bewegung nach 69, in der Fraktionierung und den dadurch entstandenen Auseinandersetzungen über den bewaffneten Kampf, über den Begriff des politischen Gefangenen und über die Einschätzung des Knasts als Schauplatz von Hungerstreiks, Arbeitsniederlegungen usw." – Das ist Nonsens. Was sie als Krisenursachen behaupten, sind gerade Ursachen für die Entstehung dessen gewesen, was sie Gefangenenbewegung nennen. Und so wie dieser Ansatz, dieses Konzept für ihre Analyse ist der Erklärungswert des Ganzen. Von dem was sie zu uns schreiben ist beinahe (ein Stück Zucker für die Objektiven) jeder Satz falsch.

Halb so viele Fragen an uns wie fertige Ansichten/Urteile über uns wären eine Voraussetzung für eine Diskussion mit ihnen. Daß sie es nichtmal gebracht haben, ein Zehntel von dem, was ihnen zu uns einfällt, von sich zu berichten, verweist darauf, daß sie das gar nicht wirklich wollen. Wenn ich mich da irre, müßten die lügen und die Gehässigkeit in dem Ding als Trotzreaktion interpretiert werden. Danach wäre dann die ganze Gehässigkeit in dem Text ihr Widerstand gegen die für sie (wie für alle) notwendige Selbstverständigung.

Keiner der Kritiker kommt drum rum, wenn er wirklich diesen Teil der Geschichte seit 70 verstehen will, wenn er wirklich Teil der Lösung der verhängnisvollen Situation sein will, in der sich alle Fundamentaloppositionellen befinden, sich gründlich mit sich selbst auseinanderzusetzen. Sie alle gehören mit zu den Faktoren, die die Lage, die Entwicklung bestimmt haben, die uns so handeln und sprechen liessen, wie wir es taten. Weils einfach wahr ist, daß vieles anders gelaufen wäre, wenn sich diese Unmengen kritischer Kritiker, die jetzt so besserwisserisch auftreten, nur halb so engagiert wie wir drinnen während der ersten drei Hungerstreiks gegen die Isolation (73 + 74/75) ins Zeug gelegt hätten. Diese Auseinandersetzung mit den damaligen Tänzen auf der Ebene verbaler Solidarität hätte von vornherein ein ganz fettes Stück Denunziation in dieser Magna-Charta-Geschichtsschreibung verhindert und ihren heutigen Anspruch – ‚Militanz, Revolte' – glaubwürdig gemacht. Das hätte auch den Blick freigegeben für eine in dem Zusammenhang wichtigere Voraussetzung für eine wirksamere und breitere Bewegung gegen unerträgliche Haftbedingungen und die Internierung an sich: eine Analyse zu ‚Gefangene/Internierte und Gefängnisse usw. in der Krise, im Umbruch (Brzezinski: ‚between two ages')'. Nach dem, was ich hörte, soll das die Autonomie neue Folge Nr. 2 bringen. Ich hab sie immer noch nicht. Jedenfalls gehts weniger um ‚die Krise der Gefangenenbewegung' als um ‚Gefangene und Gefängnisse in der Krise/im Umbruch'. Es hat nie eine Gefangenenbewegung gegeben und es kann hier nie eine geben. Was es gab und gibt

— wenn man ‚Bewegung' in Analogie zu den anderen Teilbewegungen benutzen will — ist eine Bewegung gegen die unerträglichen Haftbedingungen, letztlich gegen den gesamten Justiz-Polizei-Gefängnis-Komplex. Sie bestand immer aus Gefangenen und Nichtgefangenen, bis jetzt immer aus einer kleinen Minderheit drinnen und einer kleinen Minderheit draußen. Das kann auch gar nicht anders sein, wenns um eine Bewegung gehen soll, die das, was sie will auch erreicht. Gefangene sind aus dem Verkehr gezogene, einer Überwachung und Kontrolle unterworfene, die es so rund um die Uhr draußen für niemanden gibt. Einzelne und organisierte Gefangene haben in der

Regel neben dem ‚Rechtsweg' keine andere Macht gegen die Administration was durchzusetzen als die, mit Androhung und Durchführung von ‚Selbstbeschädigung' (vom Schnippeln, Schlucken bis zum Hunger- und Durststreik) oder des ‚Inkaufnehmens' von Torturen wie Isolation infolge von demonstrativen Aktionen — unmittelbar oder via Mobilisierung der ‚Öffentlichkeit'. Weil Gefangene gefangen sind.

Verlauf und die Konsequenzen für die Aktivisten aller Initiativen hier und in anderen Ländern sind dafür Beweis genug. Weil die Bestimmung ‚allein machen sie dich ein' drinnen ne ganz andere Qualität als draußen hat — wer drinnen ist, ist schon eingemacht. Die Einzelzelle ist das allerletzte vor dem Sarg. Dies hat nichts mit Leid zu tun — daß es draußen mehr gibt, die entsetzlicher Leiden als drinnen, ist keine Frage. Es geht um Handlungsmöglichkeiten. Die gesellschaftssanitären neuen Knäste (Frankenthal, Preungesheim, Stammheim, Ossendorf usw.), die schon durch ihre Architektur und die Behandlungskonzeptionen in kleinen voneinander abgeschotteten Behandlungseinheiten auf totale Überwachung und Kontrolle angelegt sind, auf die restlose Eliminierung dessen, was als Gefangenensubkultur (Selbstbestimmung, Selbsttätigkeit, jedenfalls Möglichkeit dazu) bekannt ist, machen das nur deutlicher. Der Hochsicherheitstrakt in Westberlin hat da vielen die Augen geöffnet...

Es ist keine spitzfindige Wortklauberei, wenn ich sage, daß es keine Gefangenenbewegung gegeben hat und keine gibt. Es wird zu einer kommen,wenn draußen der Ausnahmezustand herrscht. Solange der Ausnahmezustand nur innerhalb der Mauern gegeben ist, kann sich für die Gefangenen nichts wesentliches ohne die Oppositionellen draußen ändern.

Darüber ist auch draußen einfacher und wirksamer zu vermitteln, welche Notwendigkeit es für das Engagement in einer Antiknastbewegung gibt. Die Form der Entfremdung, die dadurch produziert und reproduziert wird, daß soziale Widersprüche nicht als soziale sozialrevolutionär gelöst werden, sondern staat - lich transformiert werden in Probleme der Kontrolle und Überwachung = Einsperrung, betrifft jeden. Von der Wiege bis zur Bahre: Strafe, Strafe, Strafe. Oder mit Baudrillard: ‚die Gefängnisse sind dazu da, um zu kaschieren, daß das Soziale insgesamt eingekerkert ist." Diese Form der Entfremdung ist lösbar durch den Kampf gegen die Apparate, die diese Entfremdung verkörpern, der nie nur eine Frage der richtigen Techniken und Mittel sein kann. Es geht hier um eine der Möglichkeiten, durch die Eröffnung einer Perpektive praktischer Radikalität die Einheit von Veränderung der Verhältnisse und Selbstveränderung zu realisieren. (‚eine der Möglichkeiten': das soll nicht vergessen machen, daß die Hauptvoraussetzung für den Konsens zwischen denen unten und denen oben in den Metropolen die Ausbeutung der Völker der dritten Welt ist. Die notwendigen Kämpfe der Teilbewegungen verkommen nur zu leicht in blinder Geschäftigkeit, wo das aus den Augen verloren wird.)

Rote Hilfe München: „Es stimmt einfach nicht, daß man in früheren Hungerstreiks für eine Integration eingetreten ist, man hat nur für eine Gleichstellung mit anderen Gefangenen gehungert, ohne näher zu definieren, wie diese Gleichstellung aussehen soll." (ID 319, s. 12 f.)

Hier kann es sich um nichts anderes als um eine bewußte Lüge handeln. Bei all den vorhandenen Materialien (Kursbuch 32, die Dokus ‚Holger, der Kampf geht weiter' + ‚Der Kampf gegen die Vernichtungshaft' usw.) ist das mit Dummheit nicht zu erklären.

Die taz, die in der magna-Charta-Broschüre „einen ersten Ansatz, sich kritisch mit Knastproblematik — aber auch mit Knastgruppen und Gefangenen aus der Stadtguerilla — der letzten zehn Jahre auseinanderzusetzen" (taz 1.2.80) sieht, berichtete am 15.6.79 in einem Beitrag „über die Entwicklung der Haftbedungungen": „gegen die vernichtenden Haftbedingungen gingen die Gefangenen am 17.1.73 in ihren ersten Hungerstreik, um 'gegen ihre Sonderbehandlung und insbesondere gegen ihre Isolation und Absonderung innerhalb der Haftanstalten' zu kämpfen."

Am 8.5.73 begann der zweite, diesmal sechswöchige Hungerstreik gegen die Isolationshaft (und wie auch später nie für einen Sonderstatus). Hauptforderung war ‚Gleichstellung der politischen Gefangenen mit allen anderen Gefangenen' (siehe vollständige Hungerstreik-Erklärung im Kursbuch 32). Ergebnis war der Beigängerbeschluß = Einzelhofgang angereichert durch einen vermittels der jeweiligen Knastleitung ausgesuchten Gefangenen. Einige Probeläufe ergaben prompt, wie recht wir hatten, diese Pseudoaufhebung der Iso als Spitzellösung abzulehnen.

Aus den Texten der ersten drei kollektiven Hungerstreiks gegen die Isolationshaft (73 + 74/75), sowie aus den in diesen Jahren gestellten Anträgen und Haftbeschwerden ergibt sich eindeutig, daß Gleichstellung Aufhebung aller Trennungen von den Mitgefangenen in den jeweiligen Gefängnissen meinte. Die 14 Forderungen aus der Erklärung zum Hungerstreik im Winter 74/75 — die in der Magna-Charta-Broschüre zitiert werden — machen das allein schon deutlich genug.

— Punkt 1: Freie Selbstorganisation
— Punkt 7: Versammlungsfreiheit
— Punkt 8: Abschaffung des Behandlungsvollzugs; jeder Sonderbehandlung, der Isolation.

Da sich die Hungerstreiks immer auch gegen Behandlungskonzeptionen überhaupt richteten, wurde nicht von Gleichbehandlung gesprochen. Von ‚Integration in den Normalvollzug' wurde nicht gesprochen und wird auch nie gesprochen werden, weil es für uns keine Frage ist, daß mit genau dieser Forderung die Forderung nach Aufhebung aller Trennungen hinter den Außenmauern das legitimiert wird, was selbst von Liberalen als unmenschlich qualifiziert wird — der Normalvollzug (und ‚Integration' ist immer auch eine inhaltliche Bestimmung!):

Der Richter Helmut Ostermeyer (Bunte Liste Bielefeld) 1972 in ‚Strafunrecht': „Der Strafvollzug ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Spätere Geschlechter werden die Zellen unserer Strafanstalten mit demselben Entsetzen betrachten wie wir mittelalterliche Verliesse und Folterkammern".

Rechtsanwalt Hannover auf dem 3. Russel-Tribunal: "Strafjustiz kann man nicht reformieren, Strafjustiz kann man nur abschaffen".
Es geht selbstverständlich um den Kampf für erträglichere Haftbedingungen usw. — das hat aber mit 'Integration' in den 'humanen Behandlungsvollzug' nichts zu tun. Dieser staatliche Humanismus ist genauso zynisch wie das Gequatsche vom 'fairen Prozeß'. Es gibt keine fairen Prozesse.

Das Ergebnis des fünfmonatigen Hungerstreiks im Winter 74/75 — die Haftbedingungen betreffend — war, daß alle, deren Prozesse anstanden, stundenweise Umschluß machen und zusammen in die Freistunde konnten. Daß die meisten bis 78 Untersuchungsgefangene waren, und was das bedeutet, wird nicht nur im Magna-Charta-Text unterschlagen. Der von der Londoner Amnesty-Zentrale als Vermittler angereiste Pfarrer

Österreicher hat wie die Anwälte definitiv die Auskunft erhalten, daß ein Zusammensein mit nichtausgesuchten Gefangenen (also Gleichstellung) nicht in Frage käme.

In der Regel werden Untersuchungsgefangene, in deren Anklagen von Mord, schweren Raub usw. die Rede ist, getrennt voneinander — meist in verschiedenen Knästen — gefangengehalten. In diesen Gefängnissen können sie — es gibt Ausnahmen — mindestens in die U-Gefangenenfreistunde. Bei uns war das umgekehrt: ab 1.1.75 war uns vor den jeweiligen Prozessen gemeinsame Hofstunde und stundenweiser Umschluß möglich. Bei gleichzeitig andauernder hermetischer Abschottung von anderen Gefangenen.

Was uns in dieser Situation nur blieb, war, die Kleingruppen zu vergrößern. Deshalb haben wir den von Rasch eingeführten Begriff der 'interaktionsfähigen Gruppe' seit Sommer 75 benutzt.

Die Rote Hilfe München: "Seltsamerweise wurde dieses Aktionsprogramm (vom Sept. 74) von der RAF nie wieder aufgegriffen und zur Diskussion gestellt, es verschwand von der Tagesordnung und tauchte auch in späteren RAF-Schriften nie mehr auf, stattdessen wurde immer mehr auf eine Trennung von den anderen Gefangenen h i n g e a r b e i t e t, aus dem 'politischen' Gefangenen wurde der 'Kriegsgefangene', der für sich die Anwendung der Genfer Konvention fordert". (TAZ 1.2.) Auch hier wieder bewußte Lügen.

Dazu kommt es, wenn man ignoriert, was wir taten, bzw. zu tun gezwungen waren, und uns über die Rote Hilfe-Wunschvorstellungen nach dem beurteilt, was wir nicht bzw. angeblich nicht getan haben. FAst alle waren wie gesagt Untersuchungsgefange und 75 — 77 liefen die Prozesse in Bückeberg, Hamburg, Stammheim, Berlin und Kaiserslautern. Weit über 100 Bände Akten waren durchzuarbeiten und das bei stark reduzierter Arbeitsfähigkeit. Es ist bekannt, daß in den Prozessen in Hamburg, Stammheim und Kaiserslautern gerichtlich bestellte Gutachter die stark eingeschränkte Verhandlungsfähigkeit auf psychophysische Erschöpfungszustände in Folge der Haftbedingungen zurückführten und die Aufhebung der Isolation gefordert haben. Bekannt ist auch wie die Justiz auf diese Forderungen der von ihr selbst bestellten Ärzte reagierte.

Richtig ist, daß " die roten und schwarzen Hilfen der undogmatischen Linken im Jahre 74 auf dem Höhepunkt ihrer Entwicklung standen". (TAZ 1.2.) In der Zeit, ab Frühjahr 75, in der wir ganz von den Prozessen in Anspruch genommen waren — warum lief da der Niedergang der roten und schwarzen Hilfen? Haben wir sie daran gehindert, gegen die Isolation zu kämpfen, und sich für die so oft beschworenen namenslosen Gefangenen einzusetzen? Die Rote Hilfe München: "Es bestanden Kontakte zu mehreren hundert Gefangenen in fast allen Knästen" — was haben sie mit diesen Kontakten gemacht? Davon kein Wort. Wir hatten diese Kontakte nicht.

In dieser Zeit ab Herbst 74, nach dem Tod von Holger, kam es zur mißglückten Entführung von Drenckmann, zur Aktion Winterreise gegen die Rote Hilfe Frankfurt, im Frühjahr 75 zur Lorenz-Entführung und der Besetzung der Botschaft in Stockholm, usw. — das alles hat sicher die Bedingungen für die Arbeit der roten und schwarzen Hilfen beeinträchtigt. Aber damit den Niedergang ihrer Praxis in den Jahren 75 und danach zu erklären, ist nicht nur dumm — es wäre auch selbstmörderisch. Dem widerspricht z.B. die Entwicklung der Frauen und Anti-AKW-Bewegung in diesen Jahren. Der heute gegebene Bruch mit diesem System, der viel breiter ist, als er es zu Apo-Zeiten jemals war, ist ohne die illegalen und die politischen Prozesse und die Kämpfe der Gefangenen gegen die Isolation seit 72 nicht zu denken.

Zu behaupten "statt dessen wurde immer mehr auf eine Trennung von den anderen h i n g e a r b e i t e t", ist sicher sehr viel bequemer als rauszukriegen, warum es ab 75 in Westdeutschland und Westberlin für das, was mit /gegen die Gefangenen gemacht wurde, kaum noch Vermittlungen gab, nur noch sehr kleine Gruppen, für die Solidarität nicht nur ein Wort war. Nachdem so viele Gruppen und Einzelne, die gegen die Isolation waren, in der Versenkung verschwanden, wurde zur Überlebensfrage, wie wir das als Gefangene ändern konnten. Die Haftentlassung von Astrid damals und von Werner im Frühjahr 79 wegen akuter Lebensgefahr waren immer auch Auskünfte über den Zustand von allen anderen. Die jahrelange Isolation ist bei jedem auf den Körper durchgeschlagen. Diejenigen, die kritisiert haben, daß es in bestimmten Phasen in der Kommunikation unter uns Gefangenen und zwischen Gefangenen und denen draußen zu Brutalisierungen kam, könnten nur insoweit als wirklich solidarisch begriffen werden, als sie gegen die Isolation gekämpft haben. Wahr ist allerdings auch, daß diese Brutalisierungen nicht allein auf die Haftbedingungen zurückzuführen sind. Gemachte Fehler können darüber relativiert werden — sie damit zu rechtfertigen , wäre die Selbstaufgabe. Auch für das was wir nicht gewollt, aber doch bewirkt haben, haben wir die Verantwortung zu übernehmen. Wer auch sonst. Mehr will ich dazu mal jetzt nicht sagen. Ohne das ganze Zeug hier zu haben, in einer Lage zumal, in der es unmöglich ist, das zu diskutieren, ohne daß die Bullen mithören, könnte das eh niemanden wirklich überzeugen — Das soll keine Ausflucht sein. Auf konkrete Fragen muß es konkrete Antworten geben .

Zurück zu 1975 ff: Durch die fehlenden Vermittlungen in der BRD und durch die viel stärkere Widerstandskraft und die viel größere Sensibilität der Linken in den westeuropäischen Nachbarländern gegenüber der US-marshal-Rolle der BRD, der Sozialdemokratie in Westeuropa (Portugal 1974) blieb uns der Versuch eine diplomatische Front aufzubauen: Solidaritätskomitees gegen die Isolation /das Modell Deutschland in allen westeuropäischen Ländern. Von den Rückwirkungen der Initiativen dieser Komitees war zweierlei zu erwarten: eine Ermutigung und damit eine Wiedererstarkung der innerstaatlichen Opposition gegen die Isolation und die totalitäre Führung der Prozesse in den Staatsschutzfestungen und ein Nachgeben der Regierung aus Gründen der Imagepflege, d.h. eine Bereitschaft von oben die Haftbedingungen zu lockern. Erschöpft war im nationalen Rahmen nicht nur die Solidaritätsbewegung, sondern auch der Rechtsweg — abgesegnet von der Strassburger Menschenrechtskommission. Amnesty International zeigte nur sehr wenig Bereitschaft anders als mit sehr sehr spitzen Fingern für uns zu intervenieren. Die 'Europäische Konvention gegen den Terrorismus' war in Vorbereitung, bzw. trat in Kraft (= Kriminalisierung gewaltsamen Widerstands). Deshalb war es im Zusammenhang mit den Vietnambeweisanträgen, dem völkerrechtlichen Widerstandsrecht, das naheliegenste zu versuchen Haftbedingungen nach der GEnfer Konvention vermittels der Unterstützungskomitees in den westeuropäischen Nachbarländern durchzusetzen. Um das realisierbar zu machen, wurde ausdrücklich auf den Kriegsgefangenenstatus verzichtet. Es war ein widersprüchliches Projekt: einerseits Haftbedingungen, die Lebensbedingungen in der Haft ermöglichen sollten, abgesichert durch eine anerkannte internationale Kontrollkommission und andererseits das in einer Form — Genfer Konvention — die für die Haftbedingungen Verantwortlichen absolut unakzeptabel sein mußte. Kritiken, wie die von Zahl — 'Ist ein Karl-Heinz Dellwo in RAF-Uniform durch Stockholm getigert? — sind ignorant: Vertreter der internationalen Kommission des Roten Kreuzes sind seit 45 in innerstaatlichen politisch-militärischen Auseinandersetzungen tätig geworden. Dies allerdings auf dem Hintergrund der Interessen einer Fraktion der Herrschenden in den Metropolen, mit dem Kolonialismus Schluß zu machen.

Man kann die Forderung nach Anwendung der Genfer Konvention als 'militaristische Abweichung' kritisieren, als Re-

flex der politischen Isolierung hier. Welche anderen politischen Lösungen wären damals möglich gewesen? Diejenigen, die die Forderung nach Anwendung der Genfer Konvention kritisierten und kritisieren, sollten sich schon die Mühe machen, aus ihrer Analyse der damaligen Situation diese anderen Möglichkeiten aufzuzeigen. Was hätte es genutzt — wie die Rote Hilfe München meint — damals den Forderungskatalog aus der Hungerstreikerklärung vom September 74 'zur Diskussion zu stellen'. Wer wäre denn in der Situation Träger dieser Mobilisierung gegen das Modell BRD, wie wir sie für möglich hielten, ist es allerdings auch nicht gekommen.

Heute halte ich es nicht mehr für sinnvoll über 'Genfer Konvention' Lebensbedingungen im Knast durchzusetzen.
Seit dem Hungerstreik im Juni 79 können einige der zuletzt Verhafteten — damals war der BGH—Ermittlungsrichter für ihre Haftbedingungen zuständig — mit nichtausgesuchten Gefangenen zusammensein. Und was wichtiger ist: die innere Situation ist nicht mehr die von 75 — 77. Das Potential für eine westdeutsche Bewegung im Knast und die Entlassung der Haftunfähigen ist gegeben. Die Internationalisierung des Kampfes gegen Isolations- und Verhaltensveränderungshaft ist allerdings nicht weniger dringlich: In fast allen westeuropäischen Ländern gibt es, bzw. entstehen Sondergefängnisse und Hochsicherheitstrakte.

Die Minimalplattform für alle, die gegen Isolationshaft sind, könnte so aussehen:

- Entwidmung der Trakte
- Abschaffung jeder Form der Isolationshaft
- Entlassung der Haftunfähigen

Damit wäre auch 'Amnestie für alle' (='Gnade vor Recht') vom Tisch. Es ist eine Forderung, die für den Neopaternalismus, neben dem human engeneering die Mystifizierungsstrategie der Machthaber hier, funktioniert und nicht für das, worum es letztlich gehen muß: Abschaffung der Gefängnisse, des Strafrechts, usw. = die Lösung des Widerspruchs zwischen Kriminalisierten und Nichtkriminalisierten".

Mit der Entwidmung der Trakte und der Abschaffung jeder Form der Isolationshaft ist die Forderung nach 'interaktionsfähigen Gruppen' überholt. Sie war nur sinnvoll unter der Bedingung der Kleingruppenisolation und der Unmöglichkeit der Aufhebung der Trennung von den anderen Gefangenen. Daß aber die Forderung nach Zusammenlegung bei gleichzeitiger Aufhebung der Trennung von den sozialen Gefangenen nach wie vor legitim ist, sollte auch denen klar sein, die sich 'nicht nur für politisch motivierte Gefangene einsetzen' wollen — jeder Gefangene, wenn schon Gefangener, will mit seinen Freunden zusammensein. Bei den meisten ist das der Fall. Wo das nicht so ist, ist die Zusammenlegungsforderung eine, die ein gemeinsames Interesse von Gefangenen aus Guerillaorganisationen und sozialen Gefangenen artikuliert. In jedem Knast sind welche, die verlegt werden wollen, aber nicht ihren Anträgen entsprechend verlegt werden. Und nicht nur lesbische bzw. homosexuelle Gefangene.

Zu dem Magna-Charta-Text wäre noch viel mehr zu sagen. Z.B. zu ihrem komischen Verständnis des 'politischen Gefangenen'. Cobler schrieb in dem letzten Russellrotbuch was zur Geschichte des politischen Gefangenen, war darein gehört. Das wichtigste daran: der Zusammenhang mit der Transformation des Staates, der Aufhebung der Gewaltenteilung, der Liquidierung des Widerstandsrechts, der Aufstieg des BKA zum dominanten Staatsapparat usw.usw.
Auch zu diesem 'Führer-Fußvolk-Käse. Wie sollten die Politischen die Sozialen als Fußvolk führen können, wenn sie nach Auffassung der Roten Hilfe München von ihnen getrennt in Sonderstatus-Trakten bleiben wollen?

Lächerlich und gemein wie so vieles in diesem Ding. Das Verhältnis all dieser kritischen Kritiker zu den Haftunfähigen reduziert sie auf nichts anderes. Diejenigen, die sich um die Leiche von Rudi Dutschke gestritten haben und denen zu uns einfällt — z.B. Gollwitzer — 'weinerlich', denken überhaupt nicht dran, daß er sich für die Haftentlassung von Günter eingesetzt hat. Irmgard ist im achten Haftjahr in Stammheim vollständig isoliert. Nebenbei auch eine Auskunft über das, was die für ihre Haftbedingungen Verantwortlichen von ihrer Selbstmordthese halten. Niemand kann sagen, er wüßte nicht, warum sie nach acht Jahren Isolation immer noch vollständig isoliert wird.

Ich hör jetzt auf. Diese Diskussion / Debatte wird eh noch Monate dauern, auch dauern müssen. Zuviel ist noch ungeklärt / unklar.

26.2.80

IM GEISTE FILBINGERS —

Gefängnisstrafen ohne Bewährung und hohe Geldstrafen im Heidelberger Germanistenprozeß

Heidelberg/Frankfurt, 15.3.80

Am Freitag, den 14.3., hat das Landgericht Heidelberg sein 2.Urteil zu den Streikaktionen im WS 76/77 am FB Germanistik/Uni Heidelberg gefällt. Die Aktionen richteten sich damals gegen die Einführung einer zusätzlichen Klausur und gegen Stellenstreichungen. In „guter" Tradition („Heidelberger Landrecht") wurden wieder Haftstrafen verhängt. Derzeit sind noch ca. 100 weitere Strafverfahren gegen Studenten in Heidelberg anhängig.

Im folgenden dazu die Presseerklärung der Verteidigung:

Nach ca. 80 Verhandlungstagen und über einjähriger Verfahrensdauer hat die erste Große Strafkammer des Landgerichts Heidelberg heute, Freitag, 14.März 1980, ein erstes Urteil gegen drei ehemalige Studenten und Fachschaftsvertreter am Germanistischen Seminar der Universität Heidelberg gesprochen.

Die drei Studenten sind wegen Beteiligung an Streikaktionen gegen die allgemeine Einführung von Klausuren und die Verschärfung von Studienbegingungen angeklagt.
(. . .)

Die Angeklagten wurden zu Freiheitsstrafen ohne Bewährung zwischen 13 und 17 Monaten und zu empfindlichen Geldstrafen verurteilt.

Dieses Urteil ist nur ein erstes und vorläufiges, da von den ursprünglichen 47 Anklagepunkten 10 abgetrennt wurden, über die ab Montag, den 17.März weiter verhandelt werden soll.

Scheinbar bleibt das Urteil deutlich hinter den Anträgen der Staatsanwaltschaft zurück. Diese hatte Gefängnisstrafen zwischen 3 Jahren vier Monaten und drei Jahren zehn Monaten gefordert. Tatsächlich handelt es sich dabei um Kosmetik. Mit einer Erhöhung im endgültigen Urteil muß gerechnet werden. Darüber hinaus sind die Geldstrafen im Falle der Uneinbringlichkeit in Haftstrafen von entsprechender Dauer umzuwandeln. Schließlich bleiben die nicht unerheblichen Kosten des Verfahrens bei den Angeklagten hängen.

Der Vollständigkeit halber sei vermerkt, daß die Angeklagten für die gleichen Taten bereits 1977 auf die Dauer von zwei Jahren von der Universität aufgrund des Hochschulordnungsrechts ausgeschlossen worden waren.

Die Höhe des Strafmaßes begründet die Kammer u.a. mit der Gefahr, die von den Angeklagten für die Hochschule ausging. Dagegen müsse energisch eingegriffen werden.

Den Angeklagten sei es schließlich nur noch um die Störung des Lehrbetriebs gegangen. (. . .)

Das Landgericht Heidelberg vertritt die Auffassung, das lautstark gesprochene Wort eines Studenten in einer Lehrveranstaltung ohne Genehmigung durch den Dozenten stelle als Nötigung strafbare Gewalt dar, wobei es der Willkür des einzelnen Dozenten überlassen bleibt, ob er sich genötigt fühlt.

In der mündlichen Urteilsbegründung konnte das Gericht die zahlreichen Erklärungen aus Hochschule, Betrieben und gewerkschaftlichen Gremien, die sich gegen das Verfahren richten, nicht übergehen. Die Kammer mußte anerkennen, daß es bei dem Streik um ein „sach-

liches Ziel" gegangen sei, behauptete aber, daß sich der Prozeß nicht gegen Vollversammlungen und die Wahl von Studentenvertretern richte.

Die Verteidigung wird gegen das Urteil Revision einlegen.

Rechtsanwälte Clausen, Harder, Laubach, Lehner, Popp, Reinecke, Sander

Soweit der Wortlaut der Presseerklärung der Verteidiger. Schuldig befunden wurden die Angeklagten der Nötigung und des Hausfriedensbruches in mehreren Fällen. Die verhängte Gesamtstrafe ergibt sich aus der Zusammenfassung von Einzelstrafen — z.B. Teilnahme trotz Hausverbotes an einem „Absingen von Liedern" im Foyer des Germanistischen Seminars und der damit verbundenen zeitweiligen Störung einer mündlichen Prüfung = 4 Monaten ohne Bewährung.

Wesentlicher Inhalt der mündlichen Urteilsbegründung war (sinngemäß nach Mitschrift):

„Das Verhalten der Angeklagten war nicht rechtmäßig. Sie können sich nicht auf Vollversammlungsbeschlüsse berufen. Vollversammlungen können nach geltendem Hochschulrecht keine verbindlichen Richtlinien beschließen. Auch daß sie als gewählte Fachschaftsvertreter gehandelt haben, rechtfertigt ihre Taten nicht; Fachschaftsvertretungen sind zudem illegal. (In Baden-Württemberg sind Asten und Fachschaften — studentische Vertretungsorgane — seit 1977 verboten, d.Verf.). Dies ist im vorliegenden Fall allerdings egal, denn selbst wenn sie legal wären, hätten die Angeklagten als Fachschaftsvertreter nicht das Recht gehabt, gegen den Willen des lehrenden Professors ihr Anliegen in der Veranstaltung vorzubringen. Auch legal gewählte Vertreter haben dieses Recht nur mit Genehmigung der Lehrenden. . . Die vielfach an das Landgericht herangetragene Behauptung, das Verfahren richte sich gegen studentische Vertretungsorgane oder gegen eine Bewegung unter den Studenten, ist unrichtig; es wird lediglich strafbares Verhalten verurteilt. . . Zur Strafzumessung: Die den Angeklagten zur Last gelegten Taten sind von unterschiedlichem Gewicht. Hatten die Angeklagten am Anfang noch sachliche Ziele, und versuchten sie sachliche Informationen in die Veranstaltungen einzubringen (das kostete sie allerdings auch schon ein paar Monate, d.Verf.), ging es ihnen später nur noch um die Störung des Lehrbetriebes. Genauso schwerwiegenden sind die tätlichen Angriffe auf die Professoren zu werten (keiner der Angeklagten ist wegen Körperverletzung verurteilt worden, d.Verf.). Daher kann nur auf Freiheitsstrafe erkannt werden.

Den Angeklagten konnte am Anfang noch als Irrtum unterstellt werden, daß sie sich von der Befürchtung vor Studienverschärfung leiten ließen, die sich im übrigen während des Verfahrens als nicht richtig erwiesen. Gravierend dagegen war das persönliche und diffamierende Vorgehen gegen den Lehrkörper und die Störung des Lehrbetriebes über ein ganzes Semester. Das Verhalten der Angeklagten stellt bei derartigen Auffassungen, wie sie die Angeklagten haben, eine Gefahr für die Hochschule dar. Dagegen muß mit entsprechender Strafe energisch vorgegangen werden."

Mit ähnlicher Härte und Unverschämtheit ist das Heidelberger Landgericht schon bei einem anderen Prozeß (mit einer anderen Richterbesetzung) gegen Teilnehmer des Germanisten--Streiks vorgegangen: 15 Monate ohne Bewährung waren das Ergebnis. In diesem Urteil wurde ein „Boykottausschuß" zur kriminellen Vereinigung nach § 129 StGB erklärt:

Auszüge aus einer Mitschrift über die Urteilsbegründung des Germanistenprozesses in Heidelberg:

„Es wurde ein Boykottausschuß gebildet, der auch tatsächlich zu „Boykott" und „Streik" aufgerufen hat. Es ist der Versuch, den Betrieb in einer ganzen Fachgruppe lahmzulegen: Psychoterror, Teach-Ins, Go—ins u.a. rüpelhafte Methoden, Knallfrosch, Lachsack usw. . . .

(. . .)

Der Boykottausschuß war nichts anderes als eine kriminelle Vereinigung, dessen Zweck darin bestand, zu kriminellen Taten aufzurufen. . .

(. . .)

Es ist anstößlich, sittlich verwerflich, grundsätzlich zu mißbilligen, wenn Studenten versuchen, in Grundrechte einzugreifen: Psychoterror gegenüber Dozenten, die nur ihre Pflicht tun. . . Es gibt nicht nur kein Streikrecht, sondern diese Dinge sind auch weit über das Streikrecht der Arbeiter hinausgegangen. (. . .)

Durch die Bezeichnung „Spitzel" wurde Kriminaloberkommissar Ernst in seiner Ehre verletzt. Emig (den einen Angeklagten, die Red.) geht es aber nichts an, was der Kriminaloberkommissar Ernst in der Universität tut. (. . .) Die Angeklagte Koch hat zwar keinen besonderen Beitrag geleistet. Die Tatsache, daß sie einen Fotoapparat dabeitrug, ist nur ein Indiz. Mit Mitziehen und Mitmarschieren hat sie den Zug verstärkt und muß sich die Tatbeiträge der anderen zurechnen lassen

. . .

Zur Sperrkette vor dem Germanistischen Seminar: Es ist schon sehr dreist, wenn nicht einmal der Institutsdirektor ins Institut gelassen wird. (. . .)

Die Störung von Prof. Michelsen und seine Verfolgung durch die Hauptstraße stellen den Höhepunkt dar. . . So etwas habe ich seit 30 Jahren hier nicht erlebt in Heidelberg, daß der Prof. Michelsen über die Hauptstraße mit Eierwürfen verfolgt wurde. . . Es ist eine Schande für die Studentenschaft. . . Wer Wind sät, wird Sturm ernten. Wer einmal eine Meute aufstachelt, der darf sich nicht wundern. . . Die Eierwürfe im Saal zeigen, daß die Eier schon in der Planung drin waren. . . "

Diese Urteile können nicht allein „durchgeknallten" Heidelberger RIchtern zugerechnet werden. Solche Urteile entfalten Signalwirkung. Das hat sich schon bei anderen Verfahren gezeigt.

FB-Gruppe-Jura Uni Ffm

Kontakt: Fachschaft Germanistik, c/o Torsten Bultmann, Ringstr. 4, 6906 Leimen 3.

Prozeßtermine: Freitag, 21.3., 14 Uhr, Montag, 24.3., 8.30 Uhr (Personalausweise werden verlangt), Landgericht Saal 2.

Aktionen der „Indianerkommune"

Die Indianerkommune Nürnberg ruft alle Kinder und Jugendlichen, alle Pädophilen und alle Menschen, die für die freie Entfaltung der Kinder und Jugendlichen eintreten (Recht auf uneingeschränkte Freizügigkeit, Sexualität, Abschaffung von Schulpflicht und Leistungsdruck), zu den folgenden Aktionen auf:

— Aktion zum „Programmtag der Grünen: am 21. März in Saarbrücken, 15 Uhr „draußen vor der Tür" der Saarlandhalle;

— Veranstaltung „Minderjährige im Kampf": am 28.März in Nürnberg, 17 Uhr im Jugendzentrum/KOMM. Danach vierzehn Tage Zusammenbleiben („Ferien").

— Hungerstreik gegen die Paragraphen 174 bis 176 des Strafgesetzbuches, gegen Heime und Schulpflicht, für das Recht auf Ausziehen von Zuhause, ab 28. oder 29. März in mehreren Orten. Wo, hängt davon ab, wer den Hungerstreik unterstützt.

Kontakt: Indianerkommune, Mittlere Kanalstr. 34, 8500 Nürnberg, Tel.: 0911/26 67 86. Eine bescheidene Spende kann/muß nicht beigelegt werden.

ANTI–FOLTERZENTRUM in Kopenhagen gegründet

Eine Gruppe dänischer Ärzte wird in Kürze in Kopenhagen ein internationales Dokumentations- und Forschungszentrum über Folter eröffnen. Der Ärzteverein hat Räume zur Verfügung gestellt. Das Zentrum wird Forschungsergebnisse über Folter sammeln und sie in Artikeln und selbständigen Herausgaben publizieren.

Eine der Initiatoren ist die Ärztin Inge Kemp Genefke. Sie sagt, daß die Rede nicht von einem passiven Zentrum ist, welches nur Forschungsresultate oder Ergebnisse von z.B. Amnesty Internationals Ärztegruppe abwarten will:

„Wir werden Fragebögen an Ärzte in eine Reihe verschiedener Länder schicken und so fragen, ob sie um Folter wissen, welche Arten von Folter, ob sie bereit sind, Aussagen zu machen usw. Dies ist eine sehr schwierige und für einige sehr gefährliche Arbeit, die uns zwingt, vorsichtig vorzugehen. Das Ergebnis der Fragebögen-Untersuchung wird in einen zentralen Index eingehen, den wir im Zentrum hier einrichten. Außerdem wird die Untersuchung dazu beitragen, herauszufinden, wo sie angewendet werden kann, welche Verhältnisse untersucht werden sollten, in welchen Ländern eine spezielle Aufmerksamkeit gefordert ist." Inge Kemp Genefke ist auch Leiterin einer der Ärztegruppen von Amnesty International.
Das Zentrum arbeitet unabhängig von AI und heißt „Center for Anti-Torture Resaerch (ATR)". Im Vorstand sind Prof. Ole Aalung (Landbohöigskole), der Arzt Jens Daugaard, Dr. Philip Berger, der eine kanadische Ärztegruppe gegen Folter leitet, Prof. Irving Bernstein vom Massachusetts Institute and Technology, die Oberärztin Lis Danielsen vom Kommunekrankenhaus in Kopenhagen und die Ärztin Inge Kemp Genefke, Rigshospitalet (Reichskrankenhaus).

Als Hintergrundinformation dazu Auszüge aus einem Artikel, der vor einem Jahr in der dänischen Zeitung POLITIKKEN erschien:

Strafe vor dem Urteil

Das Grauen der Isolation in dänischen Gefängnissen

Das dänische Gefängniswesen genießt international den Ruf, eines der besten zu sein. Es ist gekennzeichnet durch milde Strafen, wenige Insassen und so gut wie ohne Gewalt. Mit amerikanischen Augen gemessen, eine Art von Befreiung.

Hier gibts kein Attica oder San Quentin, wo tausende von Männern zusammengepfercht sind und in ständiger Angst vor sexuellen und körperlichen Übergriffen leben. Kein dänisches Gefängnis hat mehr als 300 Gefangene, die meisten weniger als 150.

Es ist versucht worden, die Verhältnisse innerhalb der Mauern humaner zu gestalten. Erwähnenswerte Reformen sind Besuch von Freunden ohne Aufsicht, Uniformen brauchen nicht getragen zu werden, uneingeschränkter Briefverkehr und gegenseitiger Besuch von Gefangenen, von Zelle zu Zelle. In einem Versuchsgefängnis leben Männer und Frauen auf dem selben Gang und machen zusammen Essen. Die Philosophie der Gefängnisadministration beinhaltet, daß das Einsperren nicht gleichbedeutend ist mit dem Entzug der Werte eines Individuums, durch Verweigerung grundlegender Menschenrechte.

Doch diese Reformen gelten Personen, die bereits ihr Urteil haben. Da gibt es noch was in diesem System, das sehr selten diskutiert wird, und das ganz schlecht mit den Verbesserungen übereinstimmt, die stattgefunden haben: die Isolation vor ver Verurteilung. Menschen können total isoliert werden, bis ihre Sache entlich behandelt ist – sei es ein Urteil oder ein Freispruch.

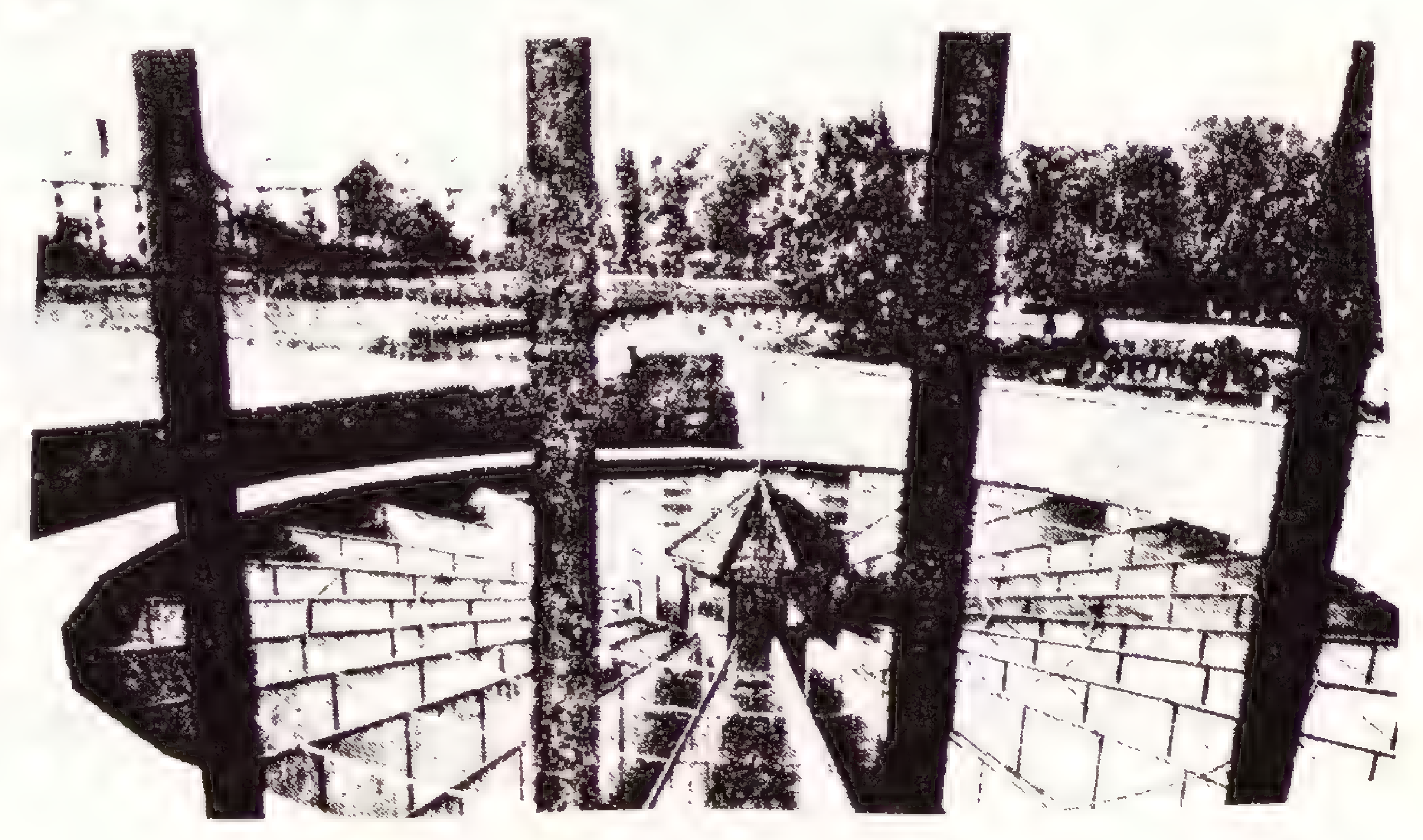
Es sind Gerichte, die beschließen, ob jemand isoliert wird oder nicht, doch in den allermeisten Fällen verlangt es die Polizei, wenn erwartet wird, daß die Untersuchungen schwierig werden oder bei Verdacht auf Warnung anderer Beteiligter. Die erste Isolationsperiode dauert etwa 1 Monat. Danach kann die Polizei das Gericht um die Verländerung eines weiteren Monats ersuchen und weiter, solange, bis die Untersuchungsarbeiten und Berufungssachen abgeschlossen sind. Es ist ausschließlich das Gericht, bei dem diese Entscheidung liegt. Laut Landgerichtssachbearbeiter Arnold Rothenberg, der viele Klienten in Isolation hatte, wird nur ganz selten ein solches Ansuchen von der Polizei abgelehnt.

Die Polizei hat keine Statistiken über die Länge der Isolantionsperioden. Bei Rothenborgs Klienten war die Isolationsperiode durchschnittlich 6-8 Monate. Zwei wurden 14 Monate und einige mehrere Jahre isoliert.

Die Isolation scheint sich sehr vom übrigen Gefängnissystem in Dänemark zu unterscheiden. Und es ist deshalb sxhwer zu verstehen, warum sie noch existiert. Die Polizei sagt, daß, wenn der/die Betroffene frei kommunizieren könnten, würde er/sie wahrscheinlich das Beweismaterial zerstören und versuchen, sich Alibis zu verschaffen. Doch diese Erklärung verliert ihre Glaubwürdigkeit, weil nicht alle isoliert werden, wenn ein Verbrechen bekannt wird. Neulich wurde ein Mann verhaftet und angeklagt, ostdeutscher Spion zu sein. 3 Wochen später wendet sich seine dänische Frundin an die Polizei und sofort wird auch sie isoliert. Sie hatte 3 Wochen Zeit, Beweismaterial zu zerstören und sich ein Alibi zu verschaffen, wenn sie das gewollt hätte.

Das erste Gefängnis, das ausschließlich Isolationsgefangene aufnehmen sollte, wurde 1829 in Philadelphia gebaut, und die Zellen waren so angebracht, daß die Gefangenen ihre Wärter sehen konnten. Ursprünglich benutzten die Quäker diese Zellen, um die Insassen dahin zu bringen, in sich zu gehen und zu bessern. Doch die Reformer fanden schnell heraus, daß zu viele Gefangene psychisch zusammenbrachen, Folge der totalen Abschottung von anderen Menschen.

Bevor aber diese Resultate bekannt waren, kamen einige europäische Politiker nach Philadelphia, um das Gefängnissystem zu studieren und schlugen vor, es nach Europa zu überführen. Die dänischen Reformisten führten nun eine noch extremere Form der Isolation ein, als sie von den Quäkern praktiziert wurde. Und seit dieses System im vorigen Jahrhundert eingeführt wurde, ist nicht sehr viel passiert, um es zu verändern.



Damit das Umfeld nicht umfällt

Frankfurt 14. März *Aus einem Berliner Knast erreichte uns folgender Brief:*

AUFBRUCH ZUR ABSCHAFFUNG DER DM–WÜRGLICHKEIT INKLUSIVE MEHRWERT–UNGEHEUER – ZWISCHENSTATION: GESINNUNGSHAFT

Nüchtern, bekifft, angedröhnt, besoffen, vor und nach dem flash usw. träumen fast alle davon. Damit oder weil der Traum nicht Wirklichkeit wird, besaufen, bekiffen sich viele, zu viele wieder, drücken sich die Nadel rein, gehen auf große oder kleine Fluchten...Tendenz steigend!

Am 29.6. wollten wir drei am Devisenschalter der Berliner BANK AG am Kranoldplatz eine Reise buchen, um nicht zu flüchten. Umsonst und ohne Zinsen!

Das ist auf einer Ebene gescheitert. Wir hängen jetzt da, wo der Wunsch nach Zärtlichkeit, Wärme, Liebe und Erotik so groß ist, wie der Wunsch des Hungernden nach Brot und Wasser. Unsere Situation wie die der übrigen ca. 50 000 Menschen in den Knästen der BRD ist absurd, wie vieles in diesem Modell-Ländle. Es ist Wahnsinn; je höher und breiter Beton und Profite kreiseln, desto größer sind die kalten Schatten, die sie werfen. Das, von dem viele dachten, es macht sie reich, hat sie in Wirklichkeit arm gemacht, fehlt sogar immer mehr die Zeit, das festzustellen. Nun, über den blitzblanken Konsumaufstrich, BRD-Soft mit essentiellen Fettbäuchen und den Kontervitaminen B, K, und A, angereichert mit atomaren Schnelltoastern inklusive hochvertraktgesicherter Menschlichkeit brauchen wir wohl nüscht zu sagen, weiß jeder selbst, was er von zu halten hat!

Wir stellen, stellten eher die Frage nach der Chance, hier und jetzt ein Stück menschliche Zeit zu erobern. Wir drei wollten für uns eine Lösung suchen, um sie vor allem auch mit anderen zu teilen, die nicht die Möglichkeit kostspieliger Fluchten haben.

Nun, wir sind nicht ausgezogen als heldenhafte Fighter im Kampf gegen kalte Schatten. Wir haben uns über unsere Ängste hinaus lediglich einmal ernst genommen, wollten einen großen Schritt aus dem Schatten heraus machen, wollten am 29.6.79 am Schalter der Berliner Bank eine Reise aus dem Schatten buchen, Geld beschaffen, damit's auch für einige andere möglich wird.

Ziel dieses Bankraubes, dieser Beschaffungsaktion oder wie immer Mensch dazu sagen will, war nicht, einen militärischen Grabenkrieg gegen die Heere des Wiesbadener Computer-Sonnenkönigs zu finanzieren. Das hätte bedeutet, den größten aktuellen Wahnwitz der deutschen Geschichte viel zu ernst zu nehmen. Auch Herold ist nur ein Untergebener einer riesigen Arbeitshetze-Konkurrenz-Leistungsmaschine im Dienste der Zastlrhamsterei, wie sie absoluter, perfekter hier noch nie existiert hat. Witz, Phantasie und Menschlichkeit, Kuscheltiere und 365 Tage Karneval sind die Partisanen, die den Herold und seine Raster-Konsorten in seinem Stacheldraht-Hochsicherheitscomputer-Trakt lächerlich machen und umzingeln werden.

Aber wir wollten kein Konfetti von dem Geld kaufen.

Geld ist leider immer noch das Mittel, um sich bestimmte brauchbare Gegenstände zu beschaffen, obwohl wir drei ja bestimmt nichts so sehr hassen, wie den schnöden Mammon. Nichts verschleiert die üble Geschäftemacherei und die Verbrechen der Geldschneider so sehr, wie die abstrakten Zahlen über Profitraten, Dividenden, Konkurse und Spekulationen. Nichts hat Menschen derartig von sich selbst und der Natur entfremdet wie Geld. Es gehört abgeschafft!

Ein Widerspruch zu einem Bankraub?

Solange wir leben, lieben, lachen und arbeiten nicht auf eine natürliche Art und Weise miteinander verbinden können, ist die Knete noch ein Mittel zum Zweck dafür, etwas zu verwirklichen, was in dieser Gesellschaft immer unmöglicher wird: angstfreie, selbstbestimmte, zwischenmenschliche Lebens- und Arbeitsbedingungen ohne Unterschiede ob Mann oder Frau, ob 20 oder 50 Jahre alt.

Gewiß, die Anzahl derjenigen, die solche kleinen Inseln suchen, sich geschaffen haben, ist ziemlich groß geworden. Andererseits, die kalten Schatten wachsen bedrohlich und fast unaufhörlich weiter. Auch wir haben kein Rezept, diesen Widerspruch zu lösen, kein antiimperialistisches Trans-Touropa-Express-Konzept. Dort, wo wir gewohnt, gelebt haben, in Berlin Kreuzberg und Neukölln, haben wir genug täglichen Kleinkrieg.

Nur, die wenigsten Alternativprojekte verlassen den Kreis der selbstgenügsamen Inseln, bröseln so vor sich hin, es sei denn, sie handeln nach den Gesetzmäßigkeiten des Marktes, verlassen damit den Kreis alternativer Ansprüche. Andererseits machen Zins und Zinseszins, teure Kredite meist eine gute technische Ausstattung unmöglich, die aber für annähernd konkurrenzfähiges Arbeiten oft notwendig ist, damit vor allem neue Ausbildungs- und Arbeitsplätze geschaffen werden. Letzteres war uns am wichtigsten!

Wer weiß, wo wir gelebt, gedacht und gefühlt haben, weiß wieso. Wir haben von selbstverwaltetem Jugendzentrum (SJSZ), Jugendwohngemeinschaft, Arbeitskollektiv, Punk-band, Stadtteil und sog. Jugendarbeit, Gewerkschaftsarbeit, Knastgruppe und Öffentlichkeitsarbeit bei politischen Prozessen (zuletzt noch gegen den Hochsicherheitstrakt) ne Menge Ansätze linker

JUNGEJUNGE, DU HAST'S JA WIRKLICH LEICHT!



Politik mitgemacht. Es sind vor allem die Bereiche, wo der Staat versagt, sich dieses System am nacktesten entblößt, wo wir es selbst als Arbeitslose, Jugendliche, Knastbesucher, Lohnarbeiter am dicksten gespürt haben, wo wir keine Analyse brauchen.

Dort ist das Geld

Grad hier in Berlin brauchen wir's nicht weiter zu begründen. Die Medien sind täglich voll davon und berichten doch nur die Oberfläche, die Sensation, die Herointoten. Was es heißen kann, mit 14 oder 15 Jahren schon keine Perspektive mehr zu haben, weil einen die Kälte der Konsumwut ankotzt, 50 oder 100 Bewerbungen zu schreiben, um eine lumpige Lehrstelle als Kfz-Schlosser zu bekommen, dann vielleicht noch als Lehrling den Budenfax machen zu müssen, um diese ergatterte Lehrstelle zu behalten, was der nackte, kapitalistische Alltag in Schulen, Betonspielplätzen, U-Bahnhöfen usw. für Kinder und Jugendliche vor allem bedeutet, sowas jagt vielleicht als Sensationsreport a la „Kinder vom Bahnhof Zoo" zum Sozialgewissen-Aufgeilen durch die Gazetten... nur die Politik dieses Staates ändert sich nicht. Im Gegenteil, die Zahl der Direktbetroffenen nimmt ständig zu, Jugendheime werden geschlossen, Gelder gekürzt und in Abschreibungsfirmen gepumpt. Dort, wo Selbsthilfeprojekte was wollen, was ihnen zusteht, selbstverwaltete Jugendzentren, leerstehende Häuser und Räume, wo Spekulanten ein Strich durch die Rechnung gemacht wird, da reagieren dieselben Institutionen, vor denen wir jetzt stehen. Dort ist das Geld. Von 1979 insgesamt 328 neugeschaffenen Stellen im öffentlichen Dienst sind allein 233 für Juicetiz und die Bullizei abgefallen. Sicherheit+Ordnung+Staatsgewalt!!

Nicht wir als Linke haben uns von den moralischen Grundsätzen der Verfassung entfernt, sondern die kalte Perfektion der Schlafstädte, die frostig-blassen Aluverkleidungen der Konsumwuttempel, die Funktionalität der fröhlich-bunten Farben der Lernfabriken und Mauern. Die Optimierungs-Bürokraten erdrücken Menschenwürde und Entfaltung der Persönlichkeit auf eine fatale neue Weise.

Wissen, wat ne Feile ist

Na ja, was wir dagegensetzen wollten, nimmt sich eher bescheiden aus, nichtmal superalternativ:
Wir wollten das aufbauen, finanzieren, was wir halt am besten können: Ein Kfz-Kollektiv als Ausbildungsmöglichkeit; Peter is'n guter, gelernter Kfz-Schrauber. Ziele, die uns wichtig sind, erreichen wir allemale, auch den Meisterstempel, um ausbilden zu können. Wir alle sind Metaller, wissen, wat ne Feile is. Ein Projekt, das auch nen gewisses finanzielles Polster hat, so daß die wichtigen Ansprüche, Arbeit anders zu organisieren, Zeit zu haben zum Erklären, Lernen nicht gleich vor die Hunde gehen. Auch so finanzieren, daß darüberhinaus Lebenszusammenhänge möglich sind, z.B. auch für die, die wir im Knast besucht hatten, in dem wir jetzt selbst sitzen. Auch für die aus unserem großen Bekanntenkreis, die auf die Fixe gegangen sind, noch gehen werden. Schließlich und endlich waren wir zum Teil selbst arbeitslos! Hunderte ähnlicher Projekte sind in Berlin notwendig, dringenst!!

Und jetzt, wie gesagt, sind wir in anderen Umständen, sitzen in einem Prozeßsaal des Hochsicherheitsbereiches Moabit einem Polit-Stabsanwalt gegenüber, die Ermittlungen wurden von der Bullizei, Abt. Staatsschützenverein geführt, eine Menge kurioser Müll über unsere angebliche terroristische Vergangenheit hervorgezaubert in BeKAnnterweise, wir hatten Haftbedingungen für politisch multivierte Nicht-Sänger aus dem BKA-Geschenksortiment für Aufenthalte in Staatshotels, extra gesicherte Hafträume, Fliegengitter und noch so'n paar Sperenzien. Begründet mit dem Begriff: „Umfeldzugehörigkeit zum Kreise anarchistischer Gewalttäter", zielend auf unsere jahrelange, legale, mühsame Arbeit, wie sie tausende von Linken machen, wie sie überhaupt hier die Sozial- und Kulturarbeit machen.

Auf Daß das UMFELD nicht umfällt!

Es ist die Tatsache, daß wir Linke sind, die uns diese Bevorzugung eingebracht hat. Optisch begründet mit dem Argument, wir hätten Kontakte zu jenem „brisanten" Personenkreis, der der Bewegung 2. Juni zugerechnet wird. Weil wir etwas gemacht haben, was hier in Berlin ne Reihe von Leuten machen, nämlich Prozesse besucht und den politischen Gefangenen geschrieben. Also haben unsere Haftbedingungen was mit unserer GESINNUNG, unseren legalen Kontakten zu tun, obwohl sich in unserer Anklageschrift, in den Ermittlungsakten kein Sterbenswörtchen darüber finden läßt.

Aber das Umfeld soll getroffen werden, unsere lieben, zärtlichen, kollektiven Zusammenhänge, der kollektive Zusammenhalt, der auch die Kraft stärkt, die eigene Angst zu überwinden – und dieser Zusammenhalt in der Linken wird gefürchtet, die Energie, die aus der kollektiven Identität entspringt, uns raustreten läßt aus der systemgewollten Vereinzelung und Anonymität.

Na ja, uns sind wieder viel zu viel allgemeine Sachen in den Text gerutscht, obwohl wir eigentlich deutlich machen wollten, daß wir alledem unsere eigene Subjektivität, unsere menschliche Voreingenommenheit, unsere Empfindsamkeit, aber auch unsere Ängste entgegensetzen, daß aus unseren Schmuse-Nischen und Kuschel-Ecken ganze erotisierte Landschaften werden.

Unser Traum ist ungebrochen.
Unsere Sehnsucht danach wild und riesengroß!

WIE SÄHE ES IN DER WELT AUS, WENN JEDERMANN BLOSS ESSEN UND SCHLAFEN WÜRDE?



...alleine werden sie eingemacht!

Die Ermittlungsgruppe Berlin ist entstanden, um AKW-Gegner/innen, die kriminalisiert werden (sollen), zu unterstützen, durch Öffentlichkeitsarbeit, das Zusammentragen von Informationen und die Koordinierung bzw. Organisierung g e m e i n s a m e r Prozeß-Vorbereitungen. Deshalb folgender Aufruf:

Am 10.9.79 wurden Gorlebener Bäume besetzt, um ihre Abholzung zu verhindern. Die Polizei forderte die Leute auf den Bäumen zum „Runterkommen" auf; die Leute weigerten sich und mußten — polizeilicher Logik gemäß — mit Gewalt von den Bäumen geholt werden. Der gleichen Logik zufolge wird jetzt gegen einige Baum-Besetzer/innen ermittelt — wegen Nötigung (zum Polizei-Einsatz !!!).
Wer hat diese Vorfälle beobachtet, hat etwas gehört oder fotografiert? Gegen wieviele Leute wird jetzt ermittelt?
Alle, die Informationen zu diesen Punkten haben, werden gebeten, sich unbedingt zu melden!

Einen Tag später, am 11.9.79, soll in Gedelitz eine Fahrzeugblockade stattgefunden haben, weswegen jetzt einige Leute angeklagt werden.

Welche Leute sind noch angeklagt und wo/wie sind sie zu erreichen? Bitte, meldet Euch, damit die Verständigung untereinander rechtzeitig aufgenommen werden kann.

Kontakt: Ermittlungsgruppe Berlin c/o Fabriketage des Ökodorfes, Kurfürstenstr. 14, 1000 Berlin 30, Tel. 030/261 24 87

PROZESS GEGEN GERD SCHNEIDER UND CHRISTOPH WACKERNAGEL

Düsseldorf, 20.3.80 *Von Leuten, die den Schneider-Wackernagel-Prozeß verfolgen, erreichte den ID folgende Pressenotiz:*

Am 10.11.77 wurden in Amsterdam Gerd Schneider und Christoph Wackernagel, Angehörige der RAF, in einer Telefonzelle von Spezialeinheiten holländischer Bullen und des BKA's umzingelt und sofort das Feuer gegen sie eröffnet.

Insgesamt wurden 36 Schüsse von den Bullen auf die beiden abgefeuert. Christoph und Gerd haben sich gewehrt, soweit sie noch die Möglichkeit dazu hatten. Sie leben.

„Wir haben die Ermordung von Willy-Peter Stoll, Elisabeth van Dyck und die Schüsse auf Rolf Heissler nicht vergessen. . ."

Seit dem 28.2.80 läuft in Düsseldorf der Prozeß gegen Christoph und Gerd wegen "Mordsversuch an Polizisten" bei ihrer Verhaftung in Amsterdam. Ziel ist, die beiden lebenslänglich hinter Gittern verschwinden zu lassen und in der Vernichtungshaft das Todesurteil zu vollstrecken, daß mit der Liquidationsfahndung nicht gelungen ist.

Am 26./27. März sind die beiden holländische Bullen geladen, die direkt auf Gerd und Christoph geschossen haben.

„Es geht um Mordversuch — aber nicht von uns — sondern an uns. Wir sind angeklagt, weil wir die Frechheit hatten, zu überleben!"

Die beiden wollen am 26./27. März eine Erklärung zu dem Mordversuch an ihnen abgeben.

- Kommt (massenhaft) zum Prozeß
- Schafft Öffentlichkeit gegen die BKA-Killer
- Organisiert den Widerstand gegen ein Europa der Bullen .

Prozeßtermin: 26. und 27. März, 9.30 Uhr, Düsseldorf, Tannenstraße. Kommt spätestens um 8.30 Uhr, weil es die neue Methode ist, den Zuschauerraum mit Bundeswehreinheiten zu füllen.

Lyrik & Diskussion
ANFRAGEN VON LINKS UNTEN

Ihr,
Alternativlinge und solche, die Ihr's werden wollt,
christliche Landkommunarden, frustrierte Lehrersöhne:
Ihr braucht uns als letztes Eurer Argumentationsketten und wir sind das Fundament einer Gesellschaft, die Euch erlaubt, daß Ihr sie flieht.
Gestattet mir diese Fragen:

Wer von Euch hat je gelitten,
ich meine
nicht bloß theoretisch, im Kopf
— so, ganz ?
Wer ist jeh erschocken,
wenn das Band stoppt?
Wer ist jeh nicht mehr erschrocken,
nicht mehr erschrocken?
Wer von Euch hat je die Angst
gespürt, von einem Leben,
an dessen Ende er sagen wird:
Es war ein Fließband, ein bischen
Liebe, Glück, Familie
in jungen Jahren
zweimal Mallorca?

Wer von Euch ist je abends
zu kaputt gewesen, um
mit seiner Frau zu schlafen?
(Halt's Maul mit Revolution!)

Wer hat sich je dabei ertappt,
daß seine Sprache verkümmert
bei dieser spärlichen
Unterhaltung im Lärm der Hallen,
Gastarbeitersprache wird,
den Schlagzeilen
jener Zeitung ähnlich
die uns die Welt zeigt?

Wie stehen Jesus, Buddha, Rudi
zu den Produktionsverhältnissen?

Eure Körner und Kräuter sind
zu teuer.

Oder habt Ihr je versucht,
in Eurer Hochhauswohnung
biodynamische Kartoffeln
anzubauen?

Wieviele Menschen leben
von Eurer Hände Arbeit — oder
von wessen Hände Arbeit
lebt Ihr?

Wo sind die Arbeiter
in Euren Wohngemeinschaften.
Wo die Alten, wo die
Behinderten, wo die ... ?

Habt Ihr je das Gefühl gelitten,
keine Alternative
zu haben?
Wie wollt Ihr die tägliche
Leere aushalten?

Nichts für ungut.
Doch bitt' ich Euch:
seid ehrlich,
schraubt sie runter,
Eure Ansprüche,
werdet bescheidener.

Aber vor allem:
vergeßt nicht,
daß es um mehr geht
als um die Platzkarte
für den grünen Ökohimmel!

Euer Mitmensch gez. Arbeiter
lohnabhängig, 12 Mark 30 Brutto
Norbert

(aus: Motzer Nr. 58)

Zu Ostern Antifaschistischer Bundeskongreß

Frankfurt 19. März

Am 4. - 6. April findet in der Frankfurter Universität ein antifaschistischer Bundeskongreß statt.

Er soll ein Forum sein des gegenseitigen Erfahrungsaustausches und der Zusammenarbeit innerhalb einer neuen antifaschistischen Bewegung, das es in organisierter, überregionaler Form bisher noch nicht gegeben habe.

Wir fordern alle antifaschistischen Gruppen und Einzelpersonen dazu auf, die Propagierung, Vorbereitung und Durchführung dieses Bundeskongresses zu unterstützen und an ihm teilzunehmen.

Den Aufruf haben unter anderem unterzeichnet: Journalisten und Gewerkschaftsfunktionäre, Mitglieder Bunter und Alternativer Listen, einige Antifaschismus-Komitees, die Sozialistische Arbeitergruppe (SAG) und die Antifaschismuskommission des KB.

Programmablauf des „Antifaschistischen Bundeskongresses"

Freitag, 4.4.1980, 18 Uhr: Plenumsdiskussion zum Thema: „Antifaschistischer Kampf unter der Bedingung der Straußkandidatur

Samstag, 5.4.1980, 9 Uhr: Arbeitsgruppen
15 Uhr: Erfahrungsaustausch über Probleme der antifaschistischen Arbeit
Abends: Antifaschistisches Kulturprogramm („Rock gegen Rechts")

Sonntag, 6.4.1980, 10 Uhr: Berichte aus den Arbeitsgruppen. Plenumsdiskussion zu dem Thema: „Antifaschistische Politik heute — ein Erfahrungsaustausch".

Wer für das Osterwochenende (4. - 6. April 1980) in Frankfurt Schlafplätze zur Verfügung stellen kann soll sich bitte melden bei:

Armin Drossel, Sophienstr. 28, 6000 Frankfurt/Main 90, Tel. 708084

und Anzahl der Schlafplätze angeben.

PROZESS GEGEN BRIGITTE HEINRICH

(s. ID Nr. 305, 306, 308, 309, 310, 324, 325).

UNMISSVERSTÄNDLICHES

Wie wir im letzten ID berichtet haben — für die TAZ war das „nichts Neues" — stellte die Verteidigung die ersten Beweisanträge.

Brigitte Heinrich hatte am ersten Prozeßtag in Karlsruhe eine Erklärung verlesen, in der sie darstellte, aus welchen Gründen sie in die Schweiz gereist war. Nicht um „explosive Dinge" aus der Schweiz herauszutransportieren, sondern um eine grüne Grenze zu suchen, über die persische Genossen in die Schweiz gelangen konnten. Brigittes Befürchtungen, das Gericht werde die Einlassung ignorieren, haben sich bisher bestätigt. Nach dem Machtwechsel im Iran halten es bundesdeutsche Behörden wegen Ölmangels für diplomatisch indiskret, ehemaligen Schah-Gegnern den Prozeß zu machen.

Wie wichtig Brigitte für die persische Opposition war, beweist ein Savak-Bericht, der im Jahre 1976 von Mitgliedern der CISNU in der iranischen Botschaft in Genf, der Zentrale der Savak im Ausland, gefunden wurde. Dieser Bericht bezeichnete Brigitte als eine „terroristische Anarchistin", die zusammen mit dem persischen Oppositionellen Teherani mehrmals in die Schweiz gereist sei, um Möglichkeiten für Aktionen gegen den Schah zu erkunden.

Der Bericht macht deutlich, daß der SAVAK und die Schweizer Behörden Brigitte und Teherani keine Minute aus den Augen verloren hatten. Von Waffentransporten oder sonstigen Aktivitäten, die Brigitte in der Anklageschrift vorgeworfen werden, wird jedoch überhaupt nichts erwähnt.

Die Verteidigung stellte den Antrag, diesen SAVAK-Bericht als Beweismittel in den Prozeß einzuführen, ergänzt durch einen weiteren Beweisantrag: den erwähnten Teherani als Zeugen dafür zu hören, daß er mit Brigitte die Schweiz aufgesucht hat, „um die Möglichkeit öffentlichkeitswirksamer Aktionen gegen den Schah" während seiner Aufenthalts in der Schweiz zu erkunden. Keine dieser Schweizbesuche Frau Heinrichs stand im Zusammenhang mit der Übergabe von Handgranaten. Frau Heinrich hat aus der Schweiz weder Tretminen noch Handgranaten eingeführt. Frau Heinrich hat in den Jahren 1973/74 ihre politische Tätigkeit auf Öffentlichkeitsarbeit zur Situation konzentriert."

Wie nicht anders zu erwarten war, sprach sich Oberstaatsanwalt Ens am letzten Verhandlungstag, den 14.3., gegen die Beweisanträge aus. Begründung: Es handele sich um ein unerhebliches Beweismittel, das für die Entscheidung nicht wichtig sei. Richter Burckhartd will zwar den SAVAK-Bericht verlesen lassen, meint aber, die Verteidigung solle sich für den nächsten Termin auf die Plädoyers vorbereiten, falls (womit er wohl „weil" dachte) die Ladung des Zeugen Teherani abgelehnt würde.

Obwohl die Verteidigung weitere Beweisanträge angekündigt hat, will das Gericht den Prozeß nun schnell beenden.

Wie auch bei der Verhaftung von Peter Egloff, die einen Bruch des Artikels 12 des deutsch-schweizerischen Rechtshiilfeabkommens darstellt, muß man sich auch hier fragen, was das Karlsruher Gericht veranlaßt, solche kleinen Skandale in Kauf zu nehmen. Immerhin bedeutet die Ablehnung des Beweisantrages der Verteidigung auch hier Rechtsbruch, da es sich um einen Beweisantrag zum direkten Tatvorwurf handelt, der angenommen werden müßte.

Mit seiner Strategie der Vorverurteilung im Skandal um Peter Egloff ist das Gericht gegenüber der bürgerlichen Öffentlichkeit nochmal davongekommen: Bei der Berichterstattung und Kommentierung dieser Affäre wurde der Hintergrund der „provinzlerischen" (SPIEGEL) Justiz-Aktion und ihre Funktion im Prozeß gegen Brigitte Heinrich in den bürgerlichen Medien sorgfältig ausgeblendet. Der Prozeß wurde — wenn überhaupt — nur als Ort des Geschehens benannt.

Warum gerade in diesem Prozeß zu dem Mittel „Bruch des freien Geleits" gegriffen wurde, das wagte, oder wollte bewußt bisher kein Journalist recherchieren.

Nun, nach der Veröffentlichung des „Sterns" (19.3.1980) über die Machenschaften des Verfassungsschutzes gegen Brigitte, wird es dem Gericht hoffentlich schwerer fallen, einen neuen vordergründigen Skandal zu produzieren, um die wahren Hintergründe zu verschleiern.

Wir können noch mehr Skandale bieten, weil: der ganze Prozeß war und ist ein einziger Skandal, aber wers jetzt immer noch nicht begriffen hat, welche Dimension dieser Prozeß hat, der soll doch wenigstens Geld spenden, da das Konto leer ist. Dieser Aufforderung gilt insbesondere für die TAZ, für die wir seit Monaten umsonst gearbeitet haben.

Wer immer noch glaubt, daß dieser Prozeß eine Sauerei ist, wer immer noch für Freispruch ist, ist am 31.3. in Karlsruhe mit dabei. Beginn 9 UHr.

Prozeßkonto: Brigitte Heinrich, Frankfurter Sparkasse 1822, Kto. Nr. 336 812 43.

Kontakt: AStA der Uni Frankfurt, Tel.: 0611/ 77 75 75.



Strafvollzug in Italien

Liebe auch im Magen und der Funke von „Regina Coeli"

Rom/Göttingen

Von Hendrik Bicknaese, der in verschiedenen italienischen Knästen inhaftiert war und zur Zeit noch in einem deutschen Gefängnis sitzt, haben wir einen Bericht erhalten, der sehr konkret die Unterschiede des Normalvollzugs in der Bundesrepublik und in Italien beschreibt. Wie kam es zu den Gefängnisrevolutionen in Italien? Wie wird in italienischen Knästen gekocht? Warum kam es schon des öfteren zu Streiks von Wärtern im italienischen Strafvollzug?

„Was geht uns durch den Kopf, wenn wir an Italien denken und dabei besonders an den Strafvollzug? Ist es die Vorstellung vom schmutzigen Gefängnisalltag mit überkommenen Gewohnheiten und einem - gemessen an deutschen Verhältnissen - veralteten Vollzugssystem, das deutlich von den klinisch-sterilen Sicherheits-Neubauten der Bundesrepublik absticht? Oder denken wir an die kollektive Empörung im romanischen System, an die Gefangenen, die der Kommandantur aufs Dach steigen und ertappen uns dabei, uns überall Löcher und Schlupfwinkel im Strafvollstreckungssystem auszudenken, weil uns das dort vielleicht ungenügend organisiert erscheint?

Meiner Ansicht nach ist es vor allem der Sinn für Kommunikation, der die flexiblen Kampf- und Verhaltensweisen der Gefangenen Italiens ermöglicht. Und dieser Sinn ist auf beiden Seiten der Mauern vorhanden. Er ermöglicht einen humaneren Vollzug, der der Bundesrepublik meilenweit voraus ist und die gewiß vorhandenen Probleme des italienischen Vollzugs in einer neuen, menschlicheren Dimension beleuchtet.

Da ist er in der Qualität nicht mehr nötig, der lange Marsch durch die Spielwiesen der Antragswelt für ein Stückchen Persönliches. Barrieren sind in der deutsch-gewohnten Weise nicht vorhanden. Die Angehörigen, die Freunde des Gefangenen, können ohnehin jederzeit und täglich Kontakt aufnehmen, die Wäsche wechseln: die Schmutzige in einer Tüte entgegennehmen und das Gewaschene hereingeben. Sie können täglich und unbeschränkt im Gewicht ‚ihrem' Gefangenen, ihrem Bruder, Sohn, Vater, Genossen das noch dampfende Essen, die heiße Pasta, den kalten Braten, den lecker zubereiteten Salat, die neue Cafe-Maschine, Mengen von Obst, Gemüse und frischem Salat hereingeben. Ja, auch frisches Gemüse, auch neue Gas-Bomben (wie sie beim Camping benutzt werden), denn jeder Gefangene kann sich einen solchen kleinen Kocher kaufen. Auch deren zwei. Doch gibt es schon diese Einrichtung seit Generationen und auf jeder Zelle reichlich. Da wird der Neue oder derjenige ohne Geld und Lebensmittel und ohne Angehörige beim Essen natürlich mit einbezogen. Alles andere ist undenkbar. Es könnte kein Genuß sein, ohne all die anderen Mitgefangenen zu essen: häufig werden Feste veranstaltet und die Nachbarn aus anderen Zellen eingeladen. So geht die Liebe der Angehörigen nicht nur in den Magen des Einen, sondern alle etwas an. Und in dieses Verteilungssystem, das freilich auf die Hilfe von außen insgesamt berechnet ist, wird schließlich jeder eingeschlossen, weil das Teilen der allgemeine Zustand ist. Weil die Leidensgenossen in jeder Weise die Lage teilen; um das zu verstehen, muß der italienische Gefangene nicht Mitglied der sozialistischen, radikalen oder kommunistischen Partei sein, das befreift er vielmehr schon aus seinen Ursprüngen, seiner großfamiliären Sozialisation.

So wirst du als Gefangener direkt berührt und gewärmt von der Liebe deiner Familie, spürst sie im Bauch, legst sie dir als warmen Schal um den Hals. Daneben die Briefe, die Besuche: die finden an zwei bestimmten Wochentagen statt, einmal wöchentlich für jeden. Meist in einem grösseren Rahmen für mehrere Gefangene gleichzeitig. Da gibt es ein Stimmengewirr, ein Drunter und Drüber, auch Schreien und Lachen und Tränen... jedenfalls nicht diese dröhnende Stille, in die du zu einer einzelnen Person sprichst, genau kontrolliert und zensiert. Abgehorcht.

Wie sieht es überhaupt mit der Zensur aus? Im Briefverkehr gab es sie. Und sie wurde jahrelang von der PCI (KPI), der PDUP, DP, der PSI und der Radikalen Partei, also nahezu dem gesamten linken Spektrum der Parteien des Landes, heftig kritisiert und bekämpft. Auf vielfältige Art und Weise: Für ein insgesamt neues Strafvollzugsgesetz, Sanierung der alten Gefängnis-Bauten, für eine Zeit-Amnestie für alle Gefangenen, gegen Zensur und für bessere soziale Betreuung, mit Forderungen nach tiefgreifenden Reformen reisten einerseits zahllose italienische Intellektuelle, Kulturschaffende, einige Abgeordnete der PCI (KPI) durch das Land; sie boten sich bei Unruhen und Streiks der Gefangenen und Schließer (!) für eine menschenwürdige Behandlung, für bessere Entlohnung, als Unterhändler mit den staatlichen Organen in Konfliktfällen an.

Gefängnisrevolten und Amnestie

In den fünfziger und sechziger Jahren war den Forderungen auf menschenwürdige Haftbedingungen immer regelmäßig in der Weise nachgekommen, daß durchschnittlich alle drei Jahre eine Zeitamnestie (in der Regel für alle Gefangenen) verkündet wurde, um Unruhen und Proteste zu besänftigen und die Handlungsfähigkeit der Regierung unter den Tisch zu kehren. Substanziell konnte aufgrund der Regierungs-Dauerkrise nichts entscheidendes geändert werden. Dann gab es eine völlige Handlungspause: Nach der Amnestie von 1967 gab es weder 1970 noch 1971 einen Straferlaß, wie er im Drei-Jahres-Rhythmus zu erwarten gewesen wäre. Das führte zu den bekannten Revolten, die sich vor allem in den heißen Sommern von 1971 bis 1974 wiederholten:

Gefangene weigern sich in ihre Zellen zurückzukehren, verbarrikadieren sich, steigen auf die Dächer, schlagen Lärm. Meist verläuft die Revolte harmlos. Eine Serie größter Unruhen wurde durch den Gefängnisaufstand 1973 in „Regina Coeli" dem alten Gefängnis am Tiber in Rom, ganz in der Nähe des Vatikans, ausgelöst. Es wurde eine wahrhaft heiße Auseinandersetzung. Schüsse und Hubschrauber; eine durch 4.000 Soldaten von innen und außen belagerte Festung, die schließlich blutig gestürmt wurde. Die ‚matricula', die Verwaltung mit ihren Akten, und zwei weitere Gebäude fielen den Flammen zum Opfer, und das Gefängnis wurde – nach zehntätiger Belagerung – nahezu geräumt. „Paese Sera", die römisch-kommunistische Tageszeitung, feierte die Auseinandersetzung als Sieg der Gefangenen gegen die korrupten Ordnungsfaktoren Mafia & Verwaltung. Seit Monaten hatten die Gefangenen in „Regina Coeli" immer wieder durch kollektive Hungerstreiks wochenlang auf ihre Lage aufmerksam machen wollen. Vergeblich. Nach 1945 gab es keine ähnlich leidenschaftliche Erhebung im Lande.

Auch nach dieser Empörung wurden die sogenannten ‚Rädelsführer' der Gefangenenbewegung wie üblich wieder über die Gefängnisse des ganzen Landes verschubt und aufgeteilt, sodaß sich der Funkte von „Regina Coeli" weiter ausbreiten konnte über Italien: In Mailand, Genua, Palermo, Turin, Syrakus, Catania, Brescia, Volterra, Varese, Venedig und Asinara und vielen weiteren Gefängnissen erreichte das System der Strafverlegung, daß 1974 über 200 Gefangenen-Aufstände und -streiks gezählt wurden. 1972 waren es nur erst 82 Revolten gewesen. Die Justiz- und Gefängnisverwaltung hatte sich verkalkuliert, die Gefangenen verstanden sich inzwischen als Bewegung.

Das immer wieder angekündige Reformgesetz für den Strafvollzug konnte vorerst nicht realisiert werden. Die versprochene Amnestie wurde bis 1976 gar dreimal vom Parlament verabschiedet, es gelang ihr jedoch nicht, den Senat (das italienische Oberhaus) zu passieren. Beim letzten Mal fehlten der Vorlage nur drei Tage, wieder zerplatzte die fieberhafte Spannung aller Betroffenen mit der Auflösung und Umbildung einer Regierung, die sich kaum mehr zwölf Monate im Amt zu halten vermochte. Endlich, nach langem Drängen der oppositionellen Links-Parteien, konnte mit den Stimmen dieser Abgeordneten das Reformgesetz 1977 in Kraft treten. Eine Amnestie folgte im Sommer 1978: Gestaffelt wurden Strafen bis zu zwei Jahren gekürzt oder erlassen. Die Briefzensur ist insgesamt abgeschafft für ein- und ausgehende Post! Eine vorzeitige Haftentlassung nunmehr ohne Gnadenerlaß möglich, vergleichbar einer vorzeitigen Entlassung zur Bewährung mit bestimmten Auflagen. Der Arbeitslohn darf nicht niedriger liegen, als ein Drittel unter dem entsprechenden gewerkschaftlichen Tarif. Alle Kalfaktoren oder Schreiber und die Vielen mit den kleinen Hilfsarbeiten erhalten mindestens 40.000 bis 60.000 Lire im Monat (ca. DM 130,–); schon für die kleinsten Hilfsarbeiten mehr Geld, das zur Verfügung steht als in der BRD einem schwer arbeitenden Gefangenen in der Schlosserei oder anderen Produktionszweigen. (Und das schon verglichen mit der Neufassung der ‚Arbeitsbelohnung' in der Strafvollzugsvergütungsordnung v. 11.1.1977.)

Gefangenenalltag

Wie funktionieren Einkäufe und Versorgung?
Alltäglich kann eingekauft werden. Alles was zur Zubereitung der Mahlzeiten erforderlich ist. Nur wer es sich leisten kann, bestellt auch sein tägliches Essen außerhalb. Wein und Bier sind in beschränktem Umfang, aber täglich bis zu einem halben Liter erlaubt. Bücher und Zeitschriften werden frei empfangen, d.h. ohne Zensur. (Dafür sind die Büchereien in aller Regel in verheerendem Zustand.) Gelesen werden neben Tages- und Wochenzeitungen vor allem ‚fumetti' (miese Comic-Serien) und Porno-Hefte.

Die knappe Arbeit wird auf viele Personen aufgeteilt. Zusätzlich haben die Ärzte die Möglichkeit, diverse Formen von Zulagen zu den Nahrungsmitteln zu verordnen. Am häufigsten wird die Magenschonkost (‚in bianco') gegeben. Insgesamt ist das Essen erheblich abwechslungsreicher als in der BRD, vor allem durch viel frisches Gemüse, Obst, Salat. Auch abends wird warm gegessen. Fast täglich gibt es einen Fleisch-Gang. Vorher geht jemand herum und notiert einzeln, ob es zubereitet oder roh sein soll, denn eigenes Kochen in jeder Zelle ist seit jeher selbstverständliche Abwechslung und Freude.

Erst am Abend, nach 18.00 Uhr, werden die einzelnen Zellen geschlossen. Bis dahin bleiben sie von 9.00 Uhr morgens innerhalb einer größeren Abteilung ein schließlich eines dazugehörenden Hofes geöffnet. Unterhaltungen und mehrere Ball-Spiele, viele Zeitungen wandern, Gespräche in Gruppen, sitzend, stehend, auf- und abgehend. Auch hier bleibt die Kommunikation bestimmender Bestandteil des Lebens. Es wiederholt sich gewissermaßen das ursprüngliche Lebens- und Straßenbild Italiens: alles ist offen. Gerade die Diskussion. Auch zusammen mit den Schließern, die sehr häufig als Freiwillige ihre Dienstpflicht im Heer auf diese Weise verrichten. Denen geht es – völlig unterbezahlt – häufig schlechter als den Gefangenen. Nur so werden gekanntgewordene Streiks der Bediensteten im Strafvollzug in Turin und Mailand verständlich. Sie haben sich auch wiederholt hinter die Forderungen der Gefangenen gestellt und gemeinsam mit ihnen gestreikt. Unvorstellbar für das Selbstverständnis hiesiger Beamtenschaft.

Hinzu kommt in allen Anstalten der häufige Sitzstreik (‚sciopero in bianco'), der zunächst niemandem weh tut. Die Gefangenen weigern sich in ihre Zellen zurückzukehren, unterbreiten der herbeigeeilten Anstaltsleitung ihr Anliegen und fordern das Kommen des aufsichtsführenden Richters, der als Jüngster sehr häufig der PCI angehört. Schließlich wird eine Abordnung durch die Sozialarbeiter zum Richter geführt und kann ihre Forderungen stellen, die Kritik äußern. Gelegentlich ist der Sitzstreik schon vorab mit den Sozialarbeitern besprochen, und der Richter wartet bereits auf den Ruf. Natürlich würden sich unter keinen Umständen die Schliesser gegen die Gefangenen in offener Auseinandersetzung wenden; das weiß die Kommandantur, die aus Offizieren besteht, sehr wohl. Im Ernstfall werden Einsatz-

kommandos der kasernierten Carabinieri gerufen. Dazu kommt es beim Sitzstreik nicht. Diese Form der Auseinandersetzung habe ich auch nicht etwa auf die oben genannten Zahlen einbezogen, sie ist alltäglich. Alle Gefangenen, auch diejenigen, die im einzelnen eine solche Maßnahme nicht befürworten, unterstützen den Sitzstreik zumindest passiv. Sie wissen genau: es wird ihnen nicht repressiv begegnet, sie können ihre Lage nur berichtigen.

Statt Sozialstaat: die Familie

Allerdings gibt es in Italien nicht dies staatliche Sozial-Netz mit doppeltem Boden, in dem angelegentlich alle Sicherungen durchbrenne; Hilfe und einziges Netz ist die Familie, sind die Freunde und Genossen. Erhalten blieb notwendig der Sinn für gegenseitige Unterstützung.

Fortschrittliche Sozialarbeiter gibt es inzwischen allenthalben, die sich im Rahmen ihrer beschränkten Möglichkeiten auch um Arbeit und andere Entlassungsvorbereitungen kümmern. Da gelingt erst wenig. Ihre Rolle bleibt vorerst die Vermittlung zwischen den Genossen in den Ämtern und der überkommenen Struktur alter Ordnungskräfte. Die Sozialarbeit von außen, der „soccorso resse" (rote Hilfe), hat zu Beginn der siebziger Jahre überaus wichtige Grundlagen geschaffen und tritt in den letzten Jahren zunehmend in den Hintergrund. Das wichtigste Organ für alle Gefangenen bleibt „CONTROinformazione" (Gegeninformation) aus Mailand.

(Adresse der Zeitschrift: Corso Porta Ticinese 87, 20123 Milano).

Die räumlichen Voraussetzungen, häufig mittelalterliche Burgen, haben sich bisher noch kaum verändert. Dazu fehlt das Geld, heißt es. Noch immer ist die Gemeinschaftszelle für drei Personen üblich. Die Betten stehen übereinander, dazwischen bahnt sich ein enger Gang. In allen Zellen, auch des kleinsten Provinz-Gefängnisses gibt es dagegen seit Ende der sechziger Jahre bereits ein tragbares Fernsehgerät, das mit sämtlich erreichbaren Programmen der Information und dem Zeitvertreib zur Verfügung steht. Da wird nicht um 22.00 Uhr der Strom abgeschaltet, das Programm läuft auf eigenen Wusch bis in die Nacht. — Der italienische Gefangene kann sich ohne all diese Kommunikationsmittel nicht vorstellen.
Nach der Entlassung kann es für italienische Gefangene noch immer die Verbannung in eine andere Provinz, eine andere Ecke des Landes, geben, an einen bestimmten Ort für eine bestimmte oder auch unbestimmte Zeitspanne. Will sie nicht vollends zerrissen werden, muß die Familie folgen.

Verschiedentlich las ich Artikel und Berichte von Deutschen, die aus dem italienischen Strafvollzug berichten: in welche „Drecklöcher" sie geraten sind. Zugegeben, ich will an dieser Stelle nicht über Bausubstanz diskutieren. Oder es meldeten sich Berichterstatter mit Informationen aus zweiter Hand zu Wort. Bei derartigen Stimmen werde ich den Verdacht nicht los, daß sie den Vergleich aus Mangel an besserer Einsicht nicht anstellen können oder wollen.
Ich will nichts zurechtschnippeln wie beim Flickschuster, hier soll nichts glänzen was trübe ist, will es beschreiben als einer, der es erlebt hat. Mir geht es um den Normalvollzug."

Sonderknast ist nicht Sonderknast

Zu dem Unterschied zwischen Normalvollzug und Sonderknastbedingungen, ohne den Hendrik Bicknaeses Bericht leicht idyllisch wirken würde, schrieb er uns ergänzend:

„Natürlich besteht da ein größerer Unterschied, um den es mir im vorliegenden Bericht freilich nicht ging. Bei den härtest-möglichen Anschuldigungen hast Du in Italien doch noch Kontakt und kannst im Vergleich selbst mit dem Normalvollzug der BRD noch immer Vorzüge erkennen. Freilich: Ansinara (Gefangeneninsel vor Sardienien, wo viele politische Gefangene sitzen) oder andere „supercarceri" (Sonderknast) habe ich nie kennengelernt, weiß wohl einiges, habs aber nicht erfahren.

Dazu mögen Euch andere, wirklich hart Ge- und Betroffene wie Sante Notarnicola oder Pietro Valpreda etwas Eigenes sagen. Von Sante haben wir 1978 „Attica & andere Gedichte" erstmal in deutscher Sprache im ECO-Verlag Zürich herausgebracht. Und wer die Gedichte aufmerksam liest, erkennt auch, daß die Qualität der Spezialknäste wie Asinara, Favignana und andere Neubauten eine andere sein muß, auch wenn die Namen, die Bezeichnungen, die Wörter dieselben sind wie im Deutschen (Isolation, Kontaktsperre u.a. Folter), sollten wir uns dadurch nicht selbst täuschen, weil doch insgesamt mehr und intensiver Kontakte innerhalb des Knasts und auch nach draußen lebbar sind. Noch stärker wird das natürlich bei den Schriften Valpredas scheinen, den ich gegenwärtig übersetze, weil seine Knastzeit nun etliche Jahre zurückliegt. Eine innere Aufrüstung bestreite ich also keineswegs, sehe doch, daß die grauen Herren weniger scherzen und immer mehr „die deutsche Polizei" spielen. Auch die öffentlichen Medien sind begeistert dabei. Die gewohnte, schematische Betrachtung der Übernahme des Modells Deutschland in Italien halte ich aber für verfehlt."

Kontakt: Hendrik Bicknaese, Obere Karspüle 1, 3400 Göttingen


Gefangene auf dem Dach eines Mailänder Gefängnisses



DER VERLEGENE JOURNALIST UND DIE EHRLICHEN (?) VERBRECHER

Frankfurt/San Salvador/Asuncion — und sonstwo in Süd- und Zentral-Amerika — dort wo geschossen wird. März 1980, auch vor und nachher.

„Mindestens 60 Menschen — wahrscheinlich aber viel mehr — starben gestern unter den Kugeln der salvadorischen Militärs und paramilitärischer Organisationen" (die tageszeitung, 19.3.80).

Ich bin Journalist. Da kommt jemand, mit 'nem Kram und Zeug,Altpapier,Bücher,Zeitungen,Notizen,Drucksachen Pillen, Schachteln, Dokumenten, Tüten und sagt, er braucht es nicht, ich soll was damit machen.

Ich schau mir's an und kratz' mir den Kopf. Alternative:

1. nichts damit tun?

2. zurückgeben? (Er wills auch nicht wieder. Nein danke, er brauchts nicht mehr.)

3. Wegwerfen? — Vielleicht doch zu schade drum.

4. Der Polizei geben?

Aber in dem Krempelberg wird die Polizei manchmal codiert als „Storch" bezeichnet. Oder ein Polizeichef heißt da im Code „Padre Monica". Gemeint ist der Polizeichef von Asuncion (Hauptstadt von Paraguay), die Polizei von Mexiko ist der „Storch". — Vielleicht würde ja auch die deutsche Polizei durch solche Benennungen verärgert werden?

5. Viele Sachen in diesem Haufen scheinen was mit einer deutschen Firma — nennen wir sie einfach XY — zu tun zu haben; Warenangebote, Preislisten usw. Vielleicht das Ganze an diese Firma schicken? Vielleicht gehört denen ein Teil von dem Zeug. Aber: YX — obwohl brav deutsch — ist eine Waffenfirma. Und irgendwie — ich weiß nicht warum — hab ich was gegen Waffenfirmen.

6. Manche der Sachen scheinen von einem Mann zu stammen — nennen wir ihn A.B. — ich finde einen heraus, der es sein könnte, und rufe bei ihm an. Eine Frau meldet sich: „Mein Mann ist im Ausland." Es der Frau zusenden? Aber es sind Sachen in dem Paket, die unter Umständen den Ehefrieden stören könnten.

7. Außerdem weiß ich nicht, ob ich diesem B. wirklich unterstellen kann, daß er der „richtige" B. sei. Weil: je mehr ich den Kram durchsehe, desto mehr fällt mir auf, daß Herr A.B. eigentlich ein Verbrecher sein muß. Vielleicht weiß er es gar nicht, hält sich und seine Kollegen für ehrliche Menschen. Aber Herr A.B.— um es ganz kurz zu sagen — ein Waffenhändler.

Eine Annonce

Ich dachte, ich denke es immer noch; vielleicht wäre es das beste, eine Annonce zu machen und die an die möglichen Herren B.'s zu schicken. Hier ist sie:

„Falls einem Herrn B., von Beruf Waffenhändler für die deutsche Waffenfirma XY, etwas abhanden gekommen sein sollte, kann er sich bei Max Watts (über ID, Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten, Postfach 900343, 6000 Frankfurt 90, unter Umständen über das Telefon 0611/ 70 43 52) melden."

Das wär's, dachte ich.

Mindestens 20.000 Menschen –meist indianische Bauern, die versuchten, ihr Land zu behalten, wurden seit dem CIA-Staatsstreich 1954 von den guatemaltekischen Militärs ermordet (amnesty international).

Ein Rechtsanwalt kann doch manchmal nützlich sein

Sicher ist sicher, dachte ich mir, und besuchte einen braven Rechtsanwalt. Ihn fragte ich, ob so eine Annonce wohl genügen würde. Müßte ich nicht mehr tun? Gott sei Dank, daß ich ihn fragte. Fast hätte ich mich durch „leichtfertige UNterlassung" strafbar gemacht.

§ 138 StGB: „Nichtanzeige geplanter Straftaten: I. Wer von dem Vorhaben oder der Ausführung . . . eines Mordes, Totschlags oder Völkermordes. . . glaubhaft erfährt und es unterläßt. . . dem Bedrohten rechtzeitig Anzeige zu machen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren. . . bestraft."

Nachdem ich den Kram sorgfältig durchgelesen habe, ist es für mich absolut glaubhaft, daß Herr A.B., Waffenhändler, und der deutsche Waffenhersteller und -verkäufer XY seit vielen Jahren an der Ausführung von Mord, Totschlag und Völkermord beteiligt sind; und sie drängeln sich auch heute weiter um die Teilnahme an solchen Verbrechen, um dadurch ehrliche Gewinne für ihr Unternehmen zu erzielen.

Hilfe zum Wiedererkennen

In gewissem Sinne können wir hier zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Wir veröffentlichen hier einige Namen der Mitarbeiter von Herrn B. Hoffentlich hilft dies den Bedrohten in Südamerika/Zentralamerika wenigstens diese Totschläger rechtzeitig zu erkennen. Außerdem müßte der richtige Herr A.B. sich und seine Freunde eigentlich wiedererkennen. Vielleicht wird auch die deutsche Waffenfirma XY dazu Stellung nehmen können (falls auch sie sich wiedererkennt).

Paraguay wurde unter der Regierung von General Stroessner in den letzten Jahrzehnten eine der grausamsten Diktaturen Amerikas – und die Konkurrenz auf diesem Gebiet ist erheblich.

In Paraguay arbeitet Herr A.B. mit Senor Torres von der Firma THEA Internacional zusammen. Senor Torres wohnt auf der Av. Anela, Alberti 365, seine private Telefonnummer ist Asuncion 60 890, Büro 92 562. Außerdem scheint Herr A.B. in Paraguay auch viele andere Gesprächspartner zu haben. Die führt er aber – warum wohl? – nur als Code in seinen Unterlagen. Daß für ihn der Polizeichef „Padre Monica" heißt, haben wir ja schon erwähnt. Der Chef des Geheimdienstes, der, wie man mir sagte, ein großerer Bewunderer von Heinrich Himmler ist, hört für Herrn A.B. und seine Freunde auf den Namen „Padre Isabella", der General Johanson heißt „Gonzales" und der große Chef, Staatspräsident Stroessner, heißt „Licenciado" (sowas wie Magister, also nicht mal ein Doktor). Auch die angebotenen Waren werden nicht ganz ehrlich und offen erwähnt. So heißt das (sonst in der Bundeswehr benutzte) Gewehr G3A3 „Tornillo largo", das G3A4 „Tornillo Corto", die Pistole VP70Z „Martillo". (Das ist ein „Hammer" für die Leute, die damit erschossen werden).

In El Salvador hat Fa. XY – also Herr A.B. – mehrere ‚Companeros'. Dort werden eben viele Leute erschossen, da braucht's mehr Mitarbeiter. Zitieren wir einen: Senor Mario Andres Sol, sein Privattelefon hat die Nummer 23 90 97 in San Salvador.

In Nicaragua: Senor Juan Wong jun. Ob der sich heute – schließlich hat Somoza unter Zurücklassung von 20.000 Toten abgedankt – noch immer drei Telefonnummern leisten kann? Seine von Herrn A.B. damals notierten Anschlüsse: Managua 26 783, 267 84 und 25 968. Dagegen sind die chilenischen Kollegen der Fa. XY Raul Massa und Careamo (Sanchez Fontecilla 1150, Las Condes, Tel.: 48 60 54, Santiago-La Reina) sicher noch gut im Geschäft. Schließlich ist Pinochet ja noch kaufkräftig.

Ehrlich und auch ehrenhaft?

Anscheind liefert Firma XY (und auch sicher Herr A.B.) eine gute, brauchbare Ware. Obwohl sie – diese Ware – sogar firmenintern mit Codenamen versieht. 1.OOO Gewehre heißen „Una Caja", 100 Maschinengewehre „Un Kilo". (Führt das nicht manchmal zu Verwechselungen mit den Rauschgifthändlern?) **Und wieweit geht wirklich wessen Ehrlichkeit?**

Ob Caja oder Kilo, die Ausfuhr dieser Ware aus der Bundesrepublik ist genehmigungspflichtig. Und natürlich liefert eine sozial-liberale Bundesregierung keine Waffen in Spannungsgebiete – zu häßlichen Diktaturen. Aber, wie zum Teufel, können dann Fa. XY und Herr A.B. (der hört übrigens auf den Code-Namen Viconte) gute Geschäfte mit dem Verteidigungsministerium des „Licenciado" Stroessner machen?

(Fortsetzung folgt)

STRAFANZEIGEN GEGEN JUSTIZSENATOR MEYER

Berlin, 20.März

Angesichts der Tatsache, daß der Hochsicherheitstrakt in Berlin/Moabit seit längerem fertiggestellt und belegt ist, und in Berlin alleine noch zwei weitere Bauwerke dieser Art geplant sind, hat sich der ‚Öffentlichkeitsausschuß 2.Juni' entschlossen, eine Strafanzeige gegen den verantwortlichen Justizsenator Meyer zu stellen. Sicherlich ist dies nur ein kleiner Beitrag zum Kampf gegen den Trakt und nur ein ganz kleines Mittel, aber der Öffentlichkeitsausschuß hofft trotzdem, daß massenhaft Unterschriften zusammenkommen.

Vordrucke der Strafanzeigen könnt Ihr bestellen bei:

Öffentlichkeitsausschuß 2. Juni, c/o Chamissoladen, Willibald-Alexisstr. 15, 1 Berlin 61.

Weiterhin kann dort eine Broschüre der „Vereinigung Berliner Strafverteidiger" über ein Tonbandprotokoll einer Veranstaltung einen Tag vor der Belegung des Trakts mit dem Thema „Hochsicherheitstrakt und Menschenwürde" bestellt werden (St. 3,- DM).

Postscheckkonto Berlin -W, Nr. 66 081 - 103.

DER DIPLOMATISCHE DIENST IST NICHT MEHR, WAS ER MAL WAR

Bonns aufmüpfigster, querköpfigster Ex-Diplomat macht einen wahrhaft weltpolitischen Vorschlag: Streicht die „Bundesrepublik Deutschland" von der Landkarte!

ST. AUGUSTIN bei BONN
10. März

Helmut Schmitd und seine Partei sollen ihre schmutzigen Finger von der portugiesischen Revolution lassen: eine weitverbreitete Forderung 1975. Neu war, daß sich eine Stimme aus dem Auswärtigen Amt meldete: Erich Knapp, Zweiter Sekretär der Westdeutschen Botschaft in Kairo, zuständig für Presse und Information, schrieb einen geharnischten Brief an Schmidt und die SPD wegen ihrer Portugal-Machenschaften.

Das Auswärtige Amt feuerte Knapp im April 1975 – fristlos. Der Prozeß dauerte seine Zeit; erst 1979 schloß die Deutsche Angestelltengewerkschaft mit dem Auswärtigen Amt einen Vergleich, in dem das Amt sich verpflichtete, die Gehälter nachzuzahlen und eine Abfindung dazuzulegen. Von den circa 225 000 DM, die dabei heraussprangen (endlich mal Bundesgeld an eine richtige Adresse) zog das Auswärtige Amt aus unerfindlichen Gründen 6.800 Mark ab, so daß die DAG dem Genscher-Ministerium den Kuckuck ins Haus schicken mußte. Was auf der Ebene von Geld und Paragraphen nun ein Ende gefunden hatte, fing aber politisch erst richtig an.

Erich Knapp tat sich mit Gleichgesinnten zusammen und begann seine eigene querköpfige Abrechnung mit der deutschen „Nation" als einem Gebilde, das auf Illiberalität beruht. Sie fordern nichts weniger als die Streichung des Gebildes BRD von der Landkarte. . .

Die Resolution der „rheinbündischen Eurosozialisten" schickte Erich Knapp dem ID mit diesem Brief (15. Okt. '79):

Hier also die Verhohnepiepelung der Strafprozeßordnung der Bundesrepublik Deutschland – § 170 Absatz 2 der Strafprozeßordnung läßt nämlich zu, daß ein Verdächtigter, gegen den kein Beweismittel und kein Zeuge aufzutreiben war, dennoch lebenslang und ohne Revisionsmöglichkeit vom Staat unter Verdacht gehalten und somit beruflich behindert und geschädigt werden kann. Mit Hinweis auf diesen Paragraphen hat mir Rebmann am 10.November 1978, also nach Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen mich und nachdem das Auswärtige Amt meine Wiedereinstellung wegen Weiterbestehens des Verdachts ablehnte, geschrieben: daß mir der Verdacht „mit den zur Verfügung stehenden Beweismitteln nicht mit der zur Anklageerhebung ausreichenden Sicherheit nachgewiesen werden konnte. Es kann daher keine Rede davon sein, daß durch die Ermittlungen der Tatverdacht gegen Sie ausgeräumt wurde."

Unser Witz besteht darin, im Sinn der Volkssouveränität genau so mit der BRD zu verfahren, wie sie mit ihren Bürgern verfährt: Unser Verdacht, daß die BRD gesetz- und verfassungsbrüchig ist, ist zum Teil bewiesen, zum Teil reichen unsere Beweismittel „nur" nicht aus. Aber das genügt – wie in diesem Staat, so auch **gegenüber** diesem Staat – den Verdacht aufrechtzuerhalten, ihm das Vertrauen zu entziehen und seine Entlassung aus der Staatengesellschaft zu verlangen und zu betreiben. Natürlich haben wir es mit dieser Exekution schwerer als es die Staatsgewalt, da sie ja gewaltsam ist und sein darf, mit unserer Exekution hat. Aber man muß als Demokrat mal aussprechen, daß dieser Staat, da alle Gewalt vom Volk ausgeht, bereits illegal existiert. – Wir sind zuversichtlich, daß die BRD ein Ende nehmen wird. Da sie keine Legitimation mehr besitzt, ist ihr Exitus nur eine Frage dessen, auf das sie sich einzig und allein noch stützt: der Macht. Und die ändert sich auf unserem Kontinent rapide binnen weniger Jahre.

(. . .)

Die Legitimität also befindet sich bei uns. Es kommt nur noch darauf an, die Machtverhältnisse zu ändern. Dazu muß man mit den bereits existierenden Kräften in Europa arbeiten. Insofern sind wir Politiker. Unsere Aufforderung vom 15.1.79, die Artikel 53 und 107 der Satzung der Vereinten Nationen durch eine Abstimmung in der UN-Vollversammlung gegen die BRD anzuwenden,wird befolgt werden. Es gibt genug Potential in dieser Versammlung, das hier mitzieht. Die Frage ist nur, wann das geschieht. Wir meinen: sobald Bonn einer Stationierung der neuen Atomwaffen in der BRD zugestimmt hat, ist der Zeitpunkt abzusehen, an dem Bonn von der UN ebenso stigmatisiert werden wird wie Formosa und Südafrika. (...)

Die Wiederherstellung des rheinbündischen Separatismus als linke, selbstverwaltungssozialistische, basisdemokratische, emanzipatorische Orientierung, auch mit ökologischem Ziel, und ihre aktuelle Verknüpfung mit den Feindstaatenartikeln der UN-Satzung, halten wir für unsere originelle Leistung. Alle anderen Anklagepunkte gegen die herrschenden Mächte der BRD sind längst vor uns und besser formuliert worden.

Man wird uns vielleicht Hochverrat vorwerfen. Wir meinen dazu: die politisch-administrativ Herrschenden der BRD haben so viele Gesetzes- und Verfassungsbrüche begangen, daß sie sich illegalisiert haben und als Verräter (an den Menschen und an der bürgerlichen Demokratie) bezeichnet werden dürfen.

Der Hochverrats-Paragraph des Strafgesetzbuches präzisiert, daß Hochverrat begeht, wer „durch Gewalt oder Drohung mit Gewalt den Bestand der BRD beeinträchtigen" wolle. Wir können und wollen keine Gewalt anwenden. Unser Bezug auf die UN-Satzung und unser Wunsch, eine Polizeiaktion der Vereinten Nationen möge den nazistischen Gewaltverhältnissen in der BRD und dem neuen westdeutschen (Atom-)Militarismus ein Ende setzen, kann nur der illegal nennen, der die UN selbst illegal nennt. Wir sind gegen Gewalt, sind radikal dagegen – und das heißt, daß wir auch für die Beseitigung des Gewaltmonopols des Staates BRD sind.

Derartige Wünsche sind derart „extrem", daß selbst unsere besten Freunde uns für ausgeflippt halten. Aber man sollte sich an solche Gedanken gewöhnen. Unsere Wünsche sind weniger ausgeflippt als die mörderischen Realitäten – Massensterben in der 3. Welt, idiotische Aufrüstungen, irrsinnige Waffentechniken usw. Unsere Gedanken sind vernünftig, weil sie menschlich sind.

Und dies ist der Text der rheinbündischen Resolution:

RHEINBÜNDISCHE EUROSOZIALISTEN
Komitee „FREIHEIT von DEUTSCHLAND"

Resolution

Die Bundesrepublik Deutschland steht in hinreichendem Verdacht, erhärtet durch Zeugenaussagen, Dokumente und Untersuchungen internationaler juristischer und anderer Kommissionen,

1. die Ausrottung der Bevölkerung Mitteleuropas durch ihre aggressive wirtschaftliche und ostpolitische Expansionspolitik sowie infolge der taktischen und strategischen, insbesondere atomaren Zielplanungen der NATO (siehe die diesbezüglichen Veröffentlichungen von C.F.v. Weizsäcker und H. Afheldt) bewußt in Kauf zu nehmen;
2. Straf- (z.B. die Rote Armee Fraktion) und Untersuchungshäftlinge (z.B. in Klingepütz, „Glocke" usw.) seit Jahren zu töten und Verdächtige durch die Polizei zu erschießen;
3. zusammen mit Südafrika und Brasilien Atombomben und in Zaire Interkontinentalraketen zu bauen;
4. Naziverbrecher vor Strafverfolgung zu bewahren bzw. strafrechtlich durch milde Urteile und vorzeitige Haftentlassung zu begünstigen und zu Beamten gemacht zu haben;
5. den Wiederaufbau der NSDAP und ihrer Ersatzorganisationen zuzulassen;
6. Meinungsfreiheit und Berufsexistenz von Demokraten zu vernichten;
7. die Dritte Welt durch Ausbeutung zu einem Super-Auschwitz gemacht zu haben;
8. Westeuropas Unterwerfung unter die BRD-Metropole und das westdeutsche Polizeisystem zu betreiben;
9. einen verfassungsmäßigen Krieg der Eroberung der DDR, Westpolens, von Teilen der CSSR und UdSSR vorzubereiten.

Diese Verdachte reichen z.T. mit den zur Verfügung stehenden Beweismitteln zur Erhebung einer Anklage nicht ganz aus. Doch die mit Sicherheit nachgewiesenen Verdachtspunkte allein machen die BRD nach den Normen ihrer eigenen Strafprozeßordnung hinreichend verdächtig, zumal sie die Verdachte auszuräumen nicht in der Lage ist.

Unser Vertrauensverhältnis zur BRD ist deshalb zerstört. Die BRD ist inmitten der antifaschistischen Staaten Europas untragbar. Wir fordern hiermit ihre ersatzlose Auflösung durch Beschluß der UN-Vollversammlung (Artikel 53 und 107 der UN-Satzung) und die Exekution dieses Beschlusses durch wen auch immer, zuvörderst durch die vier Siegermächte von 1945.

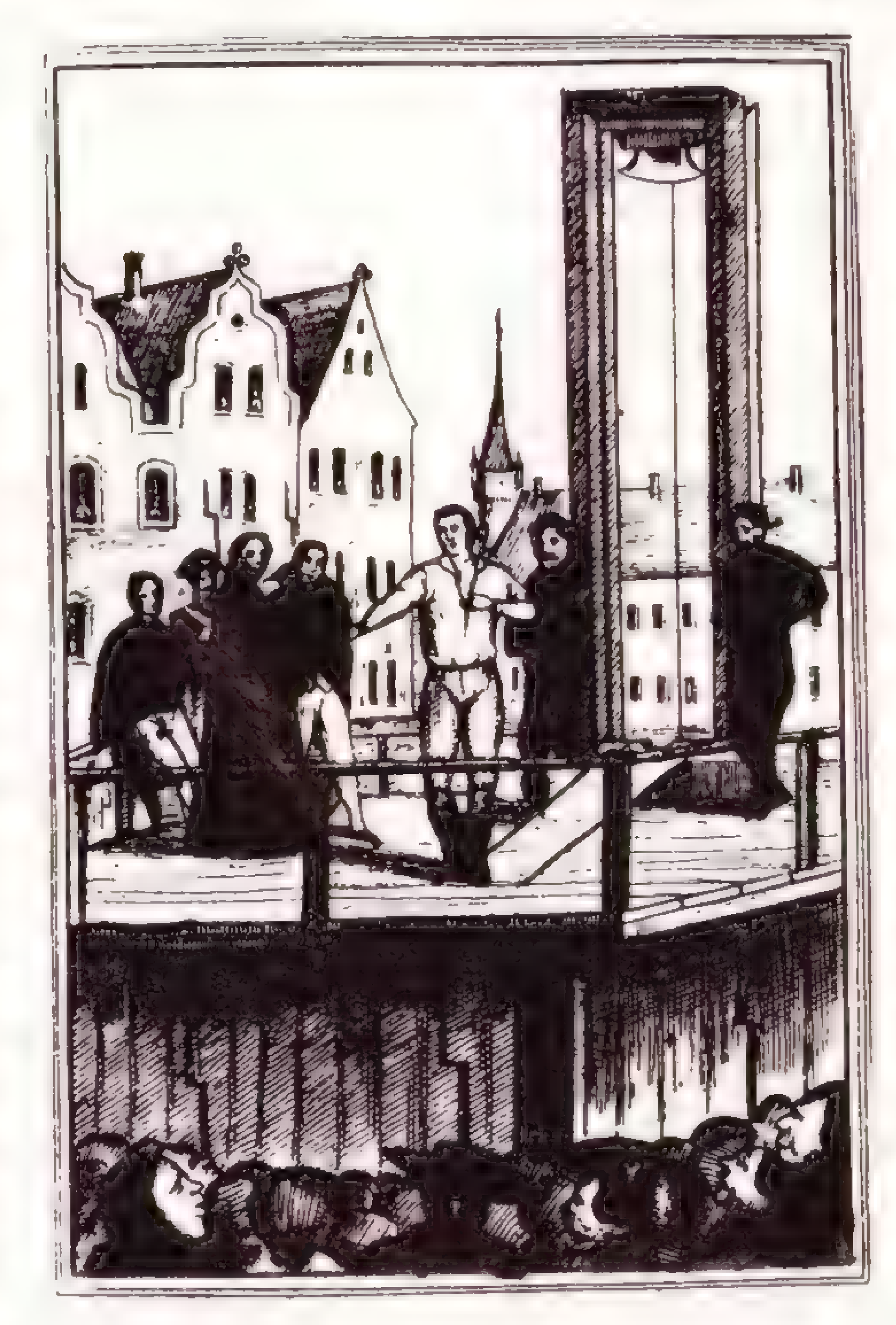
Mainz und Friedberg am 3.7.1979

Ausführlich begründet Erich Knapp seine reale-satirische Abrechnung mit der Bundesrepublik in den „Studien von Zeitfragen", September 1979.

Weithin unbekannt, hat sich in der Bundesrepublik in den letzten 18 Monaten eine neue linke Gruppierung theoretisch und praktisch herauskristallisiert, die als erste in Europa den heute marxistisch argumentierenden Regionalismus politisch auf die BRD anwendet. Wenn die Marxisten bisher die „nationalen Unabhängigkeitsbewegungen" dialektisch umfunktionierten zu einem Teil der antikapitalistischen Weltrevolution, dann wird hier ein Regionalismus ins Bewußtsein der rheinländischen, kurpfälzerischen, südhessischen, badischen und saarländischen Bevölkerung zurückpraktiziert, der beansprucht, Anfang einer Wiederflottmachung der Revolution in Europa zu sein.

Es sind die „Rheinbündischen Eurosozialisten", die die historische Mainzer Republik von 1792, die linksrheinischen französische Departements, die rheinischen Jakobiner, den napoleonischen Rheinbund zum Hintergrund eines neuen kollektiven Selbstentwurfs machen. Den Separatisten der 20er Jahre werfen sie vor, antirevolutionär und antisozialistisch und damit zukunftslos gewesen zu sein, aber nicht sich gegen das Berlin der Weimarer Republik empört zu haben.

Die Zusammensetzung dieser Gruppierung reicht von kleinbürgerlichen Radikaldemokraten über Ökologen und Umweltschützer bis zu eurokommunistischen Sozialisten und – im Saarland – Arbeitslosen, die die für die BRD erfolgreiche Volksabstimmung von 1955 auf die gleiche Stufe wie die von 1935 stellen: diese



Hinrichtung des Schinderhannes

saarländischen Volksabstimmungen seien gleichzeitig Interessenverrat der abhängig Beschäftigten wie Demokratieverrat gewesen und deshalb unverbindlich.

Diese Rheinbündner, die seit dem „Doppelsieg von Mogadischu und Stammheim" erkannt haben wollen, daß sich die BRD auf ein ähnliches Ende zubewege wie die Weimarer Republik (diesmal nicht nationalsozialistisch, sondern sozialdemokratisch/sozialchristlich), haben sich mit erkennbarer moralischer Indignation vom gesamten politisch-ideologisch verstandenen Deutschtum abgewendet, betonen indessen umso schärfer ihr kulturell-sprachliches Deutschtum, freilich auch das Entfaltungsrecht ihrer Dialekte.

Einer ihrer Sprecher, Victor Massenbach (. . .), erklärte dem Verfasser in Paris, seit „Mogadischu-Stammheim" sei der demokratische Konsens der BRD, nämlich, nie mehr Gewalt und List zum Mittel von Problemlösungen zu machen, endgültig zerstört. Diese Zerstörung sei allerdings ein langwieriger Prozeß gewesen, der mit der Renazifizierung der westdeutschen Administrationen mittels einer den ursprünglichen Sinn der Verfassungsgeber verfälschenden Anwendung des Artikel 131 des Grundgesetzes begonnen habe. Ökonomische Grundlage für diese schleichende Refaschisierung der BRD, die juristisch in den Urteilen des Bundesverfassungsgerichts zu den Ostverträgen und zum Radikalenerlaß kulminiert sei, sei der spezifisch deutsche staatsmonopolistische Kapitalismus. Mit der endgültigen strukturellen Faschisierung der BRD sei aber nicht nur innenpolitisch der Konsens der Demokraten von 1945 vernichtet worden, sondern politisch-moralisch wie völkerrechtlich (UN0Feindstaatenartikel 53 und 107) das Existenzrecht des Staates Bundesrepublik

Deutschland. An ihre Stelle soll nach Meinung Massenbachs — der eine Exekution eines dahingehenden Beschlusses der UN-Vollversammlung durch die Sowjetunion weder als Möglichkeit sieht (schon wegen des Bündnisses Bonn-Washington, aber auch wegen der Moskauer Politik der friedlichen Koexistenz) noch will (weil der osteuropäische reale Sozialismus für Westeuropa untauglich sei) — einer französischen Intervention folgend ein Demokratischer Rheinbund treten. Nordwestdeutschland und Bayern müßten, so Massenbach, sich selbst entwickeln.

Mit besonderer Schärfe haben die „Rheinbündischen Eurosozialisten" auf die „nationale Masche" und Wiedervereinigungsprojekte von Rudi Dutschke und Peter von Oertzen reagiert. Diese manipulierten den demokratischen und linken Begriff „Nation" in eine politische Landschaft, in die er nicht hineinpasse. Denn wo eine siegreiche bürgerliche Revolution nicht stattgefunden habe, sei keine Nation entstanden. Die deutschen Romantiker hätten, mit finanziellem Beistand der reaktionären Feudalhöfe Wiens, Berlins und Münchens, allerdings einen Blut-und-Boden-Begriff von „Nation" entwickelt, der konterrevolutionär beabsichtigt gewesen sei und sich folglich in Auschwitz und Bergen-Belsen mit letzter Klarheit herausgestellt habe. Demokratisch hätten die Deutschen nicht werden können auf der Ideenbahn Fichtes, Arndts, Jahns und des Freiherrn von Stein, sondern nur in der Nachfolge der rheinischen Jakobiner. Diese aber seien schon 1813 unter einer verleumdenden Schmutzflut für das Volksbewußtsein begraben worden. Die BRD handhabe heute den Nationsbegriff genauso wie Graf Moltke (der Ältere) hinsichtlich der Annexion Elsaß-Lothringens 1871 und der Weimarer Republik hinsichtlich Österreichs. Man rede immer von der Vergangenheit und der gemeinsamen Abstammung, wenn man das Wort „Selbstbestimmung" in den Mund nehme, statt, wie es das revolutionäre Bürgertum Frankreichs, Hollands und anderer demokratischer Staaten getan habe, Selbstbestimmung als Befreiung von nicht legitimierter Herrschaft zu begreifen.

(. . .)

Die Polemik der linken Rheinbündner gegen Rudi Dutschke kann — wegen ihrer ideengeschichtlichen Radikalität — gar nicht anders, als sich gleichzeitig auch gegen die theoretische Grundlage des Bonner Wiedervereinigungsanspruchs zu wenden wie gegen die von ihnen als stalinistisch und mechanistisch bezeichnete Nationstheorie des Nationsfachmannes des ZK der SED, Prof. Kosing. Dutschke fordere die Wiedervereinigung einer Nation, die niemals existiert habe, die sich bestenfalls, wenn dazu überhaupt noch Zeit wäre, noch konstituieren müßte. Damit aber stehe er voll in der Tradition deutschen Reaktionärstums. Unter dem Panier einer solchen Pseudonation seien die Demokratieversuche schon 1813/15, 1848/49 und 1918 gescheitert. Das Innerdeutsche Ministerium müßte sich, wenn es nicht so kurzsichtig wäre, Dutschke — der jetzt seinen Antisowjetismus auch „national" munitioniere — erkenntlich zeigen. (. . .)

Die „Rheinbündischen Eurosozialisten" sind aus dem AKWES (Arbeitskreis Westeuropäischer Sozialismus e.V.) und der WESIG (Westeuropäische Initiativgruppe) des früheren sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten in Kiel, Dr. R. Bünemann, hervorgegangen, personell jedoch kaum mit diesen inzwischen aufgelösten Vereinen bzw. ihren Mitgliedern identisch. Ideologische Weiterentwicklung durch soziale Zellteilung, da sich Ideologien wie Erbinformationen quer durch die Köpfe



Friedrich Hecker aus Eichtersheim, Badischer Revolutionär von 1848

Badisches Wiegenlied

Schlaf, mein Kind, schlaf leis,
Dort draußen geht der Preuß!
Der Preuß hat eine blut'ge Hand,
Die streckt er übers badische Land,
Wir alle müssen stille sein,
Als wie dein Vater unterm Stein.
Schlaf, mein Kind, schlaf leis,
Dort draußen geht der Preuß!

Schlaf, mein Kind, schlaf leis,
Dort draußen geht der Preuß!
Gott aber weiß, wie lang er geht,
Bis daß die Freiheit aufersteht,
Und wo dein Vater liegt, mein Schatz,
Da hat noch mancher Preuße Platz!
Schrei, mein Kindlein, schrei's,
Dort draußen liegt der Preuß!

Bonn: auf dem Dach des "Langen Eugen" nach dem Rheinbündischen Sieg !



voranentwickeln. Nach Auflösung der Bünemannvereine blieben u.a. die „Westdeutschen Eurosozialisten" übrig, von denen sich — „Wir wollen keine Deutschen mehr sein, es kotzt uns an!" — die „Rheinbündischen Eurosozialisten" abspalteten.

Sie haben Kontakte zu linken regionalistischen und autonomistischen Bewegungen in Westeuropa, weil sie die Dezentralisierung für eine Voraussetzung des Selbstverwaltungssozialismus halten. Sie betonen jedoch, sich von diesen dadurch zu unterscheiden, daß sie als Deutschsprechende keine ehtnische —„völkische" — Identität haben könnten, sondern nur eine politisch begründete. (. . .)

Deutschland ist ein Sonderfall, eine politische Perversität. Unser Regionalismus muß deshalb separatistisch sein, unsere Identität kann sich nicht auf unsere Volkssprache stützen, sondern nur auf das berechtigte Ziel, endlich unsere Selbstbestimmung als Menschen und als Angehörige sowohl der bürgerlichen wie der proletarischen Klasse zu gewinnen.

Die Linksseparatisten haben in einem Memorandum, datiert vom 15. Januar 1979, Frankreich aufgefordert, die Feindstaatenartikel der UN-Satzung und seine 1945er Siegerrechte in Anspruch zu nehmen und seine Besatzungszone der Bonner Jurisdiktion wieder zu entziehen. Inzwischen ist auch zusammen mit altbadischen, saarländischen, südhessischen und pfälzischen Umweltschützern (Anti-AKW) ein Komitee „Freiheit von Deutschland" gegründet worden, „was soviel heißt wie Unabhängigkeit von der BR Deutschland". Das Komitee bat Frankreich, die A-, B- und C-Waffen--Depots der US-Armee in der Pfalz zur Räumung aufzufordern sowie den Bau und Betrieb von Atomanlagen am badischen, hessischen und rheinland-pfälzischen Rhein zu untersagen. Wie sie diesen Wunsch mit den französischen Atomfabriken im Elsaß koordinieren wollen, blieb ungesagt.

„Eine irre Idee?" äffte ein Rheinbündner in Paris, der sich als Victor Massenbach vorstellte, einen kritischen Einwurf nach und antwortete: „Doch weniger irr als die Atom-, Kriegs- und Selbstmordpolitik Bonns!"

Die Irrealität solcher Vorstellungen sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie wirklich Indiz für das Zerbrechen des westdeutschen Nachkriegskonsens sind. Insofern sind sie ernster zu nehmen als ihre jede Aktualität hinter sich lassende Radikalität suggeriert. Ihre Argumentation ist in Paris nicht unbeachtet geblieben. In der Bundesrepublik, wo man der Achse Schmidt-Giscard nicht unbedingt eine Lebensdauer „für den ganzen Rest des Jahrhunderts" (Schmidt laut SPIEGEL vom 25.9.78) zuschreiben sollte, kann man über die „Rheinbündischen Eurosozialisten" und ihr famoses Komitee „Freiheit von Deutschland" ruhig lachen — aber sie nicht sofort vergessen.

In der Zwischenzeit hat sich die "Rheinbündische Gruppe" in die Grünen ergossen, sie streitet innerhalb der Grünen für den Regionalismus und gegen die Raketen-Stationierung, die sogenannte "Nachrüstung".
Kontaktadresse: Erich Knapp, Narzissenweg 19, 5205 St. Augustin 1, Tel. 02241/25687. Die "Studien von Zeitfragen" – Materialien zum nonkonformistischen Sozialismus – erscheinen in 6000 Frankfurt 70, Postfach 700925.

Günter Wagner
Peter Schnitzler

Bleichstr. 25, 63 Giessen

An die
Iranische Botschaft
5300 Bonn

19.2.80

Sehr geehrte Damen und Herren!
Sehr geehrter Herr Botschafter!

Anläßlich des Jahrestages der iranischen Revolution möchten wir mit einem ungewöhnlichen Anliegen an Sie herantreten:

Wie Sie sich erinnern mögen, wird es kommenden Sommer 13 Jahre her sein, daß der frühere Schah von Persien die BRD offiziell besuchte. Damals waren sich viele junge Leute in Westdeutschland und Westberlin im klaren über das verbrecherische Regime in Teheran, und sie gaben ihrer Empörung darüber Ausdruck in großen Demonstrationen in den Städten, wo der Staatsbesuch Reza Pahlevis stattfand. Dabei kam es zu harten Auseinandersetzungen mit der Polizei, und in der Öffentlichkeit kam es – u.a. von der damaligen Regierung der BRD unterstützt – zu einer Pogromstimmung gegen die jugendlichen Demonstranten.

Vor diesem Hintergrund geschah es, daß am 2. Juni 1967 in West-Berlin während der Demonstration gegen den Schah der junge Student Benno Ohnesorg von einem Polizisten erschossen wurde. Der Schütze wurde vor Gericht freigesprochen.

Es ist jetzt ein Jahr vorbei, als sich die Bevölkerung von Iran von ihrem despotischen Herrscher und seinem Terror-Regime befreite, und alle anti-imperialistischgesinnten Menschen in der Welt freuten sich sehr darüber.

Wir möchten das Volk von Iran und seine Repräsentanten bitten, ob es nicht möglich ist, ein Zeichen des Andenkens und der Erinnerung an jenen westberliner Studenten zu setzen. Obwohl er nicht unter dem Schah-Regime zu leiden hatte, wollte er etwas zum Kampf dagegen beitragen und mußte dafür sterben – hier in Westdeutschland.

Es würde uns freuen, wenn Sie unsere Bitte weiterleiten. Noch mehr würde es uns freuen, einmal Teheran besuchen zu können und dort vielleicht an einer „Straße des 2. Juni 1967" oder an einem „Benno-Ohnesorg-Platz" vorbeizukommen.

Es begrüßen Sie hochachtungsvoll

Botschaft der Islamischen
Republik Iran
Bonn

Bonn, den 10. März 1980
(CH/E)

An die Herren
Günter Wagner
Peter Schnitzler
Bleichstrasse 25
63 Giessen

Sehr geehrter Herr Wagner,
sehr geehrter Herr Schnitzler,

dankend bestätigen wir Ihr Schreiben vom 19.2.d.J. und möchten Ihnen mitteilen, daß wir auch Ihrer Meinung sind und Ihren Vorschlag ebenfalls als ein Zeichen der internationalen Solidarität gegen Unterdrückung und Unterjochung betrachten. Selbstverständlich werden wir Ihren Vorschlag wohlwollend den zuständigen Stellen in Teheran übermitteln, und hoffen, daß dieser dort die dem Ereignis entsprechende gebührende Zustimmung finden wird.

Mit freundlichen Grüssen

Navab

Mehdi Navab
Geschäftsträger a.i.

FRAUEN IM IRAN

Frankfurt 18. März **3 Frankfurterinnen aus der Frauenbewegung haben Ende Januar 1980 ein Interview mit einer Frau aus der Organisation "Kämpfende Frauen" im Iran gemacht:**

Wie seid Ihr dazu gekommen, eine Frauenorganisation zu gründen?

Die Frauen wurden in der feudalen Kultur und während des Kulturimperialismus stark unterdrückt. Ihre aktive Teilnahme am Sturz des Schahregimes war zwar ein sehr großer Schritt für sie und hat eine starke Veränderung in ihrem Bewußtsein wachgerufen. Aber es wäre eine Illusion, zu glauben, die Frauen hätten damit ihre jahrhundertelange Unterdrückung bewältigt. Dazu kommt, daß eine revolutionäre Führung gefehlt hat und fehlt, die eine nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Selbstbestimmung der Völker, eine Bodenreform und Verstaatlichung hätte durchsetzen wollen und damit eine Vorraussetzung für die Gleichberechtigung der Frau schaffen könnte. Am 8. März '79 machte unsere Organisation eine Diskussionsveranstaltung, um die Sache der Frau zum ersten Mal ins Bewußtsein der Öffentlichkeit zu bringen. Wir wollen und können die Frauenfrage aber nicht losgelöst von den Interessen des ganzen Volkes sehen, weil eine Gleichberechtigung der Frau in einer unfreien Gesellschaft undenkbar ist. Durch unsere Erfahrungen haben wir aber festgestellt, daß spezifische Frauenprobleme in unserer Gesellschaft eine aktive und dauerhafte Beteiligung der Frauen in allen Bereichen des Kampfes verhindern.

In welchen Bereichen arbeitet ihr und wie geht ihr vor?

Wir müssen in allen Bereichen und in allen revolutionären Klassen arbeiten, weil wir uns als eine demokratische Massenorganisation verstehen. Wir müssen uns sowohl gegen eine Scheindemokratie als auch gegen eine Propaganda, die alles Fortschrittliche als westlich, zionistisch und imperialistisch bezeichnet und von reaktionären Gruppen gleich nach der Revolution gestartet wurde, sehr wehren. Als Beispiel wieder der 8. März: nachdem wir unsere Veranstaltung angekündigt hatten, erschien am 7. März eine Frau im Fernsehen, mit islamischer Kopfbedeckung, aber toll geschminkt und sagte, moslemische Frauen sollten diesen Tag boykottieren. Wie ich später hörte, haben sich andere Frauen geweigert, diesen Text vorzulesen. Dazu muß ich noch sagen, daß diese Frau früher nie Kopftuch oder Schleier getragen hat und immer ganz toll angezogen war. Das ist die Art von Propaganda, gegen die wir uns wehren müssen, aber nicht nur wir, über all in der Welt werden diese Methoden angewandt gegen die fortschrittlichen Kräfte. Daß die Mullahs das mitmachen, macht es nicht schlimmer als anderswo. In Relation zu den gesellschaftlichen Strukturen passieren hier die gleichen Sachen wie z.B. in der BRD. Wir arbeiten hauptsächlich in Fabriken und Armenvierteln, machen Alphabetisierungskurse, medizinische Kurse und Kinderkrippen.

Wie bringt ihr diese paktische Arbeit mit der Diskussion über Frauenprobleme zusammen?

Wir denken, daß die Frauen über ihre Teilnahme am antiimperialistischen Kampf und ein soziales Bewußtsein erst ihre Probleme als Frau kennenlernen können. Wir haben z.B. in einem Stadtteil, wo viele Frauen in der Fabrik arbeiten, eine Kinderkrippe eingerichtet und hauptsächlich Kinder von Arbeiterinnen und kranken Frauen aufgenommen. In diesem Stadtviertel ist durch die Fabrik immer eine dicke, gelbe Wolke in der Luft und die Lage des Stadtviertels ist sehr schlecht. Wir haben mit den Frauen über die Auswirkung dieser Faktoren auf die Gesundheit von ihnen selbst und die ihrer Kinder gesprochen. Die Frauen haben dann sehr schnell - für uns zu schnell, wir hätten lieber noch intensiver diskutiert - eine Demonstration geplant und uns um Teilnahme gebeten. Dieser Eigeninitiative der Frauen wegen ist unsere Organisation in diesem Stadtviertel von dem Revolutionskomitee über diffamiert worden und die Frauen selbst wurden einem starken Druck ausgesetzt.

Durch politische Diskussionen dieser und ähnlicher Art, die sehr intensiv geführt werden und bei den Frauen auf großes Interesse stoßen, wird ihnen ihre soziale Situation viel bewußter. Durch die Alphabetisierungskurse können wir z.B. klarmachen wie wichtig es ist, die Verfassung lesen zu können oder auch Parolen auf einer Demonstration. Wir lesen mit ihnen Texte, Bücher und Zeitungen. Ein anderes Beispiel, wo wir mit den Frauen gut reden können, ist das Problem der militärischen Ausbildung. Wir reden mit ihnen über die Notwendigkeit, daß sich die Frauen stark am Kampf beteiligen. Sie machen schließlich die Hälfte des Volkes aus und wenn sie sich nicht beteiligen, kann man kaum von einem Sieg sprechen. Und wenn die Regierung zur Zeit immer wieder sagt, Frauen sollen lernen, wie man Bandagen macht, kann man den Frauen klarmachen, daß das von Leuten kommt, die den antiimperialistischen Kampf nicht ernst meinen. In vielen Stadtteilen wollten die Frauen nach diesen Diskussionen tatsächlich militärische Übungen machen. Sie sind zum Mullah gegangen und haben es ihm gesagt. Am Anfang war das ein bißchen komisch, denn der Chomeiny hatte auch gesagt, daß wir eine 20.000.000 Armee brauche, deshalb konnten die Mullahs nicht viel dagegen sagen. Bei zwei sehr aktiven Frauen waren die Männer dagegen, daß sie diese Ausbildung bei einem Mann machen.

An diesem konkreten Punkt konnten wir sehr viel und sehr gut diskutieren. Die Frauen waren untereinander sehr solidarisch und haben ihren Männern klargemacht, daß es bei solchen Sachen keinen Unterschied gibt ob Mann oder Frau. Sie wollten das lernen und haben ihre Männer gezwungen, eine Frau zu finden, die alle Frauen im Stadtteil ausbildet. Wir wollen den Frauen zeigen, was Unabhängigkeit bedeutet, daß sie auch für die Unabhängigkeit kämpfen müssen und am Aufbau einer neuen Gesellschaft teilnehmen. In diesen Zusammenhängen können wir das Problem der Gleichberechtigung bringen und nicht, indem wir abstrakt z.B. über Scheidungsrecht reden.

Was sind eure politischen Zielvorstellungen und wie könnt ihr den antiimperialistischen Kampf mit der Frauenfrage zusammen politisch diskutieren?

Das ist unterschiedlich. Bei Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen geht das sehr gut. Sie wissen, was Kapitalismus ist. Den Bäuerinnen ist das Problem der Bodenreform klar. Sie helfen ihren Männern, die Großgrundbesitzer zu verjagen. Wir möchten aber auf dem Land nicht nur mit Frauen arbeiten, sondern wir versuchen, das Bild der Frau auch durch andere Beispiele zu verändern. Z.B. leben und arbeiten bewaffnete Frauen, Partisaninnen, mit den Bauern, damit sie sehen können, daß die Frau nicht nur ins Haus gehört, sondern auch was anderes machen kann. Für viele Frauen, die in den armen Stadtteilen leben, die keine Arbeit haben, weil es keine Arbeit gibt, oder die als Putzfrauen im Norden der Stadt für die Reichen arbeiten, gilt das nicht. Sie sind zwar empört über den Unterschied zwischen den schönen Häusern und ihren Löchern, aber sie bringen das nicht direkt mit dem Begriff Kapitalismus in Verbindung. Deshalb müssen wir mit diesen Frauen sehr viel mehr arbeiten. Für die Intellektuellen und das ganze Volk ist der antiimperialistische Kampf und der demokratische Kampf ein Begriff. Und dann gibt es noch eine Schwierigkeit, die ist allgemein und gilt für die Mehrheit der Frauen, daß die Regierung und die religiösen Führer immer sagen, daß die Frau im Islam eine unheimlich große und wichtige Rolle spielt. Die Frauen gehen zu Wahlen und zu Demonstrationen und es ist sehr schwer, ihnen klarzumachen, daß sie nur als Reservearmee betrachtet werden und ansonsten in ihrer Rolle bleiben sollen. Aber das geht nur über eine langwierige politische Arbeit. In

konkreten Situationen können wir das angehen.

Aber das geht doch nur, wenn man den Islam direkt angreift, gerade weil er im Iran zur Staatsreligion geworden ist.

Wir halten es nicht für nötig, uns direkt mit dem Islam auseinanderzusetzen. Wir bekämpfen jede Idee, die die Herrschaft der Reaktion in unserer Gesellschaft ermöglicht und gegen nationale Unabhängigkeit und Demokrarie arbeitet. Also kann jede Frau Mitglied werden, die für Unabhängigkeit, Demokratie und Gleichberechtigung kämpft, auch wenn sie Moslemin ist. Wir kämpfen z.B. dagegen, daß die Frauen nicht in die Armee dürfen, nicht Richter werden können, gegen die Verfassung, die die Rechte der Frau entscheident beschneidet und Ziele der Revolution ausklammert, wie Bodenreform, Enteignung, usw.

Seht ihr diese Revolution als eine islamische an?

Nein! Der Islam ist seit Jahrhunderten die Religion im Iran, aber es gab noch nie eine islamische Revolution, der Aufstand 1953 war z.B. nicht islamisch. Die historische Entwicklung einer Gesellschaft hat an erster Stelle ökonomische und politische Gründe, sonst hätte es im Iran hundertmal eine islamische Revolution geben müssen, so wie in anderen islamischen Ländern auch. Jede Revolution hat neben ihrer historischen Entwicklung auch ihre kulturellen Eigentümlichkeiten, das war zu dem Zeitpunkt im Iran der Islam.

Greift ihr den Staat oder Chomeiny auch nicht direkt an?

Wir setzen uns schon mit dem Islam als Ideologie in unseren Broschüren auseinander, und daß der Islam Staatsreligion ist, das kann sicher gefährlich sein, bei jeder anderen Staatsreligion auch. Aber wir greifen den Staat, z.B. diejenigen, die den Entwurf zur Verfassung gemacht haben, schon an, auch einzelne Generäle. Wir haben geschrieben, daß wir uns auf diese Armee nicht verlassen können, weil es die alte Armee ist. In allen Diskussionen stellen wir die Frage: ist dieser Staat für uns oder gegen uns. Das Ergebnis ist immer das gleiche: bisher ist er nicht für die Werktätigen und die Mehrheit. Die Frauen merken das auch. Bei den Wahlen habe ich sie z.B. gefragt, ob sie bei der Verfassung mit ja gestimmt hätten. Sie haben mir erzählt, sie hätten gesagt: wir geben euch unsere Stimme, damit alles teurer wird, damit ihr noch mehr Geld kassiert. Sie haben kein Vertrauen. Auch zu den Mullahs nicht, die sind hier ziemlich verhaßt. Vielleicht haben die Leute Angst, direkt und offen etwas gegen sie zu machen. Aber sie haben gemerkt, daß es den Mullahs jetzt ganz gut geht, daß sie nicht viel arbeiten, keiner ist arbeitslos und verhungert oder hat Wohnprobleme. Ich würde sagen, daß ihre Zeit vorbei ist. Die Masse hat kein Vertrauen mehr. Natürlich greifen wir den Staat an, nicht nur wegen dem Frauenproblem, auch weil noch keine Bodenreform oder Verstaatlichung durchgeführt ist, aber das ist kein Problem des Islam, das ist ein Klassenkampf. Es gibt z.B. diese Organisation der Modschahedin, die meinen auch, sie wären Moslem und sie hätten den richtigen Islam begriffen, und die sind wirklich sehr fortschrittlich und werden genauso von der Regierung bekämpft wie die Linken.

Was hat sich eigentlich innenpolitisch verändert?

Es hat sich viel verändert, aber konkret kann man das schlecht sagen, weil die Lage so chaotisch ist. Aber die Menschen sind jetzt in der Lage über alles nachzudenken, alles in Frage zu stellen, selbst die Person von Chomeiny, so unrealistisch das klingt. Sie fragen sich: wie wollten wir das haben und was ist daraus geworden. Die Regierung und Chomeiny sagen immer wieder, sie hätten dem Volk die Freiheit gegeben, und die Freiheit wurde ausgenutzt von Agenten der Imperialisten und Zionisten. Viele Zeitungen und Schriftsteller hätten gegen die Revolution geschrieben. Sie sagen nicht, daß sich das Volk selbst für kurze Zeit Freiheit und Demokratie erkämpft hat. Deshalb hätten sie Zeitungen und Organisationen verbieten müssen. Man kann im Iran jetzt viel machen, nach der Revolution, aber nicht aufgrund einer wirklichen Liberalisierung. Aber es ist noch sehr wichtig zu sagen, daß es keine Verstaatlichung gab, keine Bodenreform, nicht einmal den Plan dazu, im Gegenteil, die Großgrundbesitzer wurden z.T. unterstützt von der Regierung, nicht direkt und offiziell, aber von bestimmten Leuten in der Regierung, obwohl die Bodenreform eine der wichtigsten Fragen der Revolution war.

Die Linke wurde und wird weiterhin verfolgt, allerdings unsystematisch und nicht organisiert. Und die Kommitees, das sind hauptsächlich keine Revolutionäre mehr. Es gibt bestimmt Kommitees und einige Leute darin, die noch gut sind, aber insgesamt sind sie nicht mehr gut. Egal, was du sagst oder machst gegen die Regierung, du wirst als Imperialist, Zionist, Konterrevolutionär oder Kommunist beschimpft, von Leuten wie Basargan z.B. oder den Rechtliberalen. Damit versuchen sie, die Imperialisten als Nebenfeind und die Revolutionäre als Hauptfeind hinzustellen, damit der antiimperialistische Kampf geschwächt wird. Wenn unsere Frauenorganisation eine Konferenz hat, dann kommen diese rechten Gruppen und beschimpfen sie als Prostituierte, auch bei Veranstaltungen und Demonstrationen, allerdings ist das eine kleine Gruppe von 200-300 bezahlten Leuten, die alle Demonstrationen und Veranstaltungen zerschlagen und stören sollen.

Von der Innenpolitik des Irah hört man hier sehr wenig, außer Meldungen z.B. über Hinrichtungen, die alle möglichen Leute treffen.

Natürlich gibt es Hinrichtungen und 90 % von den Hingerichteten, die waren wirklich große Verbecher. Wie aber verfahren wurde, das ist natürlich ganz falsch. Die Fortschrittlichen im Volk wollten wissen, was diese Leute für Verbrechen begangen haben und einen öffentlichen Prozeß führen. In manchen Städten haben aber Revolutionskomitees selbständig Homosexuelle und Prostituierte hingerichtet. Das ist natürlich sehr schlimm. Das waren z.T. Schahregimeanhänger in diesen Komitees, die damit zeigen wollten, daß sie gute Moslems sind. Aber das wird von der westlichen Presse ausgenutzt, um andere Todesurteile auch als Verbrechen hinzustellen, die sagen einfach, das war ein Massaker.

Kannst du noch etwas zu den politischen Bedingungen im Iran sagen?

Ich meine, daß sich der jetzige Zustand nicht lange halten kann, den ich vorhin versucht habe zu beschreiben. Sie haben noch kein Programm für eine wirtschaftliche Entwicklung, die Arbeitslosigkeit wächst, die arbeitslosen Arbeiter demonstrieren immer öfter und werden immer radikaler, es gibt bewaffnete Bauernaufstände überall im Iran gegen die Großgrundbesitzer. Aber wie sich das entwickelt, das kann ich nicht sagen. Die Lage ist optimal, aber es fehlt an einer revolutionären Führung. Das ist das Hauptproblem im Iran im Moment.

Kannst du noch etwas zur Außenpolitik sagen, in Verbindung mit der Botschaftsbesetzung vielleicht?

Wir wissen, daß es Gruppen gibt, die im Interesse der USA arbeiten. Das kann man daran sehen, daß z.B. die Verträge nicht für ungültig erklärt worden sind, außer einem einzigen Abkommen. Deshalb ist es übrigens sehr gut, wenn der Chomeiny oder ein anderer wirklich etwas gegen die Amerikaner sagt, dem Volk klarmacht, daß die Gefahr wirklich sehr groß ist und daß wir uns vorbereiten müssen. Chomeiny hat z.B. gesagt, daß man einen antiimperialistischen Kampf nur führen kann, wenn man dem Volk die Freiheit gibt und eine Volksmiliz aufstellt. Er ist auch gegen die Sowjetunion. Das ist im Moment schon wichtig, auch wenn es nur vorübergehend ist.

Bei der Botschaftsbesetzung konnte sich keine Gruppe ein Bild machen, wie sie überhaupt zustande gekommen ist. Es gab keine Anstrengungen von seiten der Regierung, eine selbständige Politik zu machen. Wir meinen, das ist ein Klassenkampf, der sich immer mehr zuspitzt und zeigt. Die USA hat tatsächlich große Schläge durch die Revolution im Iran bekommen. Es hat auch Versuche verschiedener Gruppen gegeben, mit den USA auf einer anderen Basis zu verhandeln. Es ist wahrscheinlich von verschiedenen Seiten gemacht worden und es gibt auch Differenzen innerhalb dieser Gruppe. Durch diese Besetzung ist aber eine antiimperialistische Bewegung entstanden, die beispiellos ist. Und die Fortschrittlichen konnten sehr viel arbeiten, denn so eine Bewegung ermöglicht eine demokratische Arbeit. Es war für uns z.B. möglich, über Imperialismus, USA und die Sowjetunion und die west-



lichen Staaten viel klarzumachen, warum sie nicht so einfach abhauen, warum sie unsere Feinde sind. Ohne die Botschaftsbesetzung hätten wir das nicht in dem Ausmaß bringen können. Deswegen kann ich sie nur positiv bewerten, nicht wie sie besetzt worden ist, oder daß gerade die Botschaft besetzt worden ist, aber daß etwas dadurch in Bewegung gekommen ist.

Hier in der BRD ist die Frage des Schleiers unheimlich hochgestellt worden und diente als Beweis, daß der Iran nicht freier geworden ist. Wie seht ihr das?

Für die Frauen im Iran ist der Schleier ein Punkt, der wirklich nicht zu den wichtigsten gehört. Natürlich ist es nicht richtig, natürlich gibt es Demonstrationen, wenn man erfährt, sie wollen die Frauen zwingen, den Schleier zu tragen. Aber die Frauen kämpfen an erster Stelle für die nationale Unabhängigkeit und die Demokratie in der Gesellschaft. Das ist das wichtigste für sie. Ob manche Frauengruppen hier das richtig oder falsch finden, ist natürlich eine andere Sache. Wir meinen, daß die Gleichberechtigung der Frau in einer nichtfreien Gesellschaft unmöglich ist. Ich bin z.B. kein einziges Mal mit Schleier herumgelaufen in einem Jahr. Allerdings habe ich gesehen, wie die oben erwähnten Gruppen Frauen ohne Schleier angegriffen haben, aber das war auf diese Gruppen beschränkt. Als ich hierher kam, wurde mir zuerst die Frage nach dem Schleier gestellt. Das war sehr auffallend, denn eine so gewaltige Veränderung sollte viele andere Fragen stellen für die Linke hier und die große Öffentlichkeit. Ganz bestimmte Sachen wurden hier groß gemacht: Frauen und Schleier, Hinrichtungen und Unzufriedenheit des Volkes. Und das hat alles einen einzigen politischen Grund. Die Unzufriedenheit gibt es, aber sie hat einen ganz anderen Inhalt als hier gesagt wird. Die Leute sind unzufrieden, weil z.B. keine Bodenreform durchgeführt wurde oder keine Verstaatlichung. In der BRD und anderen westlichen Ländern will man zeigen, daß es eine Unzufriedenheit gibt und nicht, daß das Volk die Revolution fortsetzen will. Iran soll zu einem Land von religiösen Fanatikern gemacht werden und zu einem von Verbechern. Sie setzen die Sachen, die wirklich schlim m sind und passieren, identisch mit den Zielen der Revolution. Es ist klar, wozu das dienen soll: alles ist besser als dieses Regime. Ich glaube, diese Sache mit den Frauen muß man auch so sehen. Es ist wirklich komisch, daß die Presse früher nie die Weltöffentlichkeit davon unterrichtet hat, wie die Frauen bei uns leben. Daß sie vollkommen entfremdet sind, daß sie gezwungen werden, sich ganz anders, als ihre Kultur ist, zu zeigen. Darüber wurde nicht viel diskutiert und geschrieben, über die Verbrechen vom Schah oder dem Schahregime überhaupt nichts, und jetzt auf einmal ist die Presse da. Sie liefert mit ihrer Berichterstattung eine gute Erklärung für die Weltöffentlichkeit, eine gute Legitimation für alles: für einen Putsch, dafür, den Iran anzugreifen u.ä. Wenn die fortschrittlichen Kräfte gegen dieses Regime sind, dann nur deshalb, weil es mit den Ausbeutern und Verbrechern nicht abrechnet. Die Frauen in der Bundesrepublik können den Kampf der iranischen Frauen für die Gleichberechtigung unterstützen, indem sie die antiimperialistische und demokratische Bewegung der iranischen Völker unterstützen.

Einen Punkt muß ich aber unbedingt noch erwähnen: wenn ich das alles erzähle, entsteht bestimmt der Eindruck, daß wir in die Viertel gehen und die Frauen agitieren und daß das eine sehr einseitige Sache ist, daß die Frauen von uns lernen. Aber das stimmt überhaupt nicht. Während des Jahres, in dem wir gearbeitet haben, haben wir gemerkt, wie wenig wir eigentlich über diese Frauen wissen. Ich muß ganz deutlich sagen, daß wir unglaublich viel von den Frauen gelernt haben, daß unsere Arbeit eine vollkommen zweiseitige Arbeit ist. Die Frauen lernen von uns, aber wir lernen mindestens genausoviel von den Frauen. Und das ist sehr gut so.

Kontakt: Ulli, Jordanstr. 11, 6000 Frankfurt 90, Tel. 0611/77 81 69

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 C
Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

Nr. 326

Nummer des Abos | bez. bis ID Nr. | Exempl.

INHALTSVERZEICHNIS

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6 Frankfurt 90, Tel.:0611/704352
Verantwortlicher Redakteur: Waldemar Schindowski

Redaktionsschluß: Mittwoch, 16.00 Uhr
ID-Bilderdienst: 0611 / 70 20 96

ABONNEMENTSBEDINGUNGEN:

Vierteljahr (12 Hefte) :	**30.– DM**
Halbjahr (24 Heftte) :	**60.– DM**
Jahresabo (48 Hefte) :	**120.– DM**

Als Bestellung gilt die Überweisung auf das **Postscheckkonto 52 52 28 – 602, Postscheckamt Frankfurt/Main (Frankfurter Informationsdienst e.V.).**
Auf dem Überweisungsabschnitt bitte entsprechende Stichworte angeben: Neuabo, Verlängerung oder Adreßwechsel. Außerdem LESERLICH die genaue Anschrift und (falls vorhanden) die Abonummer.
Wenn auf dem Adreßaufkleber das Zeichen !?! auftaucht, heißt das, daß das Abo bald ausläuft und daß schleunigst Geld auf unser Konto überwiesen werden muß.
KEIN GELD AUF'M KONTO, KEIN ID IM KASTEN!